

# MONTAG, 14. DEZEMBER 2009

**VORSITZ: HERR BUZEK**

*Präsident*

*(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)*

## 1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

**Der Präsident** – Ich erkläre die am Donnerstag, den 26. November 2009, unterbrochene Sitzung des Europäischen Parlaments für wieder aufgenommen.

## 2. Mitteilungen des Präsidenten

**Der Präsident** – Zu Beginn der letzten Sitzung des Jahres 2009 des Europäischen Parlaments möchte ich Ihnen allen - allen Mitgliedern des Parlaments - zunächst einmal alles Gute für die bevorstehende Weihnachtszeit und für das Chanukka-Fest, das bereits begonnen hat, sowie für das kommende neue Jahr wünschen. Im Namen aller Mitglieder des Europäischen Parlaments möchte ich auch den in der Verwaltung tätigen Personen alles Gute wünschen, all denjenigen, die direkt mit dem Parlament zusammenarbeiten und uns bei unserer Arbeit unterstützen.

Des Weiteren möchte ich den Angriff auf den italienischen Premierminister, Silvio Berlusconi, erwähnen. Der Angriff verdient unsere unmissverständliche Verurteilung. Politische Auseinandersetzungen dürfen nicht auf eine derartige Art und Weise geführt werden. Der gestrige Zwischenfall hätte nie stattfinden dürfen. Wir hoffen, dass Herr Berlusconi das Krankenhaus bald verlassen kann und wir wünschen ihm eine schnelle Genesung.

Mit ihrer Erlaubnis möchte ich des Weiteren auf einen Jahrestag hinweisen, der für mich persönlich wichtig ist. Gestern jährte sich die Einführung des Kriegsrechts in Polen durch die damaligen kommunistischen Behörden zum 28. Mal. Infolgedessen ließen nahezu 100 Menschen ihr Leben, unter ihnen auch die neun Bergleute, die während des Streiks in der Wujek-Mine erschossen wurden. Viele Tausend demokratische Oppositionsaktivisten wurden interniert und andere gar verhaftet. Damit beabsichtigte man die Zerschlagung und Zerstörung der Solidaritätsgewerkschaft. Ich beziehe mich auf diese Ereignisse, da ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken möchte, wie sehr Europa sich in den vergangenen zwei oder drei Jahrzehnten verändert hat, jedoch auch darauf, dass wir Frieden und die Achtung von Menschenrechten auf unserem Kontinent und weltweit anstreben sollten.

Ich möchte des Weiteren die Gelegenheit ergreifen, Sie daran zu erinnern, dass am Mittwoch um 12 Uhr eine Zeremonie zur Verleihung des Sacharow-Preises für geistige Freiheit stattfindet. Der Preis geht dieses Jahr an Lyudmila Alexeyeva, Sergei Kovalev und Oleg Orlov, die die russische Organisation Memorial zur Verteidigung von Menschenrechten vertreten. Unser Kontinent musste während des 20. Jahrhunderts großes Leid erdulden, weshalb wir uns der Bedeutung der Bemühungen um die Achtung von Menschenrechten weltweit und insbesondere auf dem Kontinent Europa bewusst sind. Diese Veranstaltung ist für uns daher von besonderer Bedeutung.

**Francesco Enrico Speroni, im Namen der EFD-Fraktion – (IT)** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich dafür entschuldigen, nicht gemäß des ordnungsgemäßen Verfahrens zu sprechen, ich wollte jedoch meine und die Solidarität meiner Fraktion mit Premierminister Berlusconi zum Ausdruck bringen.

**Der Präsident** – Ich spreche im Namen des gesamten Europäischen Parlaments.

**Gianni Pittella, im Namen der S&D-Fraktion – (IT)** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zusammen mit Herrn Sassoli und allen Mitgliedern der Demokratischen Partei innerhalb der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament ihren Worten der Solidarität für den italienischen Premierminister, Silvio Berlusconi, anschließen und betonen, dass dies eine verabscheuungswürdige, inakzeptable und ungerechtfertigte Tat war.

Wir sind leidenschaftliche Gegner von Herrn Berlusconi, wir sind jedoch politische Gegner. Wir betrachten weder Herrn Berlusconi noch irgendeinen anderen Gegenspieler als unseren Feind. Ein zum Sieg führender

Kampf kann nur auf politischer und ziviler Ebene geführt werden. Wir werden es nicht zulassen, dass die Lebendigkeit politischer Auseinandersetzungen auf einen gefährlichen Weg aus Hass und Gewalt gebracht wird, da dies ein erster Schritt in Richtung autoritärer und demokratiefeindlicher Praktiken ist. Es ist richtig, dass dieses Parlament einmal mehr seinen großen Gleichmut, seinen Respekt und seine demokratische Reife demonstriert.

**Mario Mauro**, im Namen der PPE-Fraktion – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte, auch im Namen meiner Fraktion, informell meinen von Herzen kommenden Dank aussprechen, zunächst Ihnen, da Sie das Vorgefallene auf die angemessenste Art und Weise dargestellt, nämlich es als 'würdelos' bezeichnet haben, jedoch noch mehr meinen italienischen Kollegen, und insbesondere Herrn Pittella, für deren Worte.

Ich beabsichtige nicht, mich an politischen Spekulationen jeglicher Art oder Weise zu beteiligen. Was passiert ist, könnte uns fast an den Abgrund heranführen, und daher ist der heutige einstimmige Aufruf des Parlaments die einzige Möglichkeit, die uns durch diese schwierigen Zeiten bringen kann. Ich danke daher dem Parlament und ich danke Europa für ihren Beitrag zum Leben und zur demokratischen Entwicklung in Italien.

### **3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll**

### **4. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll**

### **5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll**

### **6. Auslegung der Geschäftsordnung: siehe Protokoll**

### **7. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll**

### **8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**

### **9. Anfragen zur mündlichen Beantwortung und schriftliche Erklärungen (Vorlage): siehe Protokoll**

### **10. Mittelübertragungen: siehe Protokoll**

### **11. Petitionen: siehe Protokoll**

### **12. Arbeitsplan**

**Der Präsident** – Die endgültige Version des Entwurfs der Tagesordnung, die bei der Konferenz der Präsidenten am 10. Dezember gemäß Artikel 137 der Geschäftsordnung erstellt wurde, ist verteilt worden. Folgende Änderungsanträge wurden gestellt:

*Montag – keine Änderungen*

*Dienstag*

Ich habe eine Anfrage der Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie für die Aufnahme einer mündlichen Anfrage an die Kommission bezüglich des Subsidiaritätsprinzips erhalten. Eine schriftliche Anfrage wurde an das Präsidium des Europäischen Parlaments weitergeleitet. Ich möchte einen Vertreter der EFD-Fraktion bitten, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern.

**Francesco Enrico Speroni**, im Namen der EFD-Fraktion – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben darum gebeten, diese mündliche Anfrage in die Tagesordnung aufzunehmen, da wir der Meinung sind, dass das Parlament eine angemessene Antwort zu solch einer wichtigen Frage erhalten sollte. Dies ist der Grund unseres Antrags zur Änderung der Tagesordnung.

*(Das Parlament gibt dem Antrag statt.)*

**Der Präsident** – Meine Damen und Herren! Bitte beachten Sie, dass dieser Punkt der Tagesordnung für Dienstagabend als letzter Punkt hinzugefügt wird. Die Frist für die Einreichung von Entschließungsanträgen läuft am Dienstag den 15. Dezember um 10 Uhr und diejenigen für die Einreichung gemeinsamer Entschließungsanträge und Änderungsanträge am Mittwoch den 16. Dezember um 10 Uhr ab. Die Abstimmung findet am Donnerstag statt. Es handelt sich also um den letzten Punkt morgen, Entschließungsanträge am Mittwoch und die Abstimmung am Donnerstag.

**Hannes Swoboda, im Namen der S&D-Fraktion.** – Herr Präsident! Sie haben – soweit wir das verstanden haben – im Zusammenhang mit dem Antrag, der zuerst gestellt worden ist, von einer Entschließung gesprochen. Wir haben aber nicht eigens darüber abgestimmt, ob es eine Entschließung geben soll oder nicht.

**Der Präsident** – Sie haben ganz Recht. Die Anfrage wurde mit der Entschließung eingereicht.

*Mittwoch – keine Änderungen*

*Donnerstag*

Gibt es Anmerkungen zu Donnerstag?

**Fiorello Provera, im Namen der EFD-Fraktion – (IT)** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nächsten Donnerstag stehen einige dringende Sachfragen auf der Tagesordnung. Die dritte dieser dringenden Angelegenheiten ist eine Diskussion über die Situation in Aserbaidshan. Die Medien, einschließlich der westlichen Medien, haben über einen Streit berichtet, in den zwei junge Blogger und zwei weitere Personen verwickelt waren und der sich in der Öffentlichkeit abspielte. Es erfolgte eine Verhaftung und ein Urteil wurde gesprochen, und ich bin der Meinung, dass es nur gerecht ist, der Sache auf den Grund zu gehen und zu ermitteln, ob dies alles rechtmäßig vonstatten ging.

Gleichzeitig haben sich in den vergangenen Tagen auch äußerst ernstzunehmende Vorfälle auf den Philippinen zugetragen: 57 Menschen eines Konvois zur Unterstützung des Präsidentschaftskandidaten wurden von einer bewaffneten Gruppe niedergemetzelt, die die revolutionäre Situation ausnutzte, um die Waffen gegen die Regierung zu erheben, sodass auf den Philippinen das Kriegsrecht verhängt wurde.

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, deshalb darum bitten, dass die 'Aserbaidshan'-Angelegenheit, die als dritter Punkt auf der Tagesordnung des Donnerstags steht, durch die Situation auf den Philippinen ersetzt wird. Es besteht ein klares Missverhältnis zwischen dem Ernst der Lage in Aserbaidshan im Vergleich...

*(Der Präsident unterbricht den Redner.)*

*(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)*

Die Aussprache über Aserbaidshan verbleibt auf der Tagesordnung und diese bleibt daher für Donnerstag unverändert.

*(Die Tagesordnung wird entsprechend festgelegt.)*

### **13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**

### **14. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen**

**Der Präsident** – Der nächste Tagesordnungspunkt sind die einminütigen Ausführungen zu politisch wichtigen Fragen.

**Jörg Leichtfried (S&D).** - Herr Präsident! Ich weiß nicht, ob sich das, was ich sage, jetzt noch auf die Agenda bezieht, aber ich denke, es passt am ehesten zu diesem Punkt. Der Vertrag von Lissabon hat ja auch bewirkt, dass sich die Anzahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament ändern wird, und für Österreich heißt das, dass zwei neue Abgeordnete in dieses Haus kommen werden. Diese Abgeordneten sind bereit, sie sind gewählt und es ist wichtig, dass sie bald herkommen.

Ich möchte Sie fragen, welche Schritte schon unternommen worden sind, damit diese Abgeordneten schnell kommen können, sei es als Beobachter oder als Vollmitglieder, bzw. was Sie zu unternehmen gedenken, damit das schnell geschieht.

**Der Präsident** – Der erste Schritt in dieser Angelegenheit sollte vom Europäischen Rat gemacht werden. Vergangenen Donnerstag habe ich im Europäischen Rat gesprochen, und ich habe es absolut deutlich gemacht, dass es für das Parlament äußerst wichtig ist, dass der Rat die ersten rechtlichen Schritte ergreift, um es uns zu ermöglichen, zusätzliche Mitglieder aufzunehmen und zu wissen, aus welchen Ländern diese kommen werden. Dies muss gemäß den Rechtsgrundsätzen geschehen und dieser Schritt sollte nun vom Rat erfolgen. Ich appelliere weiterhin an den Rat, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen. Die nächsten Schritte, nach einer anfänglichen Entscheidung des Rates, sollten anschließend vom Parlament gemacht werden.

**Carlos José Iturgaiz Angulo (PPE).** – (ES) Herr Präsident! Ich möchte die fortwährenden Provokationen, den Machtmissbrauch und die Drohungen des venezolanischen Präsidenten, Hugo Chávez, in diesem Parlament verurteilen. Mit seinen diktatorischen Regierungsmethoden bedroht er, unter anderem, das Recht auf freie Meinungsäußerung in Venezuela und die demokratische Ordnung in Lateinamerika.

Präsident Chávez hat dreißig Radiosender und einige Fernsehkanäle geschlossen. Er bedroht und bestraft Journalisten in Venezuela, weil sie sein autokratisches Regime nicht unterstützen.

Daher, Herr Präsident, sollte auch darauf hingewiesen werden, dass der venezolanische Tyrann trotz Stromausfällen, Wasser- und Lebensmittelknappheit sowie der aufgrund des schlechten Managements der Chávez-Regierung steigenden Armut versucht, dies alles zu vertuschen, indem er Grenzbrücken in die Luft sprengt und Kolumbien bedroht. Er lobpreist internationale Terroristen und stellt sich selbst mit den despotischen Diktatoren der Welt auf eine Stufe. Seine Worte und Reden gleichen fortwährenden Provokationen und sind Kriegsgeschrei, die auf die Destabilisierung des amerikanischen Kontinents abzielen.

Deshalb muss das Parlament, das sich stets für Freiheit und Demokratie weltweit engagiert, die autokratischen und diktatorischen Politiken von Hugo Chávez in Venezuela aufs Äußerste verurteilen.

**Alain Cadec (PPE).** – (FR) Herr Präsident! Ich würde gerne weitere Einzelheiten über die Auswirkungen der 40%igen Reduzierung der weltweiten Fangquote von Thunfisch erfahren.

Am 15. November hat die Internationale Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) in Recife entschieden, dass alle Vertragsparteien ihre Fangkapazität um mindestens 40% reduzieren müssen. Das bedeutet, dass die weltweite Fangquote für Roten Thun von momentan 22.000 Tonnen auf 13.500 Tonnen im Jahr 2010 absinken wird.

Die ICCAT-Mitgliedstaaten haben entschieden, schwerpunktmäßig den Kapazitätsüberhang ihrer jeweiligen Fischfangflotten anzugehen, um diese bis 2011 zu halbieren. Des Weiteren wird die Fangzeit für Thunfischwadenfänger, ohne die Möglichkeit einer Verlängerung, auf einen Monat reduziert. Diese Maßnahmen, die zur Erhaltung der Spezies nötig sind und die in die Rechtsvorschriften der Europäischen Union umgesetzt werden, gefährden die Existenz europäischer Fischer.

Ich würde gerne wissen, welche Maßnahmen vorgesehen sind, um den Lebensunterhalt der Fischer zu unterstützen und Plänen zur Reduzierung der Flotte Einhalt zu gebieten. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die äußerst bedeutenden sozioökonomischen Auswirkungen der Umsetzung dieser ICCAT-Entscheidungen in die EU-Rechtsvorschriften zu verringern?

**Vasîlica Viorica Dăncilă (S&D).** – (RO) Wie allgemein bekannt ist, befindet sich die Umsetzung der Strategien und operationellen Programme für die Legislaturperiode 2007-2013 immer noch in der Anfangsphase, und Rumänien hat zum ersten Mal die Möglichkeit, im Rahmen der Kohäsionspolitik von Mitteln der EU zu profitieren. Die Politik für regionale Entwicklung ist eine der wichtigsten und komplexesten Politiken der Europäischen Union. Ihre Zielsetzung muss die Verringerung der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in unterschiedlichen Regionen Europas sein.

Ich möchte die Anstrengungen erwähnen, die von allen Mitgliedstaaten unternommen wurden, um die allgemeinen Schwerpunkte der Kohäsionspolitik als Teil der operationellen Programme aufzunehmen. Ich bin jedoch der Meinung, dass die Europäische Union eine strategische Rolle übernehmen muss, damit die operationellen Programme in allen Mitgliedstaaten so schnell wie möglich umgesetzt werden können und so die Maßnahmen gefördert werden, die auf die Konsolidierung der institutionellen Kapazität gemäß den speziellen Bedürfnissen der einzelnen Mitgliedstaaten abzielen.

**Ramon Tremosa i Balcells (ALDE).** – Herr Präsident! Ich möchte die schwere Wirtschaftskrise verurteilen, unter der der katalanische und der europäische Nusssektor seit einigen Jahren leiden. Der fortwährende Verfall von Nusspreisen bedroht die Zukunft unserer europäischen Erzeuger.

Ich möchte Sie vor der Nichtinterventionspolitik der türkischen Regierung warnen. Die öffentliche Verwaltung der Türkei hat 500.000 Tonnen Nüsse für den Nusskauf auf Lager. Diese Verwaltung möchte diese 500.000 Tonnen Nüsse im Januar 2010 abstoßen. Angesichts dessen, was die türkischen Behörden bei einem bilateralen Treffen mit der Europäischen Union am 02. Oktober 2009 gesagt haben, würde eine derartige Situation die europäischen Erzeuger ernsthaft schädigen, und die Nusspreise würden erneut drastisch sinken.

Ich habe der Europäischen Kommission diese Frage bereits vor zwei Monaten gestellt, jedoch wird keine der bestehenden Sonderschutzklauseln angewandt werden, um unsere Erzeuger zu schützen. Dies sind die Sorgen, die ich mit Ihnen teilen wollte.

**Petru Constantin Luhan (PPE).** – (RO) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, würde Rumänien 2011 gerne Mitglied des Schengen-Raums werden. Vor diesem Hintergrund wird es sich einer Reihe von Bewertungen unterziehen, fünf um genau zu sein, von denen vier bereits abgeschlossen sind.

Ich möchte Sie insbesondere an die Evaluierung der Seegrenze erinnern, die von den Schengen-Experten derart gut bewertet wurde, dass Rumänien sogar als ein Modell guter Praxis dargestellt wurde. Wir müssen jedoch noch einen weiteren Test bestehen, und ich bin mir sicher, dass wir erfolgreich daraus hervorgehen werden.

Mit Blick auf das von Rumänien gelieferte Beispiel schlage ich Ihnen vor, dass wir die Erweiterung des Schengen-Raums in einem optimistischeren Licht betrachten. Mit anderen Worten, wir sollten diesen Prozess nicht länger als Bedrohung der Sicherheit unserer Grenzen betrachten, sondern als eine Möglichkeit, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten innerhalb des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu festigen.

Ich freue mich zu sehen, dass diese Ansichten auch im in der vergangenen Woche vom Europäischen Rat verabschiedeten Stockholm-Programm enthalten sind. Dieses Programm betrachtet die Erweiterung des Schengen-Raums als einen Schwerpunkt für die Innenpolitik der Europäischen Union.

**Luis Yáñez-Barnuevo García (S&D).** – (ES) Herr Präsident! Wie wir alle wissen, fand in Honduras am 28. Juni ein *Staatsstreich* statt. Seitdem sind fast sechs Monate vergangen, und das Parlament hat immer noch keine Zeit gefunden, diesen Putsch zu verurteilen. Was noch schlimmer ist, Abgeordnete der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der Europäischen Konservativen und Reformisten haben dem Land Besuche abgestattet, um die Folgen dieses *Staatsstreichs* durch ihre Anwesenheit zu billigen. Mit ihrer Unterstützung verwechselten sie das Europäische Parlament mit den politischen Gruppierungen und billigten sie Wahlen, die von einer *De-facto* -Regierung durchgeführt wurden und unter Bedingungen stattfanden, die ihre Legitimität nicht sicherstellten.

Durch den Putsch in Honduras wird ein abweichender Präzedenzfall geschaffen, da von nun an gemäßigte, kurzzeitige, relativ unblutige Staatsstreiche von der kontinentaleuropäischen Rechten nicht nur akzeptiert, sondern von der europäischen und nordamerikanischen Rechten sogar befürwortet und gefördert werden. Was in Honduras passiert ist, ist äußerst bedauerlich!

**Sarah Ludford (ALDE).** – Herr Präsident! Ich möchte die äußerst besorgniserregende Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichts vom Freitag, die Demokratische Gesellschaftspartei, die hauptsächlich kurdische Interessen vertritt, zu verbieten und deren führende Parlamentsmitglieder aus der Politik auszuschließen. Dies ist sehr rückschrittlich und wird von Extremisten als Vorwand verwendet werden, zur Gewalt zurückzukehren. Sie versperrt der demokratischen politischen Option, die der Premierminister, Herr Erdoğan verkündete, verfolgen zu wollen, den Weg.

Eines der Probleme ist, dass die Regierungspartei AK es verpasst hat, genau das Gesetz zu reformieren, das zur Umsetzung des Verbots der Demokratischen Gesellschaftspartei angewandt wurde - es ist das Gesetz, unter dem die AK-Partei selbst fast verboten worden wäre. Dies ist also nicht im Interesse der türkischen Regierung oder der Bürger der Türkei.

Die ALDE-Fraktion wird im nächsten Jahr zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine Aussprache im Plenum bezüglich dieses Themas fordern, da dies ein sehr großer Rückschritt für die Türkei ist.

**Marina Yannakoudakis (ECR).** – Herr Präsident! Wir sind uns alle der Bedeutung des Recyclings bewusst, und wir betrachten es als selbstverständlich, dass unser Papiermüll recycelt wird.

Vor Kurzem habe ich einer Druckerei in meinem Wahlkreis in London einen Besuch abgestattet und habe dort mehr über Tintenstrahl Druck erfahren. Das Recyclingverfahren, das für Papier angewandt wird, das mit

der Tintenstrahltechnik bedruckt wird, ist teuer, und die Verwendung zusätzlicher Bleichmittel bedeutet, dass es nicht umweltfreundlich ist. Die Tinte lässt sich nicht ganz einfach vom Papier trennen. Dies bedeutet, dass ein großer Teil des heutzutage bedruckten Papiers nicht recycelt werden kann.

Unternehmen wie dasjenige, das ich in London besucht habe, die andere, umweltfreundliche Druckverfahren anwenden, müssen gefördert werden und Anreize geboten bekommen, um das Verfahren wirtschaftlicher zu machen. Ich würde eine vom Markt festgelegte Lösung begrüßen, die von den Mitgliedstaaten unterstützt wird, eine Lösung, bei der die Industrie sich mittels einer Anwendungsnorm selbst reguliert und in den umweltpolitischen Gremien eine Führungsposition einnimmt.

Nichtsdestotrotz spielt die EU bei der Sensibilisierung des Bewusstseins gegenüber dieser Thematik und der Unterstützung von möglichen Alternativen zum Tintenstrahldruck eine wichtige Rolle.

**Nikolaos Chountis (GUE/NGL).** – (EL) Herr Präsident! Ich habe um das Wort gebeten, um die Aufmerksamkeit und das Bewusstsein des Europäischen Parlaments auf einen Aspekt der Einwanderungspolitik zu lenken, der im Zusammenhang mit unbegleiteten Minderjährigen und den Rechten von Kindern steht, eine Angelegenheit, der sich die Union als Ganzes und nicht nur Eintrittsländer, wie z.B. Griechenland, widmen muss.

Wie Sie sehr wohl wissen, muss jeder Asyl- oder Aufenthaltsantrag im Rahmen der Rechtsvorschriften der Gemeinschaft in dem Mitgliedstaat überprüft werden, in den der Antragsteller zuerst eingereist ist, unabhängig von seinem oder ihrem eigentlichen Bestimmungsland.

Dies belastet die Strukturen des jeweiligen Eintrittslandes und wirkt den Rechten der Antragsteller entgegen, ihre Anträge *in großer Zahl* und mittels kurzer Wege abzuhandeln. Sie werden oftmals weitergeschickt, ohne Gewährleistung, dass ihre Rechte und ihr Leben geachtet werden, oder sie verbleiben ohne Schutz oder soziale Absicherung im Land und fallen, im Falle von Kindern, Misshandlungen und Ausbeutung durch verschiedene Banden zum Opfer.

Ich bin der Auffassung, dass wir als Europäische Parlament daran arbeiten sollten, die nationalen Rechtsvorschriften sowie das Gemeinschaftsrecht zu ändern und anzupassen, sodass unbegleitete Minderjährige ihr endgültiges Bestimmungsland erreichen, nicht deportiert werden und ihnen ein würdiger und sicherer Aufenthalt in der Europäischen Union gewährt wird.

**Niki Tzavela (EFD).** – (EL) Herr Präsident! In der vergangenen Woche traf ich mit verschiedenen Politikern arabischer Staaten aus den Emiraten, Ägypten und Jordanien zusammen. Ich möchte deren Bedenken bezüglich des Atomwaffenprogramms des Iran übermitteln.

Ich traf Israelis, die äußerst beunruhigt sind und ihre Hauptbedenken betreffen die Unterstützung, die der Iran gegenwärtig von der Türkei erhält. Sie interessierten sich für die offizielle Haltung der Europäischen Union bezüglich der Unterstützung der Regierung in Teheran durch Premierminister Erdoğan und der Äußerungen Herrn Erdoğan, dass das Atomwaffenprogramm des Iran friedlichen Zwecken dient.

Ich muss zugeben, dass ich nicht wusste, welches unsere offizielle Haltung bezüglich der Äußerungen und des Verhaltens der Türkei im Hinblick auf das Atomwaffenprogramm des Iran ist. Der Fortschrittsbericht sagt das eine und Herr Erdoğan das andere.

**Georgios Papastamkos (PPE).** – (EL) Herr Präsident! Die Tatsache, dass die anwesende Kommissarin, Frau Boel, einen Text über die Revision des Haushalts der Gemeinschaft in Verbindung mit der gemeinsamen Agrarpolitik bei einer öffentlichen Sitzung des Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments als mangelhaft bezeichnet hat, ist ein gutes Zeichen.

Meiner Meinung nach sollte die Aussprache über die Finanzrevision unter keinen Umständen die Revision der gemeinsamen Agrarpolitik für die Legislaturperiode nach 2013 vorwegnehmen. Wir verlangen nicht nach einer bloßen Definition des Verhältnisses der Ausgaben für die Landwirtschaft im Vergleich zum Gesamthaushalt der Gemeinschaft. Wir verlangen vor allem, dass der Beitrag des landwirtschaftlichen Sektors zur Produktion öffentlicher Güter für die Agrarpolitik, deren Definition wir fordern, endgültig beschlossen wird und anschließend Entscheidungen bezüglich der Mittel getroffen werden, die für die gesteckten Ziele zur Verfügung gestellt werden.

Dies ist die Botschaft, die ich übermitteln und an Kommissarin Boel weitergeben möchte.

**Iliana Ivanova (PPE).** – (BG) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der freie Personenverkehr ist eine der Grundfreiheiten der Europäischen Union und eine der Säulen des gemeinsamen Marktes. Eine Reihe von Mitgliedstaaten erlegt Bürgern Bulgariens und Rumäniens jedoch nach wie vor Beschränkungen hinsichtlich des Zugangs zu ihren Arbeitsmärkten auf.

Die Argumente für die Aufrechterhaltung der Einschränkungen widersprechen jedoch der Marktlogik, insbesondere in Zeiten einer Krise. Selbst der Kommissar für Beschäftigung sagte vor einiger Zeit: „Das Recht, in einem anderen Land zu arbeiten, gehört zu den Grundfreiheiten der Bürger in der EU“. Und er hat absolut Recht. Die Aufrechterhaltung dieser Einschränkungen gegenüber Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedstaaten führt zu Marktanomalien und widerspricht dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung, der in den Verträgen, auf denen die Europäische Union sich gründet, verankert ist, wodurch das Image der Europäischen Union getrübt wird.

Ich halte die Europäische Kommission dringend dazu an, die Arbeitsmarktbeschränkungen für Mitgliedstaaten, die kürzlich beigetreten sind, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten so bald wie möglich aufzuheben. Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie auch um Ihre Unterstützung, damit wir einen wirklich freien Markt und gleiche Rechte für alle Bürger Europas erzielen können.

**Françoise Castex (S&D).** – (FR) Herr Präsident! Ich möchte auf eine Begebenheit zurückkommen, die sich kürzlich zugetragen hat, nämlich die Abstimmung über Minarette in der Schweiz. Zugegebenermaßen wurde die Abstimmung in einem Land außerhalb der Europäischen Union durchgeführt, jedoch betrifft sie ganz klar eine Angelegenheit, die auch uns nicht unbekannt ist.

Ich möchte auf diese Begebenheit zurückkommen, da sie auch eine Rechtfertigung dafür liefert, über Säkularismus zu sprechen, und wir können in diesem Parlament nie genug über Säkularismus sprechen. Es besteht eine dringende Notwendigkeit dafür, dass der Grundsatz des Säkularismus die Organisation unserer Gesellschaft dominiert. Ich möchte mich hier einfach ausdrücken.

Erstens ist der dem Säkularismus gegenüberstehende Grundsatz nicht Religiosität und noch viel weniger Spiritualität. Ders dem Säkularismus gegenüberstehende Grundsatz ist religiöser Kommunitarismus, der Vorschriften und Gesetze festsetzt, die über das Zivilrecht erhaben sind und den Einzelnen Subgesellschaften zuordnet.

Unsere Europäische Union ist als Folge ihrer Geschichte multikulturell und multiethnisch. Dies ist und wird auch weiterhin der Fall sein und nur der Säkularismus kann es freien Individuen und deren Gemeinschaften ermöglichen, zu leben und sich zu entfalten.

**Teresa Riera Madurell (S&D).** – (ES) Herr Präsident! Klinische Studien dienen als Maßstab in der klinischen Forschung und werden als die zuverlässigste Informationsquelle betrachtet, auf der Behandlungsentscheidungen basieren können.

Ich möchte das Parlament jedoch auf die Tatsache aufmerksam machen, dass eine kürzlich von der Europäischen Gesellschaft für Kardiologie durchgeführte Studie einmal mehr gezeigt hat, dass diese Methodik aufgrund der geringen Beteiligung von Frauen an solchen Versuchen ernst zu nehmende Grenzen aufweist.

Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in Bezug auf Risikofaktoren, das Erscheinungsbild von Krankheiten sowie das Ansprechen auf Behandlungen sind wissenschaftlich nachgewiesen.

Folglich spiegeln sich die großen Errungenschaften der vergangenen Jahre hinsichtlich der Vorbeugung gegen und der Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen nicht in einer signifikanten Verringerung der Sterblichkeitsrate von Frauen wider.

Daher ist es unerlässlich, dass wir als europäische Institutionen Forschungsprojekte, die speziell auf Frauen ausgerichtet sind, entweder durch ihre umfassendere Aufnahme in klinische Studien oder durch die Planung von Studien, die ausschließlich mit Frauen durchgeführt werden, fördern.

**Frieda Brepoels (Verts/ALE).** – (NL) Herr Präsident! Ich möchte ebenfalls über die Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichts vom vergangenen Freitag sprechen, die Demokratische Gesellschaftspartei (DTP) zu verbieten, was dazu geführt hat, dass die stolze Anzahl von 22 Mitgliedern des türkischen Parlaments entweder des Parlaments verwiesen oder für die nächsten fünf Jahre ihrer politischen Rechte entmachtet wurden. Leider findet sich unter diesen Parlamentsmitgliedern auch Leyla Zana, der wir 1995 den Sacharow-Preis verliehen haben. Dies ist bereits das vierte Mal, dass eine kurdische Partei verboten wurde. Immer wieder bemühen Kurden sich darum, unter einem anderen Namen für die Rechte ihrer Landsleute

einzustehen und immer wieder werden sie unterdrückt, da sie angeblich Ansichten vertreten, die der Einheit des türkischen Staats zuwiderlaufen. Zu den wesentlichen Merkmalen einer demokratischen Gesellschaft gehört die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, sodass hiermit die Initiative der so genannten 'demokratischen Öffnung', die zu Beginn dieses Jahres von Premierminister Erdoğan im Hinblick auf die Kurdenfrage ins Leben gerufen wurde, jeder Glaubwürdigkeit beraubt wird. Ich möchte den Aufruf von Frau Ludford, im Januar eine Aussprache bezüglich dieses Themas durchzuführen, unterstützen.

**Hélène Flautre (Verts/ALE).** – (FR) Herr Präsident! Folgendes ist ein Auszug aus einem Brief, den William Bourdon, der Anwalt von Taoufik Ben Brik, an Herrn Sarkozy, den französischen Präsidenten, geschrieben hat: „Ich hatte die Gelegenheit, wie alle tunesischen Anwälte von Taoufik Ben Brik vor mir, die juristische Farce zu verurteilen, die ohne eine eingehende Vernehmung zu seiner Verurteilung zu erschütternden sechs Monaten im Gefängnis geführt hat. Ich kann die Tatsache, dass die Akte des Verfahrens, das zu seiner Verurteilung geführt hat, absolut erfunden war und auf der persönlichen Vendetta von Präsident Ben Ali basierte, eindeutig und in aller Form bestätigen.“

Während des Verlaufs dieses gesamten Jahres 2009 war es ihm nicht möglich zu reisen, da sein Immunsystem derart geschwächt ist, dass er fortwährend Gefahr läuft, ernsthafte Krankheiten zu erleiden. Ich glaube, dass seine Familie ihm lebensnotwendige Medikamente zukommen lassen konnte, bin mir dessen jedoch nicht sicher. Seine tunesischen Anwälte können nur in unregelmäßigen Abständen Kontakt mit ihrem Mandanten aufnehmen und einigen von ihnen wird jede Möglichkeit, ihn zu besuchen, systematisch verwehrt. Seine Frau konnte ihn vor ein paar Tagen ein einziges Mal für ein paar Minuten besuchen und konnte ihn seitdem nicht mehr sehen.“

Herr Präsident, schreiben Sie bitte an die tunesischen Behörden, um die Freilassung von Taoufik Ben Brik zu fordern.

**Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL).** – (FR) Herr Präsident! Ich möchte mich Frau Flautres Rede anschließen und Sie darum bitten, einen Brief an die tunesischen Behörden zu senden.

In diesem Jahr werden wir den Sacharow-Preis, das Symbol des Einsatzes des Europäischen Parlaments für Menschenrechte verleihen. Wir haben ein Partnerschaftsabkommen mit Tunesien unterzeichnet, das eine Vielzahl von Bestimmungen im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte enthält.

Gleichwohl wurden die Präsidentschaftswahlen in Tunesien gerade eben erst unter beklagenswerten Bedingungen, die den in diesem Abkommen mit der Europäischen Union enthaltenen Bestimmungen nicht würdig sind, abgehalten. Wir können nicht weiter schweigen. Verfechter von Menschenrechten in Tunesien werden verhöhnt, verhaftet und gedemütigt. Dies kann so nicht mehr weitergehen.

Deshalb bitte ich Sie, Herr Präsident, dringlichst, einen Brief an Präsident Ben Ali zu schreiben, und insbesondere die Freilassung von Taoufik Ben Brik zu fordern, einem engagiertem Journalisten, dessen einziges Verbrechen es war, die so genannte Demokratie in Tunesien zu kritisieren.

**Fiorello Provera (EFD).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe gefordert, dass das Bild einer jungen Iranerin, Neda-Agha-Soltan, in Brüssel neben dem von Aung San Suu Kyi ausgestellt wird.

Frau Soltan wurde auf der Suche nach Freiheit und Transparenz im Iran getötet und ist zu einem Symbol für Freiheit und, vor allem, für Frauen geworden, die für Freiheit kämpfen. Meine Forderung wurde von 75 Mitgliedern und fünf politischen Gruppierungen unterzeichnet. Ich bin der Meinung, dass diese Genehmigung vor allem zum gegenwärtigen Zeitpunkt besonders wichtig ist, da Ayatollah Khamenei im Iran verkündet, dass er beabsichtigt, jede Art von Protest und Opposition zu unterdrücken. Ich hoffe, dass meinem Antrag stattgegeben wird.

**Alajos Mészáros (PPE).** – Herr Präsident! Gleichzeitig mit dem bevorstehenden Winter zeichnet sich auch die Bedrohung durch eine neue, aus dem Osten kommende Gaskrise ab. Vor einigen Wochen hat uns Premierminister Putin klargemacht, dass Russland unter Umständen erneut gegen die Verträge mit den EU-Mitgliedstaaten verstoßen wird. Um dies zu vermeiden, hat er die EU aufgefordert, der Ukraine die stolze Summe von 1 Milliarde Euro zu leihen, damit diese ihren Gastransit-Verpflichtungen nachkommen kann. Wir könnten uns also einer weiteren Runde seltsamer politischer Spiele gegenübersehen, die von unserem russischen Partner geleitet werden. Dies ist nicht akzeptabel.

Obwohl bestimmte Mitgliedstaaten dadurch auf unterschiedlichen Ebenen betroffen sein werden, muss die EU aus Solidarität einheitliche Maßnahmen und einen eindeutigen Standpunkt hinsichtlich dieser äußerst wichtigen grundlegenden Thematik einnehmen. Darüber hinaus ist dies ein Signal, unsere neuen Projekte



für die Diversifizierung einer langfristigen Energieversorgung zu beschleunigen, damit der Einfluss Russlands minimalisiert werden kann.

**Eduard Kukan (PPE).** – (SK) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon hat sich auch auf die Bedingungen für die Erweiterung der EU günstig ausgewirkt. Niemand kann nun mehr argumentieren, dass die Union nicht über die institutionellen Kapazitäten für eine Erweiterung und Entscheidungsfindung verfügt, da diese nun vorhanden sind.

Es gibt daher keinerlei Gründe, den Prozess der Erweiterung hinauszuzögern oder zu behindern. Dies gilt insbesondere für die westlichen Balkanstaaten. Die Entwicklung in der Region schreitet schnell voran und ist im Allgemeinen positiv. Die vor Kurzem veröffentlichten Berichte über die Fortschritte in den einzelnen Ländern bestätigen dies, ebenso wie die von der Kommission veröffentlichte EU-Erweiterungsstrategie für 2010.

In Verbindung mit der Einführung eines visumfreien Eintritts in den Schengen-Raum ergibt sich für die Länder der Region eine wirkliche Chance, Fortschritte auf dem europäischen Pfad zu erzielen. Es liegt in ihrer Hand, diese zu nutzen. Die EU darf jedoch ebenfalls nicht zaudern, sondern muss verantwortungsvoll und vernünftig vorgehen und die Umstände voll und ganz respektieren. Das Europäische Parlament muss eine aktive Rolle spielen.

**Tanja Fajon (S&D).** – (SL) In dieser Woche, von Freitagnacht auf Samstag, nach mehr als zwei Jahrzehnten, werden die Bürger der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Serbiens und Montenegros endlich wieder in der Lage sein, ohne Visum in die Europäische Union einzureisen. Dies wird ein großartiger Tag und ein Grund zum Feiern sein.

Ich möchte die Gelegenheit jedoch nutzen, um noch einmal an die Europäische Kommission und an den Rat zu appellieren, alles erdenklich Mögliche zu unternehmen, um die Visumpflicht für die Bürger Bosniens und Herzegowinas sowie Albaniens sobald wie möglich aufzuheben. Wir dürfen keine erneute Spaltung auf dem westlichen Balkan zulassen oder Zeit verlieren, insbesondere nicht zum Schaden der jüngeren Generation. Es ist schwer zu glauben, dass der Großteil junger Leute in diesen Ländern noch immer nichts über die Europäische Union weiß.

Es obliegt unserer Verantwortung, die neuen Visum-Mauern niederzureißen, die noch dem Fall der Berliner Mauer auf dem westlichen Balkan errichtet wurden. Das Gleiche gilt für die Bevölkerung des Kosovo. Die westlichen Balkanstaaten brauchen eine klare europäische Perspektive. Wir dürfen den unbegründeten Ängsten nicht nachgeben.

**Cristian Silviu Buşoi (ALDE).** – (RO) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Ende des Jahres 2009 wurde von zwei wirklich historischen Ereignissen geprägt: Dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und dem Gipfel von Kopenhagen.

Ich möchte meine Rede dazu nutzen, meine Zufriedenheit über die Europäische Union zu bekunden, die sich momentan als Hauptakteur beim Auffinden realisierbarer Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel hervortut. Ich bin ebenso erfreut darüber, dass die Mitgliedstaaten es geschafft haben, überhaupt eine Übereinkunft zu erzielen und einen gemeinsamen Standpunkt einzunehmen, und das, obwohl das eine gemeinsame Übereinkunft zwischen 27 Mitgliedstaaten keine einfache Aufgabe ist.

Das Ergebnis stimmt vielleicht nicht ganz mit unseren Ambitionen und Erwartungen überein, aber die von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union getroffene Entscheidung, den Entwicklungsländern 7,2 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, ist umso wichtiger, als diese Länder dringend finanzielle Unterstützung benötigen. Des Weiteren ist es möglich, dass dieses Beispiel die andern UN-Länder dazu ermuntern könnte, die gleichen Maßnahmen zu ergreifen.

Es sollte ebenso begrüßt werden, dass selbst die Länder in der Europäischen Union, die bis dato schwer von der Finanzkrise getroffen wurden, ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht haben, Anstrengungen unternommen haben und einen Beitrag leisten werden, selbst, wenn es für einige von ihnen nur eine symbolische Geste ist, um ihr Engagement im Kampf gegen die Erderwärmung zum Ausdruck zu bringen.

**Charalampos Angourakis (GUE/NGL).** – (EL) Herr Präsident! Ich möchte damit beginnen, meine absolute Solidarität mit den Gewerkschaftern im Europäischen Parlament zum Ausdruck zu bringen und ihnen viel Erfolg zu wünschen.

Die griechische Regierung hat eine unglaubliche Welle von arbeitnehmerfeindlichen Maßnahmen in Bewegung gesetzt und flexible Arten der Beschäftigung werden zur Regel und allgemein eingeführt werden. Das Sozialversicherungssystem wird ebenfalls abgeschwächt und Löhne und Renten eingefroren.

Die griechische Regierung, die Europäische Union und die Vertreter des Kapitals versuchen, Arbeitnehmer einzuschüchtern, indem sie die Schreckgespenster des griechischen Haushaltsdefizits und der öffentlichen Verschuldung hervorrufen. Sie verwickeln die Arbeitnehmer in einen sozialen Dialog, der eine Falle ist, um sie zur Zustimmung zu zwingen, ihre gerechtfertigte Wut in Grenzen zu halten und die Reaktionen der Basis zu zerstreuen.

Die erste Reaktion der Regierung und der Europäischen Union auf die gegen die Basis gerichteten Angriffe wird der nationale Streik am 17. Dezember sein, der vom klassenkämpferischen Teil der griechischen Gewerkschaften (All Workers Militant Front -PAME) angekündigt und organisiert wurde. Sie fordern Maßnahmen, um den Anforderungen der modernen Basis gerecht zu werden, die nur von einer einheitlichen Front der Arbeiterklassen, der Armen und der Mittelständler in den Städten und auf dem Land erfüllt werden können, um der Anti-Basis-Politik der Europäischen Union entgegenzutreten und sie zu Fall zu bringen.

**Martin Ehrenhauser (NI).** - Herr Präsident! Am 8. Dezember feierte die ESVP-Mission Atalanta ihr einjähriges Bestehen. Laut der schwedischen Ratspräsidentschaft hat die Operation ihre Fähigkeit für ein effektives Handeln gegen die Piraterie demonstriert, und es kam zu einem signifikanten Zusammenbruch der Angriffe. Letztere Aussage ist allerdings äußerst fragwürdig.

Laut einem Bericht des *International Maritime Bureau* gab es insgesamt in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 mehr Angriffe als im gesamten Jahr 2008. Auch die Anzahl der bewaffneten Angriffe stieg insgesamt um 200 %. Auch die finanzielle Effizienz dieser Operation ist äußerst fragwürdig. Die Schadenssumme von Piraterie in dieser Region wird auf insgesamt 200 Millionen Dollar geschätzt. Im Gegensatz dazu investieren die EU und ihre Mitgliedstaaten 408 Millionen im Jahr.

Mit der neuen geplanten ESVP-Mission in Somalia greift man dieses Problem wieder nicht bei den Wurzeln an, man packt zu kurz an. Wirklich lohnen würde es sich, wenn sich die EU für eine effektive Küstenwache einsetzen würde, die Unterbindung der Raubfischerei ...

*(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)*

**Dominique Baudis (PPE).** – (FR) Herr Präsident! Das SESAR-Programm (europäisches Flugverkehrsmanagementsystem der neuen Generation), das darauf abzielt, das Flugverkehrsmanagement in Europa zu modernisieren, ist ein großes Projekt.

Wie bereitet sich die Kommission auf die bevorstehende SESAR-Einführungsphase und insbesondere auf die Finanzierung dieses Programms vor, das sowohl für die Umwelt als auch für unseren wissenschaftlichen und technischen Ruf äußerst wichtig ist? Wird die Kommission den Empfehlungen des Berichts 2007 Folge leisten, demzufolge eine hoch qualifizierte Einzelperson die politische Überwachung dieses Programms gewährleisten sollte? Es gilt, eine Reihe von Hindernissen zu überwinden - sowohl rechtlicher, psychologischer als auch technischer Natur -, um nationale Lufträume zu vereinen und eine erfolgreiche Zusammenarbeit der Fluglotsen aus den verschiedenen Ländern zu erzielen.

Wenn Europa nicht in der Lage ist, einen gemeinsamen Luftraum zu schaffen, wie soll es dann in der Lage sein, eine starke politische Union zu formen?

**Edit Bauer (PPE).** – (HU) Herr Präsident! Angesichts der Tatsache, dass sowohl Sie als auch die Kommission ihre Absicht zum Ausdruck gebracht haben, die Umsetzung des Gesetzes über die Landessprache in der Slowakei zu überwachen, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Punkte lenken. Die Regierung hat die Ausführungsbestimmung veröffentlicht, die sich nicht nur über Gesetze hinwegsetzt, sondern auch weitere Einschränkungen mit sich bringt. Der Vorschlag zur Umsetzung legt fest, dass das Gesetz ausschließlich dem Schutz und der Unterstützung der Landessprache bei Amtsgeschäften sowie dem Schutz der Rechte von Personen, die die Landessprache sprechen, dienen soll. Er besagt, dass der Schutz dieser Rechte bei natürlichen und juristischen Personen den Eingriff in Grundrechte und -freiheiten umfasst. Daher ist es absolut offenkundig, dass es sich hierbei um eine Anspielung auf die Rechte und Freiheiten von Personen handelt, die einer Minderheit angehören. Die Durchführungsmaßnahme beinhaltet zudem, dass die Minderheitensprache, unabhängig davon, ob der Anteil der diese Sprache sprechenden Personen über oder unter 20 % liegt, nur dann überall gesprochen werden kann, wenn ein anwesender Dritter dem zustimmt. Ich bin der Meinung, dass diese Absurdität in Europa inakzeptabel ist.

**Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz (PPE).** – (PL) Herr Präsident! Beim letzten EU-Russland-Gipfel unterzeichneten die Parteien ein Memorandum bezüglich der Richtlinien eines Frühwarnmechanismus in Energiefragen. Die Europäische Kommission hofft, dass wir somit in Zukunft in der Lage sein werden, eine Energiekrise, vergleichbar mit jener, der wir uns zu Beginn des Jahres gegenübersehen, zu vermeiden, als die Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine bezüglich der Versorgung mit und des Transits von Gas dazu geführt haben, dass Moskau die Gasversorgung für nahezu drei Wochen unterbrach und so mehrere europäische Länder gewissermaßen lahmlegte.

Der bevorstehende Winter und der damit zusammenhängende steigende Gaverbrauch bedeuten, dass wir Richtlinien erarbeiten müssen, die den europäischen Energiemarkt regulieren. Die Europäische Union muss sich darüber im Klaren sein, dass Unterbrechungen der Gasversorgung nicht nur die Wirtschaft gefährden, sondern auch die Grundlagen der europäischen Integration, die, gestärkt durch die europäische Solidarität, den freien Markt unterstützen. Ich hoffe des Weiteren, dass dieser Winter nicht dazu dient, den Wahrheitsgehalt der unterzeichneten Vereinbarungen zu prüfen und herauszufinden, ob Solidarität nur ein unbedeutendes, leeres Wort oder eine wirkliche Garantie für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union ist.

**Ioan Mircea Pașcu (S&D).** – Herr Präsident! Wie Sie wahrscheinlich wissen, hat Rumänien vor Kurzem eine zweijährige Periode beendet, in der alle sechs Monate verschiedene Wahlen abgehalten wurden. Die letzte Wahl war die Präsidentschaftswahl und wurde vom gegenwärtigen Präsidenten mit einem sehr geringen Vorsprung von 70.000 Stimmen gewonnen, die hauptsächlich von der Diaspora stammten.

Was mich als Bürger ärgert, ist die Tatsache, dass ich während des gesamten Wahlkampfes nicht in der Lage war, kritische Anmerkungen über den amtsinhabenden Präsidenten in meinem Blog, Europolis, zu veröffentlichen, während der Zugriff der Öffentlichkeit auf meinen Blog gänzlich unterbrochen war. Ich betrachte dies als inakzeptabel, da dies erstens eine Zensur des Rechts auf freie Meinungsäußerung darstellt und zweitens zeigt, dass auch der Internetzugriff von den Machthabern und/oder ihren Anhängern kontrolliert wird.

Alles in allem ist es bedauerlich, dass solche Einstellungen - 20 Jahre nach der Revolution, die viele Opfer forderte, damit die Demokratie sich etablieren konnte - von denjenigen toleriert oder möglicherweise gefördert werden, die dadurch, dass sie selbst mit einem geringen Vorsprung an die Macht gewählt werden, zeitweise selbst die Früchte der Demokratie ernten.

**Frédéric Daerden (S&D).** – (FR) Herr Präsident! Seit 2007 hat der Schienengüterverkehr eine Großhandelsliberalisierung des Angebots erlebt. Betreiber, die keine Aufträge des öffentlichen Dienstes bedienen, werden von nun an mit einem verstärkten Wettbewerb konfrontiert werden.

In vielen Ländern bedeutet dies ein erhöhtes Angebot in den lukrativsten Sektoren des Marktes, nämlich beim kombinierten und Ganzzugverkehr. Im Gegensatz dazu ist der Transport mittels der Einzelwagenladungstechnik für private Unternehmen aufgrund der sehr eingeschränkten Rentabilität von geringem Interesse.

Wenn wir den Schienengüterverkehr wirklich zur treibenden Kraft der nachhaltigen Mobilität entwickeln wollen, ist es unerlässlich, den Einzelwagenladungstransport zu unterstützen. Andernfalls wird der Transport vollständig auf die Straße verlagert werden, was unseren Zielen im Hinblick auf die Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes zuwiderlaufen würde. Die Unterstützung des Einzelwagenladungstransports muss daher als Aufgabe des öffentlichen Dienstes betrachtet werden, da es sich hierbei um einen wesentlichen Element einer Strategie für die nachhaltige Mobilität handelt.

Im Rahmen der Richtlinien der Europäischen Kommission, die die Bedingungen für den staatlichen Eingriff festlegen, sind wir der Meinung, dass es absolut möglich ist, die Unterstützung des Einzelwagenladungstransports aufzunehmen, sei es in Form von Ausgleichszahlungen für Verpflichtungen gegenüber dem öffentlichen Dienst oder durch Bereitstellung von Mitteln für ...

*(Der Präsident unterbricht den Redner.)*

**Vilja Savisaar (ALDE).** – (ET) Herr Präsident! Ich möchte über ein sehr praxisbezogenes, für mein Heimatland Estland jedoch sehr wichtiges Thema sprechen. Vor einigen Jahren hatten die drei baltischen Länder - Estland, Lettland und Litauen - praktisch keine Schienenanbindung an Europa. Die Infrastruktur war in einem schlechten Zustand und wurde nur sehr wenig genutzt. Seither sind positive Entwicklungen zu verzeichnen, sowohl bei der Sanierung des vorhandenen Schienennetzes als auch bei der Durchführung von Studien, um

Bahnlinien zu bauen, die die europäischen Normen erfüllen. Um Rail Baltica - das ist der Name, unter dem dieses Projekt bekannt ist - durchführen zu können, ist es äußerst wichtig, dass sowohl das Europäische Parlament als auch die Europäische Kommission das Rail Baltica-Projekt trotz der Tatsache, dass die Bevölkerungsdichte in dieser Region nicht gerade groß und die finanzielle Situation, der die baltischen Staaten sich gegenübersehen, prekär ist, unterstützen.

Dieses Projekt ist wichtig, nicht nur um eine normale Schienenanbindung zu gewährleisten, es wird auch im Hinblick auf die regionale und die Sozialpolitik in allen drei Ländern erhebliche Auswirkungen haben. Estland, Lettland und Litauen brauchen eine Schienenanbindung zu Europa, sowohl aus wirtschaftlichen Gründen, als auch um die Umweltökonomie im Auge zu behalten, da auf der Schiene größere Frachtlaster bei gleichzeitig geringerer Umweltverschmutzung transportiert werden können. Momentan ist die Via Baltica die Hauptanbindung...

*(Der Präsident unterbricht die Rednerin.)*

**Angelika Werthmann (NI).** - Herr Präsident! Ganz kurz zu zwei Themen. Erstens, zum offenen Problem der Gleichberechtigung von Mann und Frau gesellt sich mit gleicher Dringlichkeit die Frage der Gleichbehandlung. Es sollte eine Tatsache sein, dass Frauen und Männer bei gleicher Qualifikation, gleicher Qualität und derselben Position das gleiche Einkommen beziehen. In Österreich steht die Welt kurioserweise Kopf, denn je besser Frauen qualifiziert sind, desto schlechter steigen sie im Vergleich zu ihren gleich qualifizierten Kollegen aus, und brandaktuell: Die Benachteiligung von Frauen steigt mit dem Alter, d.h. Frauen über 60 verdienen rund 34% weniger als ihre männlichen Kollegen.

Zweitens möchte ich bemerken, dass Kinder schützbedürftig sind. Ich hätte es begrüßt, wäre die UN-Kinderrechtskonvention in der österreichischen Verfassung verankert worden. Ich hoffe, dass die Diskussion in Österreich bald wiederaufgenommen und zu einem positiven Ende geführt wird.

**Iosif Matula (PPE).** - (RO) Ich freue mich, in diesem Parlament verkünden zu können, dass Herr Traian Băsescu als Präsident von Rumänien im Amt bestätigt wurde. Unser Beitritt zur Europäischen Union 2007 fiel in die erste Amtszeit von Präsident Traian Băsescu, und wir haben diesen Beitritt seiner Unterstützung zu verdanken. Eine neue Amtszeit wird es dem Präsidenten ermöglichen, mit den Reformen und der vollständigen Umsetzung europäischer Normen und Werte in Rumänien fortzufahren.

Als Folge dieser Präsidentschaftswahlen kann eine einzige Schlussfolgerung gezogen werden: Die Präsidentschaftswahlen in Rumänien wurden unter Einhaltung strenger internationaler Vorgaben abgehalten. Dies wurde auch von den OSZE-Beobachtern bestätigt. Auch die Entscheidung des rumänischen Verfassungsgerichts und die erneute Auszählung ungültiger Stimmen, nach der der amtsinhabende Präsident seinen Vorsprung gegenüber seinem Gegner ausbauen konnte, sprach dafür.

Wir sind der Meinung, dass der demokratische Sieg von Präsident Băsescu, unterstützt von der Liberaldemokratischen Partei, auch einen Sieg für die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) darstellt. Unsere Kollegen der PPE-Fraktion, unter Vorsitz von Wilfried Martens und Joseph Daul, haben ihre Unterstützung für Präsident Băsescu zugesagt, wofür wir ihnen erneut danken möchten.

**Silvia-Adriana Țicău (S&D).** - (RO) Im zweiten Quartal 2009 beliefen sich die Einnahmen der 27 Mitgliedstaaten auf 43,9% des BIP, während ihre Ausgaben 49,7% ausmachten. Während des gleichen Zeitraums beliefen sich die Steuern und Sozialbeiträge auf EU27-Ebene auf ca. 90% der allgemeinen Einnahmen der Mitgliedstaaten, wohingegen die Sozialhilfeausgaben lediglich 42,2% des BIP ausmachten. Das Haushaltsdefizit der 27 Mitgliedstaaten stieg von 0,8% im zweiten Quartal 2008 auf 5,8% im zweiten Quartal 2009 an. Während des gleichen Zeitraums fiel die Erwerbstätigenquote um 2% und die Industrieproduktion um 10,2%. Die am stärksten betroffenen Sektoren waren das Baugewerbe, die Landwirtschaft, industrielle Produktion, Handel, Transport und Kommunikation. Ich bin der Auffassung, dass es für die zukünftige Europäische Kommission dringend notwendig ist, ein Arbeitsprogramm vorzulegen, das sich auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Verringerung der Arbeitslosigkeit und die Gewährleistung angemessener Lebensbedingungen konzentriert.

**Alf Svensson (PPE).** - (SV) Herr Präsident! Der Antisemitismus breitet sich weltweit und selbst hier in Europa, innerhalb der EU, aus. Es versteht sich natürlich von selbst, dass das Europäische Parlament dieser Hydra - die sich immer weiter ausbreitet - Herr werden und versuchen muss, sie im Keim zu ersticken.

Es muss des Weiteren klar gestellt werden, dass die Politik des Staates Israel natürlich kritisiert werden kann - so wie auch jeder andere Staat kritisiert werden kann, da kein Staat perfekt funktioniert. Die Politik des Staates Israel ist jedoch eine vom Antisemitismus getrennt zu betrachtende Angelegenheit.

Ich gehe davon aus, dass das Europäische Parlament sich den Tendenzen zum Antisemitismus energisch entgegenstellen wird. Gegenwärtig gibt es viele dieser Tendenzen und sie sind weitverbreitet.

**Diogo Feio (PPE).** – (PT) Herr Präsident! Die Angelegenheit, auf die ich ihre Aufmerksamkeit heute hier im Parlament lenken möchte, betrifft Mehrwertsteuer-Regelungen für portugiesische Bauern. Gemäß dem Gemeinschaftsrecht existieren drei mögliche Regelungen: Die allgemeine Regelung, mit organisierter Buchführung, die Option der Regelung für kleine und mittelständische Unternehmen, oder die Pauschalsteuersatz-Regelung, bei der keine Rückzahlungen erfolgen, aber ein Verrechnungsanspruch besteht. Leider betrug der Verrechnungsanspruch seit dem Beitritt Portugals zur EU 0%.

Gegenwärtig werden Verletzungsverfahren gegen den portugiesischen Staat eingeleitet. Diese Art der Besteuerung betrifft ca. 18.000 Bauern und 5,3% ihrer Verkäufe. Ich möchte unmissverständlich klarstellen, dass ein Weg gefunden werden muss, um die portugiesischen Rechtsvorschriften mit dem *Besitzstand* der Gemeinschaft in Einklang zu bringen.

**Der Präsident** - Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zum Ende der einminütigen Reden. Ich möchte erwähnen, dass ich eine große Anzahl von Namen auf der Liste habe - mindestens zweimal so viele, als es unsere Zeit erlaubt. Wir hatten heute mehr Zeit als sonst, Sie müssen jedoch daran denken, dass jemand, der letztes Mal bei den einminütigen Reden zu Wort kam, vor ein oder zwei Monaten, heute weniger Chancen hatte, nochmal zu Wort zu kommen. Wir müssen zunächst diejenigen berücksichtigen, die überhaupt noch nicht zu Wort gekommen sind. Es tut mir leid, aber dies sind nun einmal die Regeln. Auf meiner Liste habe ich die Namen von doppelt sovielen Mitgliedern, denen ich nicht allen das Wort erteilen kann. Es tut mir sehr leid, dass nicht jeder das Wort ergreifen konnte.

**James Nicholson (ECR).** – Herr Präsident! Ich habe Verständnis für das, was Sie sagen, aber die Tatsache, dass Sie doppelt sovielen Mitglieder auf Ihrer Liste haben, die das Wort ergreifen möchten, zeigt Ihnen, wie wichtig dieser spezielle Teil unserer Arbeit - nämlich unsere Bürger zu vertreten - tatsächlich ist.

Darf ich Sie vielleicht darum bitten, sich noch einmal Gedanken darüber zu machen, wie es geregelt werden könnte, dass wir nicht eine Stunde lang hier sitzen und dann nicht aufgerufen werden - und dies ist keine Beschwerde, ich weiß, dass Sie eine schwierige Aufgabe haben - so könnte uns zumindest mitgeteilt werden, diese Woche nicht zu erscheinen oder so. Sie würden vorab entscheiden, wie vielen von uns Sie das Wort erteilen werden, und der Rest von uns könnte dann das nächste Mal wiederkommen oder wir könnten unsere Angelegenheiten anderweitig zur Sprache bringen. Ich bin der Meinung, dass dies, statt die Zeit von Mitgliedern zu verschwenden, sinnvoll sein könnte.

**Der Präsident** - Ich denke, dass es immer einen Grund gibt, mit uns hier zu sitzen und den Diskussionen zuzuhören. Ich bin der Meinung, dass wir nicht so miteinander sprechen sollten. Heute wurde nahezu allen, die wähen der letzten Tagung nicht zu Wort gekommen sind, das Wort erteilt.

Wir sind nun am Schluss der einminütigen Ausführungen angelangt.

## 15. Krise im Agrarbereich unter Ausnahme des Milchsektors (Aussprache)

**Der Präsident** – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Erklärung der Kommission zur Krise der landwirtschaftlichen Sektoren, mit Ausnahme des Milchsektors.

**Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident! Ich möchte Ihnen zunächst einmal dafür danken, dass Sie mir die Gelegenheit geben, heute hier zu sein, um die gegenwärtige wirtschaftliche Situation innerhalb des Agrarsektors zu erläutern.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich auch auf den Agrarsektor ausgewirkt. Wir mussten eine Verlangsamung der Nachfrage, die Veränderung von Wechselkursen, eine Erschwerung des Zugriffs auf Kredite verzeichnen - all diese Punkte haben sich auf die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und auch auf die Einkommen landwirtschaftlicher Betriebe ausgewirkt.

Offizielle Schätzungen der landwirtschaftlichen Einkommen stehen erst Ende dieser Woche zur Verfügung, wir können jedoch bereits jetzt davon ausgehen, dass die Einkommen 2009 aufgrund der relativen Entwicklung

der Produktionskosten und der Marktpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Vergleich zum vergangenen Jahr erheblich gesunken sind.

Nach dem anfänglichen Absinken im Herbst 2008 ist zu erwarten, dass diese erneute Verringerung der landwirtschaftlichen Einkommen die außergewöhnlichen Einkommenszuwächse, die sich aus den im Sommer 2007 und anschließend ein Jahr später zu verzeichnenden Preissteigerungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse ergeben haben, mehr als amortisieren wird.

Herr Präsident, wenn Sie es mir erlauben, möchte ich nur auf einige der verschiedenen Sektoren eingehen. Zunächst einmal Getreide. 2008 hatten wir ein erhebliches Absinken der Preise zu verzeichnen, hauptsächlich aufgrund einer guten Ernte. Wir konnten jedoch beobachten, dass die Preise im Verlauf der vergangenen Monate, insbesondere für Weizen und Mais, gestiegen sind. Angesichts dieser Entwicklungen wäre es momentan nicht angemessen, außergewöhnliche Maßnahmen zu ergreifen, wie z.B. eine öffentliche Ausschreibung für Mais oder Interventionen bei Ausfuhrerstattungen.

Die Situation für Futtergerste ist eine etwas andere, mit verringerten Exporten und niedrigen Inlandspreisen, aber mit einer Intervention - wie Sie wissen - wurde gerade erst begonnen. Dies sollte dem Futtergetreidemarkt helfen. -

Die Situation auf dem Schweinefleischsektor ist nach wie vor unbeständig. Die Wirtschaftskrise hat diesen Sektor zu einer Zeit getroffen, zu der er sich noch nicht völlig von den Schwierigkeiten erholt hatte, mit denen er 2007 zu kämpfen hatte. Die Preise sind dieses Jahr niedriger als letztes Jahr, gleichzeitig können wir jedoch erkennen - und manchmal muss man Dinge eben von der positiven Seite aus betrachten -, dass die Futtermittelpreise wesentlich stabiler sind als 2007 und 2008. Obwohl die Exporte unter denen von 2008 liegen, erwarten wir dennoch, dass sie wesentlich höher sind als 2007.

Alles in allem kann ich keine ausreichende Rechtfertigung dafür erkennen, zum momentanen Zeitpunkt ein zusätzliches Marktinstrument einzuführen, ich kann Ihnen jedoch versichern, dass wir diese Situation sehr sorgfältig beobachten werden.

Im Hinblick auf Obst und Gemüse hat die Wirtschaftskrise zu einem geringeren Inlandsverbrauch geführt. Darüber hinaus war auch auf einigen Exportmärkten ein gewissen Rückgang zu verzeichnen. Dies hat sich auf die von den Erzeugern erzielten Obst- und Gemüsepreise ausgewirkt. Angesichts der Charakteristiken des Sektors haben wir uns bei der letzten Obst- und Gemüsereform jedoch entschieden, dass die Herausforderungen, denen der Sektor sich gegenüber sieht, mittels einer attraktiveren Preispolitik von Erzeugerorganisationen und auch durch die Übertragung der Verantwortung für das Krisenmanagement, bewältigt werden sollten.

Erzeugerorganisationen decken heute 40% des gesamten wirtschaftlichen Ertrags von Obst und Gemüse ab. Sie können sich auch übergangsweise zu wirtschaftlich stärkeren Einheiten zusammenschließen. Dies ist wichtig, da Krisen heutzutage keine nationalen Grenzen kennen.

In der Reform 2007 haben wir Anreize für Erzeugerorganisationen geschaffen, diese Möglichkeit zu ergreifen. Wir haben diese zudem mit neuen Instrumenten für das Krisenmanagement ausgestattet, wie z.B. das Einholen der Ernte vor der Reife oder das Nichteinholen der Ernte, die die traditionellen Rücknahmen ergänzen.

Wir haben des Weiteren einen rechtlichen Rahmen geschaffen, der es Obst- und Gemüseerzeugern ermöglicht, den Markt zu beeinflussen und zu stabilisieren, es besteht jedoch die Notwendigkeit für mehr „Bottom-up“-Maßnahmen, für die die Kommission keine Verantwortung übernehmen kann. Deshalb rege ich die Schaffung von Erzeugerorganisationen an und ich bin der Meinung, dass Mitgliedstaaten und Bauern einen Blick auf die Anzahl der Erzeugerorganisationen werfen sollten, die in den verschiedenen Mitgliedstaaten existieren. Es ist nicht sehr sinnvoll, wenn die Erzeugerorganisationen miteinander statt mit dem Einzelhandel konkurrieren.

Die Preise für Olivenöl haben vor vier Jahren aufgrund ungünstiger klimatischer Bedingungen einen Rekordstand erreicht. Seither haben drei aufeinanderfolgende, zufriedenstellende Ernten und die Wirtschaftskrise schrittweise zu sehr niedrigen Preisen geführt. Aus diesem Grund hat die Kommission die Beihilfe für die private Lagerhaltung vor ein paar Monaten wieder aufgegriffen. Wir konnten erkennen, dass der Markt umgehend darauf reagierte und die Preise sich langsam erholten.

Trotz der guten Ernteprognosen - das vierte Jahr in Folge - waren die Vorräte zu Beginn der Erntesaison niedrig. Soweit wir es erkennen können, wird der Verbrauch sich erholen.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass ich einige zaghafte Anzeichen einer Erholung erkennen kann. Ich stimme zu, dass eine genaue Beobachtung der Situation erforderlich ist, um gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen einzuleiten.

Dies ist ein schneller Überblick über die kurzfristigen Maßnahmen, ich kann Ihnen jedoch versichern, dass wir uns auch mit den mittel- und langfristigen Problemen befassen, insbesondere mit der Frage, wie z.B. mit der Verteilung der Wertschöpfung in der Lebensmittelkette und auch mit der Preisvolatilität umzugehen ist. Ich bin mir sicher, dass wir auch auf diese wichtigen Punkte zurückkommen werden.

**VORSITZ: FRAU KRATSA-TSAGAROPOULOU**

*Vizepräsidentin*

**Albert Deß**, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im vergangenen Jahr und auch im heurigen haben Milchbauern auch in Brüssel sehr lautstark für ihr Anliegen protestiert. In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, als ob nur Milchbauern in einer schwierigen Situation seien. Tatsache ist, dass auch andere Betriebszweige davon betroffen sind. Im Gegensatz zu unseren Milchbauern sind es die Ferkelerzeuger, Schweinemäster, Geflügelhalter, Obst- und Gemüsebauern, Winzer und auch Getreidebauern gewohnt, dass es bessere und schlechtere Jahre gibt, und deshalb melden sich diese Gruppen auch nicht so lautstark zu Wort. Ich finde es trotzdem gut, dass wir heute auch die Situation dieser Betriebe beleuchten.

Frau Kommissarin, Sie haben gesagt, die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die gesamte Landwirtschaft erreicht, und wir sollten überlegen, wie wir reagieren können. In Gesprächen mit betroffenen Bauern vor Ort höre ich immer wieder: Wir finden uns im Großen und Ganzen mit den Märkten zurecht, abgesehen von Situationen, wo es äußerst schwierig ist, so wie es im vergangenen Jahr und heuer eben bei den Milchbauern und anderen war. Aber was die Bauern nicht verstehen, ist, dass wir sie von Europa aus immer mehr mit Bürokratie belasten. Sie sagen: „Wir möchten jeden Tag auf unseren Äckern und Wiesen arbeiten, unsere Tiere füttern und pflegen, und nicht den ganzen Tag Bücher und Aufzeichnungen über das, was wir arbeiten, führen.“

Über Jahrhunderte hinweg haben unsere Landwirte ohne große Aufzeichnungen Lebensmittel produziert. Die Erträge auf den Grundstücken wurden gesteigert, die Leistungen der Tiere sind gestiegen, und heute überfrachten wir unsere Landwirte mit Bürokratie. Und jetzt lese ich, die Agrarminister beraten über den Bürokratieabbau. Unsere Landwirte wollen das schon gar nicht mehr glauben. Ich hoffe, dass wir hier endlich vorankommen und unsere Landwirte das tun lassen, was sie können, nämlich Lebensmittel produzieren, gesunde Lebensmittel für eine halbe Milliarde Einwohner. Dabei sollten wir sie unterstützen und in Zukunft dafür sorgen, dass sie das leisten können.

**Paolo De Castro**, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (IT) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, verehrte Damen und Herren, wir diskutieren hier und heute ein weiteres Mal über die Krise in der Landwirtschaft.

In den letzten Monaten hat das Parlament mehrere Male über die Schwierigkeiten im Milchsektor debattiert und die Kommission und den Rat aufgefordert, umgehende Maßnahmen zu ergreifen. Wir haben Ergebnisse, wenngleich auch nur Teilergebnisse erzielt, aber als Grundlage für diese Initiativen ist ein spezieller Fonds von 300 Mio. EUR bereitgestellt worden, um diese Notlage aufzufangen.

Wir müssen jedoch jetzt erkennen, dass die Krise, die sich zunächst nur auf die Milchwirtschaft beschränkt hat, sich nun auch schnell auf andere Bereiche der europäischen Landwirtschaft ausdehnt; so werden mittlerweile auch von den Märkten für Weizen, Olivenöl, Obst und Gemüse Alarmzeichen gesendet, wie Frau Fischer Broel gerade erwähnt hat.

Was die Milch angeht, so stehen wir vor einem zyklischen Phänomen, das mit der schwierigen Situation, die zwangsläufig zu einem Nachfragerückgang und der daraus resultierenden Stagnation auf den Märkten geführt hat, Hand in Hand geht. Die Krise beginnt, ein eindeutig beunruhigendes Ausmaß anzunehmen, was auch durch die zahlreichen Proteste von Landwirten in vielen Regionen Europas verdeutlicht wird. Sie sind für die dringende und alarmierende Situation symptomatisch und für die Zukunft dieses Sektors als Ganzes von umfassender Bedeutung.

Aus diesem Grund haben wir uns bei der letzten Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung am 1. Dezember einstimmig dazu entschlossen, die Kommission ins Parlament einzuladen, um uns über den Stand der Krise unserer Landwirtschaft und die Entwicklungen in den verschiedenen Produktionssektoren zu informieren. Davor erwarten wir zuallererst, dass die Kommission von all den ihr

zur Verfügung stehenden Maßnahmen Gebrauch macht, um den Markt zu stabilisieren und eine Belebung des Verbrauchs anzuregen, wobei wir auch glauben, dass diese Gelegenheit darüber hinaus dafür genutzt werden sollte, auch in die Zukunft zu blicken und dabei mitzuhelfen, zu gewährleisten, dass die gemeinsame Agrarpolitik auch weiterhin ein wichtiger Bestandteil der europäischen Politik ist, bei der die Interessen aller Bürger und Regionen Europas, von Nordschweden bis Südzyprien, vertreten werden.

Die Landwirte erwarten direkte Antworten, und wir sind heute hier, um die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass die Dinge insgesamt beschleunigt, der Krise mit entschiedenen Maßnahmen begegnet und die in jüngster Zeit gemachten Lehren und Erfahrungen nutzbringend angewendet werden, um eine Zeitverschwendung zu vermeiden und eine Situation schnellstens zu verbessern, die Gefahr läuft, sich noch weiter zu verschlechtern. Wir würden gerne von der Kommission diesbezüglich eine Antwort sowie neue Informationen erhalten.

**Marian Harkin**, im Namen der ALDE-Fraktion. Frau Präsidentin, ich möchte der Frau Kommissarin für die Schilderung der Situation danken. Ich möchte mich im Folgenden jedoch auf einen Bereich konzentrieren, in dem wir handeln können, und das betrifft das Vorhandensein geringer Mengen von gentechnisch veränderten Organismen in Futtermittelimporten und ihre Auswirkungen auf die Futtermittelindustrie der EU, weil dies ein allumfassendes Thema ist.

Auf einen von mir an Präsident Barroso geschickten und von einer Reihe von Abgeordneten unterzeichneten Brief hat er geantwortet, dass die Kommission schnell reagiert hat und drei mit gentechnisch veränderten Organismen versehene Produkte zugelassen und die Zulassung für ein viertes Produkt auf den Weg gebracht hat. Es besteht jedoch nach wie vor noch ein großer Nachholbedarf.

So wird Brasilien im nächsten Jahr zu einem Problem werden: Das Land hat sein Genehmigungsverfahren auf 22 Monate verkürzt und das Problem wird bleiben. Wir sind uns alle der Tatsache bewusst, dass der Agrarsektor derzeit durch geringe Preisspannen gekennzeichnet ist, und ich denke, dass das Letzte, was die Landwirte in der EU annehmen können, die Tatsache ist, dass die Investitionskosten nicht erhöht werden sollten, weil die EU es versäumt hat, die nötigen Zulassungen angemessen zügig zu erteilen. Es ist nämlich eine Sache, niedrige Ertragspreise zu erzielen, es ist aber eine doppelte Strafe, wenn die Investitionsmittel nicht zu Weltmarktpreisen verfügbar sind. In Irland beliefen sich seit Mai dieses Jahres die zusätzlichen Kosten für verspätete Zulassungen auf 23 Millionen Euro.

Letztendlich wird das Vorhandensein geringer Mengen uns immer betreffen, und wir brauchen, während die Situation durch ein schnell funktionierendes Genehmigungssystem zwar verbessert wird, nach wie vor eine technische Lösung.

**Martin Häusling**, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Frau Kommissarin, Sie haben eine sehr kurze Antwort zum Thema Krisen gegeben, und ich habe keine Lösungsansätze von Ihnen gehört. Wir haben ja nicht nur die Krise bei der Milch, das ist richtig, wir haben auch eine Krise beim Getreide, wir haben eine weitere Konzentration im Gemüsebereich, und wir haben immerhin in den letzten zehn Jahren 50 % aller Schweineproduzenten verloren. Das ist nicht nur darauf zurückzuführen, Frau Kommissarin, dass wir es mit einer Wirtschaftskrise zu tun haben, sondern auch darauf, dass die Ausrichtung der Agrarpolitik in den letzten Jahren falsch war. Sie müssten eigentlich jetzt sagen: Die Liberalisierung ist gescheitert, die Ausrichtung auf die Weltmärkte ist keine Lösung für die Landwirtschaft.

Die nächsten Jahre werden entscheidend dafür sein, wo unsere Landwirtschaft hingeht. Deshalb sind wir dankbar, dass die 22 Agrarminister in Paris einen deutlichen Hinweis darauf gegeben haben, wo es hingehen soll. Davon können wir vieles unterschreiben. Wir brauchen in der Landwirtschaft Planungssicherheit, und Agrarpolitik muss nachhaltig sein. Dafür setzen wir uns auch sehr nachhaltig ein.

Die Preise fallen für die Bauern, aber nicht für die Konsumenten. Das zeigt, dass die Agrarpolitik sich eigentlich nur noch an den Interessen einiger großer Konzerne ausrichtet. Sie haben zu Recht gesagt, Frau Kommissarin, wir müssten die Rolle der Bauern in dem Spiel stärken, aber Sie verweigern immer noch die Antwort darauf, wie man es denn machen soll. Wir versuchen, Antworten darauf zu geben. Das ist in der Tat eine sehr entscheidende Sache in den nächsten Jahren. Bauern dürfen nicht nur Rohstoffproduzenten werden, sondern sie müssen aktiv eine Marktmacht haben. Und da müssen die Produzenten sehr wohl von uns unterstützt werden.

Eine Landwirtschaft, die dauerhaft unter Preisdruck gesetzt wird, wird zu Qualitätsmängeln führen. Eine Landwirtschaft, die sich weiter industrialisiert, wird dazu führen, dass die Biodiversität weiterhin verloren



geht, und mit einer industrialisierten Landwirtschaft erhöhen wir auch die Belastung mit CO<sub>2</sub> und Methan. Es kann keine Lösung sein, dass wir den Klimaschutz zwar ansprechen, aber weiter in die Industrialisierung gehen!

Deshalb müssen wir als Parlament unsere Aufgabe in den nächsten Jahren sehr ernst nehmen. Wir hoffen auf eine gute Zusammenarbeit mit der neuen Kommission.

**James Nicholson**, *im Namen der ECR-Fraktion*. Frau Präsidentin, wir können alle die Bedenken vieler Kollegen in Bezug auf die anderen Bereiche in der Landwirtschaft nachvollziehen, und sie waren fast alle davon überzeugt, dass wir der Lösung der Probleme im Milchsektor eine viel zu große Aufmerksamkeit geschenkt haben. Aber diejenigen von uns, die davon betroffen waren, wussten, dass es keine Alternative dazu gab, dass die Probleme der Milchwirtschaft gelöst werden mussten, und wir befinden uns nun hoffentlich auf dem Weg, einige dieser Probleme, mit denen dieser Sektor konfrontiert wird, zu lösen. Wir müssen uns deshalb nun auf andere Bereiche konzentrieren.

Wir haben zum Beispiel über die Probleme der Getreidebauern gesprochen, die unter den niedrigsten Ertragspreisen seit langem zu leiden haben; gleiches gilt übrigens in meiner Region auch für die Kartoffel- und Apfelbauern. Ich kann Ihnen in der Tat eine ganze Liste von anderen Bereichen nennen, die in ernsthaften Schwierigkeiten sind. Aber eines der größten Probleme, und hier möchte ich das unterstützen, was Frau Harkin gesagt hat, liegt in der Verzögerung der Genehmigung neuer Regelungen für GVO-Getreideimporte in die Europäische Union.

Wir sind dabei, die Preise für Futter nach oben zu treiben, wovon unsere Schweinebauern, Hühnerbauern und Rinderbauern betroffen sind, und eine Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens würde die Situation enorm entschärfen. Wir laufen gerade große Gefahr, unsere Landwirte mit Bürokratie zu überfrachten, sie in einen hoffnungslosen Papierkrieg zu verwickeln und mit Rechtsvorschriften zu „erschlagen“. Sie werden das am 1. Januar mit der CPID-Umsetzung feststellen, was meiner Meinung nach eine totale Zeitverschwendung ist.

Die Halbzeitbilanz hat uns viele Änderungen gebracht, und wir sind dabei, noch mehr Veränderungen herbeizuführen. Ich denke aber auch, dass wir die Auswirkungen der in Bezug auf die Wirtschaft vollzogenen Änderungen nochmals überprüfen müssen. Ich weiß aus Erfahrung in meinem Bereich, dass viele Schaf- und Mutterkuhhalter einfach aus der Wirtschaft aussteigen.

Diese Entwicklung ist sehr beunruhigend. Wir müssen uns diese beiden Sektoren anschauen und untersuchen, wie wir sie derzeit eigentlich unterstützen. Können wir mehr für sie tun? Können wir sie dort halten? Wir dürfen nämlich nicht vergessen, dass viele dieser Sektoren, wie die Schaf- und Mutterkuhhaltung, in ökologisch sensiblen Bereichen stattfinden; in bergigen Regionen und Bereichen, wo es keine Alternativen gibt, und ich denke, dass wir uns intensiver damit auseinandersetzen müssen, wie wir diese Wirtschaftszweige unterstützen.

**Patrick Le Hyaric**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Sie haben gesagt, dass die Krise in der Landwirtschaft groß sei, was wir bereits wussten. Und in der Tat können sich kleine und mittlere Betriebe nicht mehr länger halten. Dies ist, Frau Kommissarin, jedoch nicht das Ergebnis eines technischen Problems, sondern einer Liberalisierungspolitik, die Sie verfolgt haben, einer Politik, bei der die grundlegenden Grundsätze der gemeinsamen Agrarpolitik untergraben wurden, die durch Ihre Weigerung zu einer Rückkehr zur Zahlung von Mindestpreisen für die Arbeit und Ihren umfassenden Freihandelsansatz, der sich gegen das Urprinzip der Gemeinschaftspräferenz richtet, verursacht wurde.

Es ist nun, so unmittelbar vor einer neuen Periode des Überdenkens der gemeinsamen Agrarpolitik, an der Zeit, die Arbeit in der Landwirtschaft als eine Mission von allgemeinem Interesse, als einen Beitrag zum Gemeinwohl anzuerkennen. Eine neue Agrarpolitik muss deshalb auch eine Nahrungsmittel-, Umwelt- und Kohäsionspolitik sein.

Wir müssen zunächst die Ziele und dann die Richtung dieser Politik festlegen, bevor über die den Haushalt betreffenden Aspekte entschieden wird. Das würde allerdings auf jeden Fall bedeuten, dass garantierte Mindestgrundpreise für die geleistete Arbeit gezahlt werden, und es würde zu einer produktiven Landwirtschaft führen, die wertschöpfend ist und für Arbeitsplätze sorgt, sodass eine landwirtschaftliche Entwicklung gefördert wird, bei der die Nahrungsmittelsouveränität respektiert und die Hungersnot bekämpft wird.

Derzeit weist alles auf die Tatsache hin, dass gesellschaftliche, umweltpolitische und gesundheitliche Auswirkungen von einer nach menschlichen und individuellen Maßstäben und nicht nach wirtschaftlichen

Maßstäben betriebenen Landwirtschaft abhängen. Darauf sollten wir uns in unseren Aussprachen konzentrieren, wenn wir endlich zu einem Ende der Krise in der Landwirtschaft kommen wollen.

**Lorenzo Fontana**, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (IT) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, die derzeitige Krise, die die Landwirtschaft erfasst hat, ist das offensichtliche Ergebnis einer rasanten räumlichen Expansionspolitik der Europäischen Union in den letzten Jahren und vor allem natürlich einer übermäßig schnellen Globalisierung der Märkte.

Der landwirtschaftliche Sektor muss abgesichert und geschützt werden, indem die Grundsätze des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angewandt werden, insbesondere die Artikel 32 bis 38, mit besonderem Verweis auf die zu erreichenden Ziele, für die spezifische Rechtsvorschriften einzuhalten sind. In Bezug auf diesen Sektor erlauben es uns die Regeln, durch die das Eingreifen im Falle einer Marktkrise bestimmt wird, nämlich nicht, mit umfassenden Maßnahmen auf die Anforderungen im Agrarsektor mit einem spezifischen Schutz der Landwirte zu reagieren, und dies zu einer extrem schwierigen Zeit, bei der die Landwirtschaft als Ganzes betroffen ist, insbesondere der Obst- und Gemüsektor, wie zum Beispiel Äpfel und Pfirsiche, und Getreide wie Weizen und Mais.

Dabei muss den Landwirten nicht nur geholfen werden, sondern ihnen muss auch ein Marktschutz gewährt werden, so wie es im Vertrag grundsätzlich festgelegt ist. Bedauerlicherweise geschieht dies momentan nur in einem beschränkten Maße. Wir haben es bereits bei der Milchkrise gesehen und erleben es mit der aktuellen Obst- und Gemüsekrise beispielsweise.

Es ist nun an der Zeit für Europa, gewichtigere Entscheidungen zu treffen und unseren Landwirten, unseren Höfen und unserem Land, was bedauerlicherweise allzu oft vernachlässigt wird, eine 100-prozentige Unterstützung zu gewähren. Es wäre dann besser, ernsthaft darüber nachzudenken, was derzeit auf dem europäischen Markt getan wird, um unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Vergleich zu den Produkten, die nicht aus der EU stammen, zu fördern und, da möchte ich mich wiederholen, dies gilt insbesondere für Obst und Gemüse.

Durch die Festlegung spezifischer Regeln, die jedoch von der gesamten Europäischen Union eingehalten werden müssen, und deren Einhaltung wir auch von Drittländern, mit denen wir intensiven Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen betreiben, sicherstellen müssen, werden wir möglicherweise in der Lage sein, einen Markt zu haben, der weniger verzerrt ist und in dem unsere Landwirte und die in der EU erzeugten landwirtschaftlichen Erzeugnisse besser geschützt werden.

**Georgios Papastamkos (PPE).** – (EL) Frau Präsidentin, die Sektoren der Agrarwirtschaft leiden wirklich: Weizen, Oliven, Obst und Gemüse und Baumwolle. Sie sollten wissen, dass darüber hinaus Unmut auch unter den Pfirsichbauern in Griechenland weit verbreitet ist. Ich brauche Ihnen da nur zu sagen, dass, wo wir gerade davon sprechen, etwa 200.000 Tonnen Pfirsichkompost unverkauft geblieben sind.

Die Situation auf dem Weizensektor ist nach wie vor kritisch, und die Möglichkeit für eine staatliche Intervention im Agrarsektor der Mitgliedstaaten muss umgehend bereitgestellt werden. Wir müssen die geschützte Ursprungsbezeichnung und die geschützten geografischen Herkunftsangaben für Produkte unterstützen.

Darüber hinaus befindet sich auch die Viehhaltung in einer tiefen Krise. Der Molkereisektor ist bereits angesprochen worden, und wir haben zu Recht eine Initiative ergriffen, um ihn zu schützen. Viehbauern in Nordgriechenland haben den Grenzübergang in Evzoni blockiert und eine ihrer begründeten Forderungen besteht darin, dass die Herkunftsbezeichnung auf den Etiketten für Molkereiprodukte aufgeführt wird. Meiner Meinung nach werden durch die Angabe der Herkunftsbezeichnung sowohl Erzeuger als auch Verbraucher geschützt.

Wir brauchen mehr Maßnahmen, um landwirtschaftliche Erzeugnisse sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch außerhalb Europas in Drittländern zu fördern. Wir müssen die Märkte noch weiter rationalisieren und die Transparenz der Versorgungskette auf effektive Weise überwachen, und wir müssen die Schere zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen weiter schließen.

Wie ich bereits im Rahmen der Aussprache über den Haushalt für 2010 angeführt habe, ist es besonders wichtig, einen ausreichenden Spielraum für landwirtschaftliche Ausgaben im Haushalt zu erhalten, um den unvorhergesehenen Anforderungen in anderen Agrarsektoren begegnen zu können.

**Csaba Sándor Tabajdi (S&D).** – (HU) Derzeit befindet sich fast der gesamte Agrarsektor Europas in einem Krisenzustand. Dies ist nicht nur durch die weltweite Wirtschaftskrise und Rezession, in Verbindung mit

einem Zusammenbruch der heimischen und externen Märkte, sondern auch durch die gemeinsame Agrarpolitik, eine neoliberale Politik, die die Europäische Kommission in den letzten Jahren verfolgt hat, verursacht worden. Dies hat maßgeblich zu der derzeitigen Krise beigetragen. Wenn der Agrarsektor bereits jetzt für eine solche Unruhe in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit sorgt, was wird dann erst passieren, wenn der Agrarhaushalt nach 2013 drastisch gekürzt werden wird, wie es manche fordern? Damit wird die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung in Europa mit einem Fragezeichen versehen.

Die derzeitige Situation ist besonders für Viehzüchter, Schweinebauern sowie Obst- und Gemüsebauern alarmierend. Ich begrüße es deshalb, dass die Kommissarin mehr Geld für Erzeugerorganisationen zur Verfügung stellen will, auch wenn dies nicht ausreicht, um die Probleme des Sektors zu lösen. Eine weitere alarmierende Tatsache ist, dass die Europäische Union in den letzten sechs Jahren zu einem Nettoimporteur von Rindfleisch geworden ist. Damit sind wir nun den externen Märkten ausgeliefert.

**Julie Girling (ECR).** Frau Präsidentin, wenn Sie wissen wollen, wie schwer es die Landwirte haben, dann brauchen Sie sich nur einmal den von der Regierung des Vereinigten Königreiches modifizierten Schwellenwert für Niedrigeinkommen anzuschauen. Das ist der Grenzwert, bei dessen Unterschreitung eine Familie als in Armut lebend erachtet wird. Die jüngsten Zahlen aus dem Vereinigten Königreich zeigen, dass ein Viertel aller britischen Landwirte in diese Kategorie fällt.

Dabei geht es bei der Hilfe für die Landwirte nicht nur um die Agrarpolitik. Wir sollten hier an einem ganzheitlichen Ansatz arbeiten. Die Verbraucher wollen Nahrungsmittel von hoher Qualität, die so heimatnah wie nur möglich produziert werden. Das Europäische Parlament muss die Forderungen der Verbraucher nach einer eindeutigen Kennzeichnung der Nahrungsmittel nach Erzeugerland ernst nehmen, sodass sie sicher sein können, was die Herkunft ihrer Nahrungsmittel angeht. Wir haben für viele Nahrungsmittel bereits eine Erzeugerland-Kennzeichnung, und es besteht kein Grund dafür, warum die Angabe des Erzeugerlandes nicht auch auf die restlichen Sektoren, einschließlich der Hauptbestandteile verarbeiteter Nahrungsmittel, verbindlich ausgeweitet werden sollte.

Wir werden dazu in diesem Parlament Anfang nächsten Jahres die Gelegenheit haben. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass wir sie auch nutzen werden.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL).** – (PT) Im Laufe der Jahre und aufgrund der schrittweise erfolgten Änderungen in Bezug auf die gemeinsame Agrarpolitik haben wir immer wieder vor den Folgen gewarnt und mit Alternativen aufgewartet. Bedauerlicherweise wollte uns keiner zuhören und heute stehen wir halt nun vor dieser verheerenden Situation, wie es in der portugiesischen Landwirtschaft der Fall ist. Wir haben vor den Folgen der Liberalisierung des internationalen Handels mit Agrarnahrungsmitteln gewarnt. Wir haben gesagt, dass Landwirtschaft nicht wie eine Industrieware behandelt werden kann und sie bei den Gesprächen der Welthandelsorganisation außen vor gelassen werden sollte, sodass sie nicht dem Aktienmarkt und Finanzspekulationen ausgesetzt ist.

Wir haben immer gesagt, dass Nahrungsmittelsouveränität und -sicherheit oberste Priorität haben und denjenigen, die das Land bearbeiten, gebührende Anerkennung gezollt werden sollte. Das ist auch der Grund, warum wir gegen die Aufhebung von Produktionsbeihilfen und ein Ende der Milchquoten gestimmt haben. Wir haben immer betont, dass die Landwirtschaft in den südlichen EU-Ländern über besondere Merkmale verfügt, die berücksichtigt werden müssen, wenn wir sicherstellen wollen, dass sie Nahrungsmittel, einschließlich Wein, Olivenöl, Obst und Gemüse, sowie Reis, Fleisch und Milchprodukte von hoher Qualität unter Bedingungen erzeugen, die von denjenigen in anderen Gebieten grundlegend abweichen.

Aus diesem Grund bestehen wir darauf, dass diese politischen Strategien überarbeitet werden und dabei die hohen Kosten der Produktionsfaktoren wie Diesel, Strom, Dünger, Futtermittel, Kredite und Versicherungen berücksichtigt werden. Wir müssen den Landwirten helfen, indem wir politische Strategien anwenden, die die Erzeuger unterstützen und Arbeitsplätze in ländlichen Gegenden schaffen.

Es ist an der Zeit, den Familienbetrieben und den ländlichen Gegenden, die immer mehr veröden, sowie den regional erzeugten Produkten und den heimischen Sorten den Vorrang zu geben. Das ist es, was unsere Landwirte verdient haben, weil sie es sind, die das erzeugen, was für unsere Ernährung notwendig ist.

**John Stuart Agnew (EFD).** Frau Präsidentin, es sieht so aus, als ob ich vorübergehend dem Fanclub von Frau Harkin beigetreten bin, denn auch ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die grundlegende Krise des Viehfuttermittelmarktes mit Verweis auf die Aufzeichnung von Spuren genmanipulierter Substanzen, die in einer 60.000 Tonnen-Ladung Sojabohnen enthalten sein können, lenken.

Wenn diese Spuren nicht einer durch die EU genehmigten Sortenauswahl angehören, wird die Ladung nicht zum Löschen freigegeben. Die Kosten für den Spediteur belaufen sich in einem solchen Fall auf 2,3 Mio. GBP, darüber hinaus kommt es dann im weiteren Verlauf zu einer schweren Störung im Ablauf, weil LKWs leer zu den Futtermittelmöhlen zurückkehren, die dann wiederum innerhalb kürzester Zeit alternative Proteinquellen finden müssen.

Aufgrund des enormen Drucks in Bezug auf diese Angelegenheit sind von der EU-Kommission schließlich vier weitere Sorten von genmanipuliertem Mais genehmigt worden, die als sicher gelten. Dabei kann es mehrere Jahre dauern, bis so eine Genehmigung erteilt wird, und in dieser Zeit werden auf den Höfen in den USA ständig neue genmanipulierte Maissorten eingesetzt. Deshalb wird dieses Problem in ein bis zwei Jahren erneut auftauchen.

Darüber hinaus gibt es derzeit auch verschiedene genmanipulierte Flachs- und Baumwollerzeugnisse, die sehr leicht versehentlich als Spuren in nachweisbaren Mengen in einer großen Lieferung von Sojabohnen enthalten sein können, was wiederum zu einer verweigerten Annahme der Ladung führen wird.

Es ist verrückt, dass es für Steine, Erdreich, tote Insekten, Metallspäne und Holzspäne sehr wohl Toleranzmengen gibt, während der Toleranzwert für ein einziges gesundes Maiskorn gleich null ist.

Die Verunsicherung, die durch diese Nulltoleranz-Politik hervorgerufen wird, hat zu schnell ansteigenden Versicherungsbeiträgen für Spediteure geführt, die an den Viehzüchter weitergegeben werden, ganz zu schweigen von den Existenzängsten, die erzeugt werden, wenn ein Landwirt informiert wird, dass seine Futtermittelbestellung nicht geliefert kann.

Dies ist eine höchst unbefriedigende Situation, durch die eine unnötige Krise in der Fleisch- und Eierproduktion erzeugt wird. Ich bitte die Kommission deshalb dringend, dieses Thema praxisbezogener und sachlicher anzugehen, indem ein Toleranzwert für genmanipulierte Zusätze, die den Werten für andere verunreinigende Substanzen entsprechen, gewährt wird.

**Giovanni La Via (PPE).** – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auch ich möchte der Kommissarin für ihre Analyse danken, aber ich möchte auch betonen, wie durch die in einigen produktiven Sektoren herrschende Krise die Landwirtschaft in einigen Regionen Europas gefährdet ist.

Dies gilt vor allem für die Krise auf dem Weizenmarkt, die in den letzten Monaten zu einem derartigen Preisverfall geführt hat, dass die Kosten nicht mehr gedeckt werden konnten, und in vielen Regionen Europas gibt es für das aktuelle Jahr eine Reduzierung der Aussaat um etwa 30 %, was insbesondere für entlegene Gebiete gilt, die nur begrenzte Möglichkeiten für Alternativen haben. Auf der anderen Seite hat die Kommission im Hinblick auf Obst und Gemüse einen Aspekt hervorgehoben, der für die neue gemeinsame Organisation des Marktes, bei der die Erzeugerorganisationen im Umgang mit der Krise sich selbst überlassen werden, typisch ist.

Die im Rahmen der Betriebsprogramme zugeteilten Mittel sind natürlich begrenzt und in keinem Fall ausreichend, um strukturellen Krisen in dem Ausmaß, wie wir es gerade erleben, begegnen zu können. Damit kann in normalen Jahren noch gegebenenfalls, wie Sie gesagt haben, auf die Anforderungen im Falle eines geringen Ungleichgewichts zwischen Nachfrage und Angebot mit einer grünen Ernte oder der Vernichtung kleiner Erntemengen reagiert werden, dies ist jedoch bei einer so umfassenden Krise, wie wir sie momentan erleben, natürlich nicht mehr möglich.

Gleiches gilt für Olivenöl und andere Sektoren, aber ich glaube, dass es an diesem Punkt wichtig ist, die Kommission um ein Vorschlagspaket zu bitten, mit dem alle anderen Sektoren - außer dem Milchsektor -, für die noch keine spezifischen Maßnahmen zur Überwindung der aktuellen Krise entwickelt wurden, berücksichtigt werden.

**Iratxe García Pérez (S&D).** – (ES) Frau Präsidentin, die allgemeine schwierige wirtschaftliche Lage hat vor dem Agrarsektor nicht Halt gemacht. Wir haben vor Monaten die Gelegenheit gehabt, uns über die Situation der Milcherzeuger auszusprechen, und selbst da haben viele von uns gesagt, dass die Krise vornehmlich andere Bereiche der Landwirtschaft betrifft.

Dabei befindet sich der gesamte Sektor in einer schwierigen Situation: Für die Mehrheit der Erzeugnisse gibt es nur niedrige Einstandspreise, und viele landwirtschaftliche Betriebe schreiben Zahlen, die unterhalb der Rentabilitätsgrenze liegen. Durch diese Situation wird das Ungleichgewicht, das zwischen der Wertschöpfungskette im Agrar- und im Nahrungsmittelsektor herrscht, deutlich gemacht. Die Notwendigkeit, im Rahmen der derzeitigen Gesetzgebung den Mechanismus für die Preisfestlegung transparenter zu machen

und das Gleichgewicht für die Handlungskapazität der betroffenen Parteien wiederherzustellen, sind Aufgaben, die noch erledigt werden müssen.

Eine weitere Angelegenheit, die uns in diesem schwierigen Kontext beschäftigt, ist die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirte, die im Vergleich zu ihren Konkurrenten hohen Produktionskosten ausgesetzt sind. Ich fordere deshalb eine Zusammenstellung allgemeiner Hilfsmaßnahmen sowie Lösungen, die sich nicht auf die Reaktionsfähigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten beziehen.

**Peter Jahr (PPE).** - Frau Präsidentin! Zunächst einmal bin ich sehr dankbar, dass wir heute diesen Tagesordnungspunkt diskutieren, denn fast hat es in der Öffentlichkeit den Anschein, dass es nur eine Krise im Milchsektor gab. Dem war und dem ist nicht so, und schon deshalb ist es für die betroffenen Landwirte außerordentlich wichtig, dass wir heute im Europäischen Parlament über ihre Situation diskutieren.

Die Wirtschaftskrise hat die Landwirte schwer erfasst. Das vergangene Wirtschaftsjahr war eines der schlechtesten in diesem Jahrzehnt. Da die Gewinne in vielen Betrieben deutlich eingebrochen sind, ist die Lage für viele Landwirte sehr schwierig. Wirtschaftliche Krisen offenbaren Defizite, Defizite, die von Menschen gemacht worden sind. Krisen werden erst dann zu Katastrophen, wenn man nichts dagegen tut. Gerade weil wirtschaftliche Krisen menschliche Fehler offenbaren, können wir diese auch Fehler angehen.

In jeder Krise steckt auch eine Chance, und gerade diese Chancen müssen verstärkt genutzt werden. Dazu gehört: Erstens, die Kommission muss bei Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts schneller und konsequenter reagieren. Zweitens, wir müssen für die Landwirte die nötigen politischen Rahmenbedingungen schaffen, damit sie den Markt selbst regulieren können. Drittens, die rechtlichen Kompetenzen von Erzeugergemeinschaften sind entscheidend zu verbessern. Viertens, wir müssen die Verwendung landwirtschaftlicher Rohstoffe zur Erzeugung erneuerbarer Energien im Sinne einer Marktregulierung entscheidend verbessern und vereinfachen. Fünftens, reden wir nicht nur von Bürokratieabbau, sondern gehen wir dieses Problem endlich an!

Deshalb hier noch einmal mein Appell: Lernen wir aus der Krise, nutzen wir die Chance, die in der Krise steckt, das sind wir uns und vor allem unseren Landwirten schuldig! In diesem Sinne erwarte ich Anfang 2010 einen Maßnahmenkatalog der Kommission, den wir dann im zuständigen Ausschuss umfassend diskutieren können.

**Luis Manuel Capoulas Santos (S&D).** – (PT) Frau Kommissarin, ich möchte Ihnen für Ihre erneute Anwesenheit in diesem Plenarsaal danken, dies ist eine Konstante im Verlauf Ihres Mandats gewesen, selbst jetzt, wo sich die Kommission in dieser Übergangsphase befindet. Die Probleme in der Landwirtschaft nehmen jedoch keine Rücksicht auf die Launen des politischen Kalenders, und die Landwirte erwarten von uns Lösungen für ihre Probleme, Schwierigkeiten und Ängste.

Wie uns allen bewusst ist, hat sich die Wirtschaftskrise auch auf die Landwirtschaft, und nicht nur auf den Milchsektor, wie die Medien uns glauben machen möchten, sondern auch auf andere Bereiche ausgewirkt. Milch, Obst und Gemüse, Getreide und Olivenöl sind in den letzten Monaten durch den enormen Anstieg der Produktionskosten in ähnlichem Maße, wie es zuvor für die Fleischerzeugung galt, schwer getroffen worden.

Dabei wird sich die Situation für Obst und Gemüse wahrscheinlich noch verschlechtern, wenn der Markt im Rahmen des neuen Abkommens, das derzeit verabschiedet wird, für Erzeugnisse aus Marokko geöffnet wird. Es ist eine Tatsache, dass von den Märkten, wie bereits von der Frau Kommissarin betont wurde, in den letzten Wochen positive Signale gesendet wurden, aber wir sollten uns darüber nicht zu früh freuen, denn, wenn der Aufschwung, von dem wir alle hoffen, dass er kommen wird, auch dann tatsächlich kommt, so wird er sicherlich einen Preisanstieg beim Öl und damit auch zu einem unvermeidlichen Anstieg der Produktionskosten in der Landwirtschaft führen.

Aus diesem Grund muss das Parlament, Frau Kommissarin, ungeachtet des politischen Kalenders darauf bestehen, dass von der Kommission Antworten auf diese Fragen gegeben werden. Die Landwirte warten auf politische Signale von Parlament und der Kommission, und aus diesem Grund ist der Zeitpunkt dieser Aussprache, die wir heute hier führen, absolut passend, in der Hoffnung, dass die Kommission einige positive Signale senden und sagen kann, welche Informationen sie hat und welche Maßnahmen sie vorschlägt, um diesen Problemen kurzfristig zu begegnen.

**Michel Dantin (PPE).** – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, ich danke Ihnen erneut für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Preiskrise der Jahre 2007 bis 2008 hat die schwache Stellung der Verbraucher in Bezug auf die Preisvolatilität deutlich gemacht. Die Agrarkrise von 2009 wirkt sich noch viel drastischer auf die Höfe aus, als es durch die Zahlen deutlich wird. Warum? Weil der Aufwärtstrend der Agrarpreise von vielen als zukunftsorientiert dargestellt wurde und weil Landwirte zweifellos im Jahr 2008 und zu Beginn von 2009 zu viel investiert haben, da im Laufe der letzten zehn Jahre Versäumnisse entstanden sind.

Sie haben, Frau Kommissarin, bei verschiedenen Gelegenheiten den Wunsch geäußert, nicht mehr länger auf die bisherige Weise in die Marktregulierung einzugreifen. Haben wir dabei aber dann vergessen, daran zu erinnern, dass in den letzten 20 Jahren die landwirtschaftlichen Güter in erster Linie Nahrungsmittel gewesen sind, und dass wir ein bestimmtes Maß an Preisstabilität für beide Enden der Versorgungskette brauchen? Preisstabilität ist auf der Verbraucherseite einerseits erforderlich, weil aufgrund anderer finanzieller Verpflichtungen wie Hypotheken, Kindererziehung und Freizeitaktivitäten die Verbraucher nicht mehr über ausreichend Einkommensrücklagen verfügen, um auf Preisschwankungen reagieren zu können. Auf der Erzeugerebene ist eine Preisstabilität andererseits nötig, weil bei Geschäftsaktivitäten in umfassendem Maße Kapital beteiligt ist, das große Investitionen erfordert.

Die Organisation innerhalb des Sektors, die alle Elemente der Versorgungskette sowie die neuen Akteure, ich denke hierbei an den Massen-Cateringsektor und die weiterverarbeitenden Unternehmen für Tiefkühlprodukte oder sogar frisch verarbeitet Erzeugnisse, umfasst, kann zweifellos zu einer Einführung privater Instrumente für die Stabilisierung von Preisen führen.

Denken Sie, dass man in diesem Zusammenhang Möglichkeiten aufzeigen kann, Frau Kommissarin, und ist die Kommission bereit, sich an solchen Diskussionen zu beteiligen?

**Diane Dodds (NI).** Frau Präsidentin, ich möchte der Kommissarin dafür danken, dass sie ein weiteres Mal gekommen ist, um zuzuhören und ich möchte noch einmal auf eine Reihe von Aspekten zu sprechen kommen, die in den letzten Monaten innerhalb der Agrarindustrie in Nordirland sehr präsent waren. Sie mögen vielleicht davon gelesen haben, Frau Kommissarin, dass wir in den letzten Wochen im County Fermanagh schwere Überschwemmungen hatten. Dies hat die Landwirte vor viele ernsthafte Probleme gestellt, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie sich über durch den Regen geschlossene oder unpassierbar gewordene Straßen Zugang zu ihren Weidetieren verschaffen mussten. Dies wird auch Auswirkungen auf das Ausbringen von Gülle haben, abgesehen von den allgemeinen Einbußen, die sie erlitten haben. Ich möchte die Kommission auffordern, sich diese Angelegenheit einmal näher anzuschauen und anzugeben, ob den Landwirten in diesem Sektor auf irgendeine Weise unmittelbar geholfen werden kann.

Ich möchte die Kommission ebenso auffordern, sich der Kartoffelindustrie in Nordirland zu widmen. Ich habe in letzter Zeit einige Briefe von Kartoffelbauern erhalten, weil auch sie sehr von den schweren Regenfällen in den letzten Wochen betroffen sind. Sie äußern darin ihre großen Sorgen darüber, die Kartoffeln überhaupt aus dem Boden zu bekommen, zumal mit den beginnenden Wintermonaten der Frost kommt und sie befürchten, dass dann die Ernte verloren geht. Dies ist also eine Industrie und damit ein Teil der Agrarindustrie in Nordirland, die es derzeit besonders schwer hat.

Ich habe darüber hinaus auch vor Kurzem eine Reihe von Eiererzeugern getroffen; Landwirte, die sich in dem Prozess der Umstellung auf größere Käfige befinden. Sie hätten gerne eine Garantie von der Kommission, dass sie für einen bestimmten Zeitraum nicht erneut aufgefordert werden, diese Käfige abermals auszutauschen, und ich möchte die Kommission ebenso auffordern, sich dieses Themas anzunehmen.

**Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE).** – (IT) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, die Krise, in der sich der Agrarsektor derzeit befindet, ist extrem gravierend und läuft Gefahr, irreversibel zu werden.

In meiner Region Apulien ist die Erzeugung von Oliven der größte Arbeitszweig und eine der größten Einkommensquellen. In diesem Jahr ist der Olivenpreis jedoch auf 30 Euro für 100 Kilo gefallen und der Einkaufspreis für Öl auf 2,50 Euro je Kilo, und diese Preise bedeuten für die Erzeuger ein Verlustgeschäft. Natives Olivenöl extra, grün gold, das bis jetzt der Stolz meines Landes gewesen ist, läuft Gefahr, einen zivilen und sozialen Tod zu erleiden. Überall in der Region errichten Landwirte Straßenblockaden und organisieren Demonstrationen.

Sie haben gesagt, dass alles in Ordnung sei, und dass die Preise wieder steigen würden, aber ich möchte Sie mit einer anderen Situation konfrontieren, die ich jeden Tag erlebe. Es sind dringend Maßnahmen erforderlich, und ich verlange, dass, so wie es auch für die Milch erfolgt ist, ebenso für die Oliven-, Obst- und Gemüseerzeugung ein Solidaritätsfonds bereitgestellt wird. Im Hinblick auf die Olivenerzeugung möchte

ich zusätzliche Maßnahmen fordern, und dabei vor allem, Frau Kommissarin, die Verordnung (EWG) Nr. 2568/91 der Kommission über die Merkmale von Olivenölen so abzuändern, dass Magnetresonanztomografie als Analyseverfahren aufgenommen wird. Auf diese Weise wäre es uns möglich, den derzeit stattfindenden Betrug in den Supermarkttregalen durch Flaschen, die zwar mit der Formulierung "Natives Olivenöl extra" gekennzeichnet sind, aber nur eine Mischung aus verbesserten oder veredelten Ölen enthalten, aufzudecken.

**Elisabeth Köstinger (PPE).** – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Kommissarin, vielen Dank für Ihren Bericht. Dieser ist ein wichtiges Zeichen an unsere Bäuerinnen und Bauern, die in dieser angespannten Situation der Märkte existieren müssen.

Sie haben in Ihrem Bericht auch auf die gesunkene Nachfrage auf dem Agrarsektor hingewiesen. Gerade hier wäre es wichtig, diesen Bereich anzukurbeln und den Absatz zu fördern. Die Kommission ist mehr denn je gefordert, Krisen unabhängig vom Produktionszweig frühzeitig zu erkennen und schnelle und effektive Schritte einzuleiten, um dem entgegenzusteuern.

Ich bin überzeugt davon, dass gerade ein so sensibler Bereich wie die Lebensmittelerzeugung Marktinstrumente braucht. Die Mehrleistung in der Landwirtschaft im Bereich der Offenhaltung unserer Kulturlandschaften, Landschaftspflege und Biodiversität und vieles mehr ist nicht ersetzbar. Dies alles gilt es zu erhalten und mit zu bedenken, wenn wir in Zukunft Diskussionen über die neue Agrarpolitik führen.

**Marc Tarabella (S&D).** – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, ich möchte Ihnen für Ihre Erklärung in Bezug auf die Preisabweichungen bei den verschiedenen Arten landwirtschaftlicher Erzeugnisse danken. Sie sind zu dem Schluss gekommen, dass wir mit der Beobachtung der Situation fortfahren müssen, um gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen.

Sie haben in der Tat mit dem Finger auf die Volatilität gezeigt, und damit auf den Feind Nummer 1 für den modernen Landwirt, und ich möchte nun einfach für die Notwendigkeit plädieren, eine öffentliche Politik der Preissetzung und -regulierung wieder einzuführen und zu wahren und auch dafür, dass in der Zukunft diese öffentliche Politik der Preissetzung und -regulierung zum Beispiel durch eine Preisüberwachungsstelle gesteuert wird, das faire Preise für alle an der Erzeugung beteiligten Partner, egal ob Erzeuger, weiterverarbeitende Unternehmen oder Großhändler, festlegen könnte.

Wenn wir die Situation haben, wo die Preissetzung privat reguliert wird, so wird es immer eine Handelsspanne für Großhändler, eine Handelsspanne für weiterverarbeitende Unternehmen und einen Verlust für die Erzeuger geben, was ernsthafte Probleme für die lokale Landwirtschaft bedeutet. Schließlich können wir, Frau Präsidentin, uns nicht der Tatsache verschließen, dass wir auch in der Lage sein müssen, mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln, vor allem, was den Weizenpreis angeht, der in Chicago festgesetzt wird, weil wir es nämlich mit einer internationalen und nicht nur einer europäischen Angelegenheit zu tun haben.

**Cristina Gutiérrez-Cortines (PPE).** – (ES) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, es beunruhigt mich, dass eine mangelnde Koordination häufig bedeutet, dass Nachhaltigkeitskriterien nicht auch auf die Landwirtschaft angewendet werden.

Deshalb möchte ich folgende zwei Fragen stellen: Die Erste lautet: Wenn zu einer Zeit, wo wir eine Wüstenbildung in Südeuropa erleben, die vor allem auf den Klimawandel zurückzuführen ist, und es so ist, dass die Bodennutzung die wichtigste Sache ist, warum wird dann Geld gezahlt, um Olivenbäume und Wein zu roden? Das bedeutet, dass Europa dafür zahlt, mehr Wüste zu haben. Beabsichtigen Sie, dies zu beenden?

Die Zweite bezieht sich auf das Abkommen mit Marokko: Wenn Europa eine gemeinsame Außenpolitik betreibt, so muss es auch die Interessen seiner Bürger und der europäischen Erzeuger wahren. Europa verhandelt mit Marokko auf den Knien über ein Abkommen, ohne dabei jedoch den Grundsatz der Gegenseitigkeit zu berücksichtigen, ohne Gesundheitsschutz zu gewährleisten und ohne dass Programme für Insektizideinsatz und Nahrungsmittelqualität umgesetzt werden.

Wie ist es möglich, dass durch diesen Prozess nicht Produkten, die oben auf den Quotenlisten stehen, die Türen geöffnet werden, sondern, dass dadurch auch die Qualität gefährdet ist?

**Béla Glattfelder (PPE).** – (HU) Es ist von größter Wichtigkeit, dass wir nun über die Krise in den Agrarsektoren sprechen, da verschiedene Pläne Schwächen aufweisen, was den stufenweisen Abbau der Agrarsubventionen nach 2013 betrifft. Lassen Sie uns stets daran denken, wie schwerwiegend die Folgen der vor Kurzem umgesetzten Liberalisierungsmaßnahmen gewesen sind. Lassen Sie uns aus diesen Beispielen lernen, sodass wir dieselben Fehler nicht noch einmal begehen. Die Bedeutung der Landwirtschaft wird in den kommenden

Jahren entscheidend wachsen, da die Anzahl der Menschen, die auf unserem Planeten Hunger leiden, stetig ansteigt.

Was die Vereinfachung angeht, so haben die Landwirte bedauerlicherweise jedoch den Eindruck, dass jedes Mal, wenn von Vereinfachung die Rede ist, im Folgenden doch nichts passiert. Sie müssen mit immer komplexeren Systemen klarkommen. So wird zum Beispiel eine Reihe neuer Maßnahmen zum Tierschutz eingeführt. Durch all das werden die Kosten in die Höhe getrieben; ein Umstand, von dem die Konkurrenz nicht betroffen ist. Darüber hinaus erfordert jede neue Tierschutzmaßnahme einen immer größeren Energieverbrauch, was eine stetig wachsende CO<sub>2</sub>-Emission bedeutet.

#### VORSITZ HERR LAMBRINIDIS

*Vizepräsident*

**Karin Kadenbach (S&D).** - Herr Präsident! Kommissionspräsident Barroso hat im Rahmen des Meinungsaustauschs zu seinen Leitlinien zugesagt, dass Nachhaltigkeit und Erhalt der Artenvielfalt vorrangige Ziele der Politik in der Europäischen Union für die laufende Periode sein werden. Daher müssen diese Ziele in allen Politikfeldern und natürlich ganz besonders im Bereich der Landwirtschaft verfolgt werden. Ich möchte heute hier ganz nachdrücklich an Sie appellieren, jene Maßnahmen – und zwar ausschließlich jene Maßnahmen – zu fördern und zu unterstützen, die zu diesem Erhalt der Artenvielfalt und zur Nachhaltigkeit beitragen.

**Seán Kelly (PPE).** – Herr Präsident, ich begrüße diese Aussprache. Gegen die angesprochenen Schwierigkeiten sind wir weitgehend machtlos. Es gibt jedoch Probleme, gegen die wir unheimlich viel tun können. Meine Kollegen haben insbesondere das Problem der Überregulierung angesprochen, auf das auch von vielen Landwirten in der gesamten Europäischen Union hingewiesen wurde. Andere wiederum sprachen die genetisch veränderten Lebensmittel (GV-Lebensmittel) an und ich stimme ihnen voll zu: In diesem Bereich ist Handeln gefordert.

Ein Gebiet, das ich ebenfalls für wichtig halte, ist jedoch das der Lebendexporte. Es besteht die Gefahr, dass derart viele Bestimmungen erlassen werden, dass dies insbesondere für Landwirte und Viehexporteure von Inselstaaten wie Irland aus Kostengründen nicht mehr tragbar ist.

Manchmal denke ich, dass es von Interesse wäre, die Reiseplanung von Abgeordneten, die heute hier ins Parlament gekommen sind, mit den Transportzeiten für Vieh, das ins Ausland exportiert wird, zu vergleichen. In diesen Fällen wäre der Stress für die Abgeordneten wahrscheinlich zuweilen größer.

Es ist in dieser Hinsicht Vorsicht geboten. Wir sollten eine Überregulierung verhindern und uns nicht aufgrund von Preiskriterien selbst aus dem Markt drängen.

**Präsident.** - Danke, Herr Kelly. Während jeder in diesem Plenarsaal dazu ermutigt werden sollte, andere Sprachen zu sprechen, möchte ich doch darauf hinweisen, dass Sie Ihre Rede mit den Worten „*Merci, Monsieur Herr Präsident*“ begonnen haben. Ich nehme an, dass Sie mich nicht um „*Mercy*“ (Gnade) bitten wollten, sondern versucht haben, „*Danke*“ zu sagen – nicht auf Griechisch, wie ich hinzufügen sollte, wo dies „*Ευχαριστώ, κύριε Πρόεδρε*“ heißen müsste!

**Gabriel Mato Adrover (PPE).** – (ES) Herr Präsident, die Lage im Agrarsektor ist nicht nur beunruhigend, sondern ich würde sie als unhaltbar bezeichnen: Die Einnahmen von Landwirten gehen zurück, und täglich wird die Differenz zwischen dem an die Landwirte gezahlten Preis und dem Marktpreis für Verbraucher größer. Vererben ist bereits zu einer Utopie geworden, und Assoziierungsabkommen werden wiederholt verletzt. Ein Beispiel ist der schändliche Fall von Tomaten aus Marokko, der vom Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung bestätigt wurde; die Kommission hat jedoch keine wesentlichen Maßnahmen getroffen. Die unterschiedliche Anwendung von pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften und Kontrollen führen zu vollkommen ungerechten Bedingungen.

Werden zudem die Einzelfälle berücksichtigt, wie vermehrte Auflagen für den Bananensektor, die sich gänzlich negativ auswirken werden, oder die Tatsache, dass es für Landwirte im Bereich Viehhaltung unmöglich ist, die Betriebsmittel aufzubringen, werden Sie mir zustimmen, dass die Zukunft des Sektors zumindest sehr unsicher ist.

Darüber hinaus ist die Zukunft der Landwirtschaft in den abgelegensten Regionen nicht nur unsicher, sondern extrem besorgniserregend. Die Landwirte möchten weiter in der Landwirtschaft tätig sein, was für sie jedoch



mit jedem Tag schwieriger wird. Die Kommission muss die Bedeutung der Landwirtschaft anerkennen. Lassen Sie uns diese Aufgabe mutig in Angriff nehmen!

**Herbert Dorfmann (PPE).** - Herr Präsident, Frau Kommissarin, geschätzte Kollegen! Es ist in der Tat so, dass derzeit in vielen Sektoren der Landwirtschaft eine Krise herrscht. Dafür gibt es sicher viele Gründe. Einer davon dürfte wohl die Liberalisierung der Agrarpolitik in den letzten Jahren sein. Wenn wir in der Gemeinsamen Agrarpolitik immer mehr Sicherheitsnetze herausnehmen, dann nehmen die Preisschwankungen zu. Dies bereitet unseren Bauern zunehmend größere Probleme.

Deswegen geht es kurzfristig jetzt sicher darum, einen Ausweg aus diesen Krisen zu finden. Vor allem müssen wir aber im Zuge der Überarbeitung der Agrarpolitik überlegen, was wir gegen diese Preisschwankungen tun können. Nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags haben wir, das Parlament, die Aufgabe, aktiv zu werden. Wenn sich in den letzten Tagen die Agrarminister außerhalb des Rates in Paris getroffen haben, um zu diesem Thema zu beraten, ist dies grundsätzlich sicher gut. Aber wir haben hier im Parlament die Aufgabe, unseren Bauern unsere neue Rolle zu zeigen. Wir müssen mit den Regeln der Demokratie Lösungen für eine zukünftige Agrarpolitik finden.

**Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, ich möchte nun versuchen, einige der aufgeworfenen Fragen zu beantworten; ich denke jedoch, dass diese Diskussion eindeutig zeigt, dass es ein gemeinsames Verständnis für die Schwierigkeiten gibt, mit denen der Agrarsektor zu kämpfen hat.

Zunächst war ich ein wenig erstaunt darüber, dass gesagt wurde, wir hätten das Sicherheitsnetz des Agrarsektors entfernt. Das ist mit Sicherheit nicht der Fall. Tatsache ist, dass es ein Sicherheitsnetz für Situationen gibt, in denen Landwirte Unterstützung brauchen. Wir verfügen über ein ständiges Sicherheitsnetz, nämlich den Direktzahlungen. Dieses Netz, das es mit Sicherheit gibt, ist für Landwirte bestimmt. Daneben gibt es die verschiedenen Interventionsregelungen, die private Lagerhaltung, die Exporterstattungen, die zur Anwendung kommen, wenn wir es als erforderlich erachten.

In Bezug auf Vereinfachung, Bürokratie und Verwaltungsaufwand stimme ich mit Ihnen darin überein, dass wir die Situation für unsere Landwirte so einfach wie möglich gestalten sollten. Daher werde ich auch am Mittwoch auf der Tagung des Rates dem Rat einige Vorschläge zur Deregulierung als Diskussionsgrundlage unterbreiten.

Der Rat brachte 39 verschiedene Vorschläge ein, von denen wir recht viele annehmen können. Andere sind politischer ausgerichtet und betreffen den Zeitraum nach 2013. Ich bin mir jedoch sicher, dass Sie die Vorschläge für äußerst interessant halten werden.

Ich nehme an, dass diejenigen wissen, die das Thema GVO (genetisch veränderte Organismen) angesprochen haben, dass ich mich mit ihnen völlig auf einer Linie befinde, und ich denke, es ist wichtig, eine Lösung hinsichtlich eines technischen Indikators zu finden, mit dem das Vorhandensein nicht zugelassener genetisch veränderter Organismen nachgewiesen werden kann. Ich gehe davon aus, dass die nächste Kommission diesbezüglich einen Vorschlag einbringen wird.

Die Europäische Union ist zwar der größte Importeur von Agrarprodukten, gleichzeitig aber auch der wichtigste Exporteur von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass wir über sehr hochwertige Markenartikel verfügen: Europäische Produkte werden auf Überseemärkten als qualitativ hochwertig angesehen. Aus diesem Grunde würde der Gedanke, dass wir nun unsere Produktion schützen müssten, für unseren Agrarsektor eine erhebliche Beeinträchtigung darstellen.

Wir müssen daher auf den Exportmärkten sichtbar bleiben, und ich denke, dass wir für die Zukunft – und dabei hoffe ich auf die volle Unterstützung des Europäischen Parlaments – viel mehr Mittel benötigen werden, um unsere hochwertigen Produkte auf den neuen Schwellenmärkten vermarkten zu können. Wir können sicherlich noch viel mehr tun, brauchen jedoch ein wenig Unterstützung.

Der nächste Punkt ist der Regulierungsrahmen – ich habe nicht exakt diesen Ausdruck vernommen, denke jedoch, dass die Anmerkungen zu diesem Thema diesen Schwerpunkt beinhalten. Bereits heute können Landwirte Verträge mit der Industrie, mit der Milchindustrie, über bestimmte Mengen zu Festpreisen abschließen. Für Landwirte besteht diese Möglichkeit bereits heute. Und wie Sie wissen, prüfen wir in der hochrangigen Gruppe für den Milchsektor einige Methoden auf freiwilliger Basis, um dieses System zu verbessern.

Biodiversität: Ich bin völlig der Ansicht, dass dieses Thema wichtig ist, und genau aus diesem Grund haben wir die Biodiversität als neue Herausforderung eingestuft, als wir im November 2008 den „Gesundheitscheck“

der Gemeinsamen Agrarpolitik vereinbarten. Diesem kommt also eine hohe Priorität zu, und ich stimme den Äußerungen der verehrten Abgeordneten in allen Punkten zu.

Zu den Maßnahmen: Wir können alle Instrumente, die uns derzeit zur Verfügung stehen, einsetzen. Eine Interimskommission kann jedoch keine neuen Initiativen einbringen. Sicherlich sind Sie sich dieser Problematik bewusst, und ich hoffe daher, dass die neue Kommission so bald wie möglich einsatzbereit sein wird.

Als nächstes bin ich sehr erfreut darüber, dass dem Europäischen Parlament dank des Vertrags von Lissabon und der Einführung der Mitentscheidung nun eine Rolle als wichtiger Akteur für die Zukunft zukommt. Die Mitbestimmung betrifft dabei nicht nur landwirtschaftliche Themenbereiche, sondern auch den Haushaltsplan. Sie haben daher also einen großen Einfluss auf die verfügbaren Haushaltsmittel für den Agrarsektor im Zeitraum nach 2013.

Ich kann Ihnen garantieren, dass ich Sie, wenn auch nicht von dieser Stelle aus, im Auge behalten werde, wenn Sie Ihre neuen Aufgaben im Agrarsektor wahrnehmen.

**Der Präsident.** - Die Aussprache wird geschlossen.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)*

**Luís Paulo Alves (S&D), schriftlich. – (PT)** Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns auch in eine Agrar- und soziale Krise geführt. Deshalb begrüße ich diese Aussprache im Parlament, auch wenn sie erst recht spät angestoßen wurde. Hersteller (von Getreide, Schweinefleisch, Olivenöl, Obst, Gemüse etc.) haben zurzeit mit äußerst schwierigen Bedingungen zu kämpfen, die auf einen Nachfrageeinbruch zurückzuführen sind. Im Vergleich zu ihren Produktionskosten erhalten sie extreme Niedrigpreise für ihre Produkte. Zudem gestaltet sich die Kreditaufnahme schwierig, und diese Probleme wirken sich negativ auf ihre Einkünfte aus. In der Landwirtschaft stellen Preisschwankungen ein höchst komplexes Thema dar, das sich auf die Planung und die von Landwirten benötigte Berechenbarkeit auswirkt und die Rentabilität und den Investitionsgrad stark beeinträchtigen können. Demzufolge ist es wichtig, Bedingungen für die Nachhaltigkeit von Betrieben sowie Preisstabilität zu gewährleisten, sodass Hersteller ihre Lebensgrundlage durch die Optimierung von Produktqualität sichern können, was sich wiederum positiv auf die gesamte Versorgungskette vom Hersteller bis zum Verbraucher auswirkt.

**Spyros Danellis (S&D), schriftlich. – (EL)** Mehrfachbeschäftigung ist in der EU ein häufig anzutreffendes Phänomen, das darauf abzielt, das Einkommen zusätzlich zu den Einnahmen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit abzusichern. Da kleine Landwirtschaftsbetriebe häufig Arbeitnehmer beschäftigt, die mehreren Beschäftigungen nachgehen, sind kleinere Betriebe heute natürlich stärker als Großbetriebe betroffen. Der Grund hierfür ist,

- dass abgesehen vom Rückgang der landwirtschaftlichen Einnahmen, ohne Berücksichtigung des Produktionssektors, auf den der Betrieb spezialisiert ist,

der Betrieb auch mit folgender Situationen konfrontiert wird:

- die Abnahme oder der völlige Wegfall seines Einkommens aus nicht landwirtschaftlichen Aktivitäten, während:

- die Einkommenssicherheit, die der Betrieb in Form direkter Beihilfen erhält, für einen angemessenen Lebensstandard in absoluten Zahlen unzureichend ist.

Unabhängig vom Landwirtschaftssektor, auf den die Produktion spezialisiert ist, ist demzufolge eine horizontale Beihilfe für kleinere Landwirtschaftsbetriebe erforderlich, damit diese die Krise bewältigen können.

## **16. Aussichten für die Doha-Entwicklungsagenda im Anschluss an die Siebte WTO-Ministerkonferenz (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die mündliche Anfrage von Herrn Moreira im Namen des Ausschusses für internationalen Handel zu den Aussichten der Doha-Entwicklungsagenda im Anschluss an die Siebte WTO-Ministerkonferenz an die Kommission (B7-0232/2009).

**Vital Moreira, Verfasser.** – (PT) Vor einigen Wochen hatte ich die Ehre, eine Delegation des Ausschusses des Parlaments für internationalen Handel zu leiten, die der Siebten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Genf beiwohnte. Obwohl die Doha-Runde – das heißt die Doha-Entwicklungsagenda – nicht auf der offiziellen Tagesordnung dieser Ministerkonferenz stand, nutzte die große Mehrheit der offiziellen Delegationen aus den WTO-Mitgliedstaaten die Gelegenheit, um ihre Positionen zu diesem Thema darzulegen und zu fordern, dass die Doha-Runde bis Ende 2010 zum Abschluss gebracht werden muss.

Es ist jedoch allgemein bekannt, dass in den Verhandlungen bis vor Kurzem keine Fortschritte erzielt werden konnten. Aus diesem Grund habe ich die Ehre, der Kommission im Namen des Ausschusses für internationalen Handel, dem ich vorsitze, die folgenden Fragen zu stellen:

Erstens, wie beurteilt die Kommission den aktuellen Stand der Verhandlungen in den wichtigsten Bereichen der Doha-Entwicklungsagenda, insbesondere Landwirtschaft, Marktzugang für Nicht-Agrarerzeugnisse (NAMA) und Dienstleistungen? Was hat die Kommission bei der Siebten WTO-Ministerkonferenz erreicht? Was sind nach ihrer Auffassung die verbleibenden Fragen, die erörtert werden müssen, und welche Themenbereiche gestalten sich am schwierigsten?

Zweitens, welche Auswirkungen wird die WTO-Ministerkonferenz auf die laufenden Verhandlungen der Doha-Runde haben? Wie wird die Kommission sicherstellen, dass der Verhandlungsschwerpunkt auf dem Thema Entwicklung liegt? Wie wahrscheinlich ist ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde vor Ablauf des nächsten Jahres?

Meine dritte und letzte Frage ist: Wie beabsichtigt die Kommission, die Mitglieder des Europäischen Parlaments in die laufenden Verhandlungen der Doha-Runde und in die Arbeit der WTO einzubeziehen?

Nach Einbringen der Anfrage im Namen des Ausschusses für internationalen Handel möchte ich zum Schluss vor allem darauf hinweisen, dass dieser Ausschuss des Parlaments einen besonderen Schwerpunkt auf die Übernahme neuer Aufgabenbereiche und die Ausübung neuer Befugnisse legt, die ihm gemäß dem Vertrag von Lissabon zufallen. Zudem wünscht der Ausschuss auf dem Gebiet des internationalen Handels eine engere und fruchtbarere Zusammenarbeit mit der Kommission. Dies erfordert natürlich, dass die Kommission ihrerseits zu einer Zusammenarbeit mit dem Parlament bereit ist und diese Bereitschaft zunächst mit ihrer Antwort auf die von uns eingebrachten Fragen bekräftigt.

**Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, die Siebte WTO-Ministerkonferenz in Genf bot eine wichtige Gelegenheit, um sich mit allen WTO-Mitgliedern über ihre Schwerpunkte für die Organisation auszutauschen. Es ist meiner Ansicht nach wichtig, darauf hinzuweisen, dass es sich bei dieser Siebten Ministerkonferenz nicht um eine Verhandlungskonferenz handelte. Vielmehr stellte sie eine Diskussion zu verschiedenen Themenbereichen dar.

Auf unserer Prioritätenliste stand die Doha-Entwicklungsagenda natürlich an erster Stelle. Wenn diesbezüglich ein Abschluss erzielt werden kann, wird die Doha-Runde nicht nur für Europa, sondern für die gesamte Weltwirtschaft zu einem guten Ergebnis führen. Wir alle werden darunter leiden müssen, wenn der Protektionismus an Bedeutung gewinnt. Genauso werden wir alle davon profitieren, wenn die Wirtschaft wieder in Gang kommt. Die Doha-Runde ist das beste Instrument für die Handelspolitik, das beiden Konfliktparteien zur Verfügung steht.

Die Doha-Runde würde auch die Entwicklung ermöglichen, nach der so viele der ärmsten Länder der Welt verlangen. Hierzu kämen neue Vorschriften zum Marktzugang, Agrarreformen und insbesondere eine Erleichterung der Zollverfahren zur Anwendung. Auf allen Gebieten der Doha-Verhandlungen wurde dieser Entwicklungsfaktor für die betroffenen Länder bereits berücksichtigt.

Es ist jedoch nur möglich, die Doha-Runde zu einem Abschluss zu bringen, wenn alle WTO-Mitglieder ihr Engagement bekunden. Die Vereinigten Staaten bringen jedoch schwerwiegende Bedenken und Auflagen ein, die sie mit den großen Schwellenländern diskutieren. In einigen Monaten, wenn die Frist für die G20 für einen Abschluss der Doha-Runde 2010 bald ausläuft, werden wir prüfen, was diese Diskussionen ergeben haben.

Ich denke, es herrscht allgemein Übereinstimmung darüber, dass wir zum Erreichen eines Abschlusses der Doha-Runde vor Ende 2010 für den Marktzugang von agrarischen und nicht agrarischen Erzeugnissen (NAMA) vor Ende März 2010 Modalitäten festlegen müssen. Das ist der späteste Termin. In der Zwischenzeit werden wir uns weiter darum bemühen, dass die Interessen der Europäischen Union in Bereichen wie Handel und Dienstleistungen sowie der Schutz der geografischen Herkunftsangaben berücksichtigt werden.

Neben der Doha-Runde wurden den WTO-Mitgliedern auf der Ministerkonferenz noch einige andere wichtige Themen zur Diskussion gestellt. Unsere Schwerpunkte umfassten die Erfordernis, die Rolle der WTO bei der Überwachung und der Analyse von Protektionismus zu stärken; Der WTO-Beitritt – wie beispielsweise der Beitritt der am wenigsten entwickelten Staaten zur WTO, was wir mit Sicherheit für unterstützenswert halten; die steigende Anzahl regionaler Freihandelsabkommen – hierbei muss sichergestellt werden, dass diese das multilaterale Handelssystem tatsächlich ergänzen; und schließlich ist da der Beitrag der Handelspolitik zur Bekämpfung des Klimawandels. Die WTO-Mitglieder stimmten bei vielen dieser Themen zu, dass die Organisation diesbezüglich tätig werden kann und sollte. Ich erwarte daher, dass dies vorangetrieben wird.

--

In Bezug auf Ihre letzte Frage möchte ich Ihnen zusichern, dass wir das Parlament natürlich laufend über diese Entwicklungen, insbesondere zur Doha-Runde, unterrichten werden. Der Vertrag von Lissabon bietet eine ausgezeichnete Gelegenheit, um unsere Zusammenarbeit mit dem Parlament weiter voranzubringen, was für die Handelspolitik der Kommission für die kommenden Jahre eine Schlüsselpriorität darstellt.

**Georgios Papastamkos, im Namen der PPE-Fraktion.** – (EL) Herr Präsident, wir unterstützen das multilaterale Handelssystem und die Welthandelsorganisation als Hüter eines Handelssystems, das auf Regeln beruht und eine effektivere Steuerung der Globalisierung und gerechtere Verteilung ihrer Leistungen gewährleistet.

Gerade der *Besitzstand (Acquis)* der WTO hat während der gegenwärtigen Wirtschaftskrise weitgehend verhindern können, dass eine große Anzahl ihrer Mitglieder auf restriktive Handelsmaßnahmen zurückgreifen mussten, während gleichzeitig ausreichend Handelsspielraum für einen wirtschaftlichen Aufschwung gewährt wurde.

Als Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) unterstützen wir die Aufnahme der Doha-Entwicklungsagenda, die sich auf einen einheitlichen, ehrgeizigen und ausgewogenen Ausgang der Verhandlungen stützen muss. Wir drängen die Kommission, an einer starken Verhandlungsposition festzuhalten, die darauf abzielt, den Zugang europäischer Güter und Dienstleistungen zu den Märkten von Industrie- und Schwellenländern effektiv zu verstärken.

In Bezug auf die Landwirtschaft fordere ich die Kommission auf – und ich bitte Sie, Frau Boel, dies schriftlich zu notieren –, sich streng an den vom Rat erteilten Verhandlungsauftrag zu halten, bei dem die Grenzen der Verhandlungsposition der Kommission von gleichwertigen Konzessionen unserer Handelspartner abhängen. Ich möchte zudem hervorheben, dass unsere Position zu geografischen Herkunftsangaben strikt verteidigt werden muss.

Der Ausgang der Doha-Entwicklungsagenda muss eine effektivere Einbindung von Entwicklungsländern, insbesondere weniger entwickelten Ländern, in das Welthandelssystem sicherstellen.

Abschließend fordern wir eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Welthandelsorganisation und anderen internationalen Organisationen, sodass auf diesem Weg die gegenseitige Unterstützung und Kohäsion zwischen Handelsaspekten und sonstigen Faktoren, wie ökologische Nachhaltigkeit, Nahrungsmittelversorgung und Sicherheit sowie vertretbare Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen gesichert werden.

**Harlem Désir, im Namen der S&D-Fraktion.** – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, die Doha-Verhandlungen wurden 2001 eingeleitet, um die Ungleichgewichte, vielmehr die Ungerechtigkeiten des internationalen Handelssystems, das in Folge der Uruguay-Runde bei der Gründung der WTO eingeführt wurde, zu korrigieren.

Es wurde daher eingeräumt, dass die Uruguay-Runde nicht alle in Bezug auf die Entwicklungsländer gemachten Versprechen gehalten hatte und dass die südlichen Länder betreffend die Handelsregeln, insbesondere in der Landwirtschaft auf ungerechtfertigte Weise benachteiligt waren. Der Grund hierfür ist, dass diese Handelsregeln den reichsten Ländern ermöglichen, sowohl ihren Markt zu schützen sowie ihre Produktion auch im Exportsektor weiterhin zu fördern, was folglich viele Bauern im Süden ruinierte. Baumwolle ist bezeichnend für diese Situation.

Bei der Eröffnung der „Entwicklungsrunde“ verpflichteten sich die WTO-Mitglieder daher, multilaterale Handelsregeln zu ändern, um zu gewährleisten, dass der Handel wirklich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in jedem Land, auf jedem Kontinent förderlich ist.

Daher sollten wir immer daran denken, dass diese Verhandlungsrunde sich von anderen Runden unterscheidet, und dass, obwohl wie bei allen Verhandlungen jeder Fortschritte zu den Fragestellungen erwartete, die ihn

betreffen – für die Industrieländer bezieht sich das auf industrielle Produkte und Dienstleistungen –, von Beginn vereinbart wurde, dass diese Runde in erster Linie dazu dienen soll, das Gleichgewicht zugunsten von Entwicklungsländern wieder herzustellen.

Heute, nach der Siebten Ministerkonferenz, sind die Verhandlungen, wie zuvor, am Capitol Hill in Washington weitgehend zum Erliegen gekommen, genau, wie sie in der Vergangenheit im Treibsand von Cancún „versunken“ waren, was damals vorwiegend auf die Forderungen seitens der Europäischen Union zurückzuführen war.

Da die Industriestaaten während den Verhandlungen zu viele Forderungen gestellt haben, gefährden sie den endgültigen Ausgang der Verhandlungen und sogar die Glaubwürdigkeit der WTO. Allgemein liegt der Schwerpunkt auf einzelnen Zielsetzungen anstatt auf dem übergeordneten Ziel, das darin besteht, Rahmenbedingungen für einen multilateralen Handel zu schaffen, der auf der Grundlage gerechterer Regeln den fairen Handel voranbringen und eine nachhaltige Entwicklung und die Beseitigung von Armut fördern soll.

Als erstes hat diese Pattsituation zur Zunahme bilateraler Handelsabkommen geführt, die für die Länder des Südens häufig noch ungünstiger sind. Dies ist also ein Schritt zurück.

Die Europäische Union muss daher deutlich Position beziehen. Vorrangiges Ziel muss dabei sein, diese Runde als eine Entwicklungsrunde zu Ende zu führen und nicht zu versuchen, sich gegenseitig in Bezug auf industrielle Produkte und Dienstleistungen auszustechen. Bei diesen Verhandlungen darf kein konventioneller und engstirniger Ansatz verfolgt werden, bei dem jeder nur auf den eigenen Vorteil bedacht ist.

Dies würde in eine Sackgasse führen und die Sicht auf das Hauptthema verstellen, nämlich die Notwendigkeit, den internationalen Handel neu zu regulieren. Dies wird Teil der neuen „Global Governance“ (Weltordnungspolitik) sein, die allgemein, vor allem seit dem G20, gefordert wird, um den heutigen wirklichen Herausforderungen begegnen zu können: gerechte und nachhaltige Entwicklung auf allen Kontinenten, Beseitigung von Armut, Ernährungssicherheit, Achtung sozialer Rechte, menschenwürdige Beschäftigung und Bekämpfung des Klimawandels.

Während der Verhandlungen muss die Europäische Union darlegen, was sie tut, um zu gewährleisten, dass die Handelsregeln dazu beitragen, diese Situation zukünftig zu verbessern. Auf dieser Grundlage müssen die folgenden Diskussionspunkte jeweils berücksichtigt werden:

- zur Landwirtschaft: die im Juli 2008 eingegangenen Verpflichtungen erfüllen; die Verhandlungen über Verfahren zu einem Abschluss bringen; Gewährleistungen von insbesondere Sonder- und Vorzugsbehandlungen, Schutz spezieller Erzeugnisse und Sicherheitsmechanismen; landwirtschaftliche Fördermaßnahmen in Übereinstimmung mit nachhaltiger Landwirtschaft und Ernährungssicherheit entwickeln;

- zum Marktzugang für nicht agrarische Produkte (NAMA): Entwicklungsländer zum Abbau von Zollbeschränkungen auffordern – dies ist einer meiner letzten Punkte –, der ihrem Entwicklungsgrad entspricht;

und

- zu Dienstleistungen: das Recht der einzelnen Länder schützen, ihren öffentlichen Dienst eigenständig regulieren zu können.

**Michael Theurer**, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kollegen! Vor zwei Wochen hat die Siebte Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Genf beraten. Ich hatte die Gelegenheit, als Vertreter der ALDE-Delegation dabei zu sein und nun auch als Mitverfasser an dem vorliegenden Gemeinsamen Entschließungsantrag mitzuarbeiten.

Vier Lehren können und müssen aus diesen Erfahrungen gezogen werden. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch den weltweiten Handel stark zum Einbruch gebracht. Ein zügiger Abschluss der Verhandlungen ist deshalb in der Welthandelsrunde dringend erforderlich, um neue Impulse für die Weltwirtschaft zu geben.

Eine Neubelebung eines fairen und freien Welthandels – dies kann Doha leisten, dies muss Doha leisten! Die Europäische Union ist ihren Partnern insbesondere in den Entwicklungsländern weit entgegengekommen. So haben wir beispielsweise den Verzicht auf alle Exportsubventionen für Agrarprodukte in Aussicht gestellt.

Jetzt geht es darum, in den Verhandlungen einen Abschluss zu erreichen. Dazu brauchen wir ein Signal des politischen Willens. Wir in der ALDE-Fraktion sind entschlossen, der Abschluss von Doha muss kommen! Jetzt! Eine Bündelung der Kräfte ist deshalb dringend erforderlich, um die Runde zum Abschluss zu bringen. Dabei muss und kann die Europäische Union eine Führungsrolle übernehmen. Wir sollten auch eine Brückenfunktion übernehmen, um z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika und die Schwellen- und Entwicklungsländer nun zusammenzubringen, so wie wir es auch in dem Text unserer gemeinsamen EntschlieÙung fordern.

AuÙerdem muss jetzt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hergestellt werden. Wir brauchen eine breitere Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger. Die Vorteile eines weltweiten Handels sollten wir herausstellen, denn ein freier und fairer Welthandel ist positiv für uns alle.

Eine Alternative zu Doha sehe ich nicht. Die Alternative wäre ein Wettlauf um bilaterale Abkommen. Hier besteht die Gefahr, dass der Zugang für die Schwächeren, die Einbeziehung der Menschenrechte und Umweltziele unter die Räder kommen. Das darf nicht passieren. Deshalb brauchen wir einen Abschluss der Doha-Runde jetzt!

**Martin Häusling**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit nunmehr acht Jahren schleppt sich die Doha-Runde über die Runden, und die große Mehrheit der Entwicklungsländer hat diese Doha-Runde eigentlich nie gewollt. Am Anfang waren es die USA und Europa, die mit dem Begriff „Entwicklung“ die Entwicklungsländer zur Zustimmung bewegen wollten. Aber in der Zwischenzeit sind die Verhandlungen zweimal gescheitert. Nur noch die großen Agrarexporteure Brasiliens und Argentinien sowie vielleicht noch Indien sind wirklich daran interessiert, dass noch etwas passiert. Auch die EU ist ja *de facto* in die zweite Reihe getreten, wenn man sich die Routineforderungen der EU in den letzten Jahren anschaut und auch das, was jetzt für die nächsten Jahre vorgelegt wird.

Aber wir müssen doch wirklich einmal eine nüchterne Betrachtung darüber vornehmen, was die Entwicklung in den letzten Jahren außer einer zwanzigjährigen Liberalisierungspolitik gebracht hat. Diese Liberalisierungspolitik ist mit dafür verantwortlich, dass wir diese Wirtschafts- und Finanzkrise haben. Wir können nicht so tun, als könnten wir so weitermachen. Ich will gar nicht davon reden, dass, wenn wir so weitermachen wie bisher, es natürlich auch Folgen für das Weltklima hat, wenn wir keine vernünftigen Regeln bekommen.

Nun hatten wir eine Konferenz in Genf, wo alle mitten in der Krise beschworen haben, es müsse so weitergehen und man könne einfach warten, bis die Krise vorbei ist und dann da weitermachen, wo man aufgehört hat. Es wird immer wieder beschworen, dass die Doha-Runde dem Wirtschaftsaufschwung frischen Wind gibt. Aber alle Zahlen belegen es: Es wird nicht so sein, zumal auch die Implementierungszeiten und -zeiträume viel zu lang sein werden. Es wird immer wieder beschworen, dass die Entwicklungsländer dann am Aufschwung teilhaben könnten. Aber wenn man wirklich einmal nüchtern Bilanz zieht, muss man sagen, das wird nicht für die Masse der Entwicklungsländer einen Aufschwung herbeiführen, sondern ganz im Gegenteil: Der Netto-Effekt ist für die meisten Entwicklungsländer eher negativ. Deshalb kann man vielen Entwicklungsländern nicht empfehlen, mitten in der Krise daran mitzuwirken.

Auch wenn es kein WTO-Mitglied und keine der großen politischen Gruppierungen im Europaparlament zu sagen wagt, wir Grünen sagen es: Wir fordern, dass endlich mit der Doha-Runde, die seit Jahren in einer Sackgasse steckt und völlig unzeitgemäß geworden ist, aufgehört wird. Wir glauben, dass die WTO an einer Reform arbeiten muss und dass sie in der jetzigen Form keinen Beitrag dazu leisten kann, globale Krisen zu lösen. Wir brauchen in Zukunft einen fairen Handel und nicht nur einen prinzipienhaften freien Handel.

Wenn ich mir den Agrarbereich der letzten zwanzig Jahre anschau: Was hat denn diese permanente Liberalisierung gebracht? Sie hat dazu geführt, dass wir in den Industriestaaten einen enormen Rationalisierungsdruck hatten. Die Prozesse wurden industrialisiert, und für die Entwicklungsländer ist im Grunde genommen nichts dabei herausgekommen als destabilisierte Märkte. Anstatt dem Prinzip Ernährungssouveränität einen gerechten Stellenwert in der Diskussion zu geben, hat man eher dem Prinzip des absoluten freien Handels eine absolute Priorität eingeräumt. In diesem Sinne plädiert die EntschlieÙung der Grünen dafür, kein weiteres politisches Kapital in die tote Doha-Runde zu stecken. Wir fordern, dass man mit dem Prozess neu anfängt!

**Jan Zahradil**, *im Namen der ECR-Fraktion*. – (CS) Herr Präsident, Frau Kommissarin, wir befinden uns derzeit in einer Periode der wirtschaftlichen Rezession oder Krise, was sehr unerfreulich ist. Doch solche Krisen kommen und gehen und gehören als zyklisches Element zur Marktwirtschaft. Daher dürfen sie nicht als Entschuldigung dafür genutzt werden, unverhältnismäßige Regulierungen einzuführen, die die Wirtschaft

hemmen, denn nach Ende der Krise bleiben solche Regulierungen bestehen. Dies gilt auch für den internationalen Handel. Die Europäische Union muss daher der Versuchung widerstehen, in Handelsbeziehungen protektionistische Maßnahmen zu ergreifen, da wir auf diese Weise nicht nur uns selbst, sondern insbesondere denjenigen schaden würden, denen wir helfen wollen, also vor allem den Entwicklungsländern, deren vollständige Einbindung in das weltweite Handelssystem wir fördern müssen.

Im Namen der Europäischen Konservativen und Reformisten möchte ich den Ansatz der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa begrüßen, die gemeinsam mit uns einen ausgewogenen Entschließungsentwurf zur Doha-Entwicklungsagenda nach der Siebten Konferenz der Welthandelsorganisation entwickelt haben. Fortschritte im internationalen Handel müssen der Entwicklungsagenda zuträglich sein. Sollte dies für die USA ein Problem darstellen, so muss die EU die Führung übernehmen, um die Doha-Runde erfolgreich zum Abschluss zu bringen und außerdem die volle Beteiligung der Entwicklungsländer am Welthandel auszuhandeln.

Der erste Schritt zur europäischen Integration war der freie Handel. Die EU oder die Europäische Gemeinschaft war zu Beginn eine Handelszone, und ich hoffe, dass sich die Europäische Kommission – in ihrer heutigen und zukünftigen Besetzung – darüber im Klaren ist, wo die Wurzeln der europäischen Integration liegen, und zu diesen zurückkehren wird. Die Aushandlung der vollen Beteiligung der Entwicklungsländer am Welthandel muss fortgesetzt werden. Zudem müssen weitere bilaterale und regionale Freihandelsabkommen als Ergänzung zum multilateralen Rahmenwerk unterzeichnet werden.

**Helmut Scholz**, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Die Fragen, die der Ausschussvorsitzende in dieser Debatte aufgeworfen hat, reflektieren globale Zusammenhänge. Die Bilanz unserer Weltwirtschaftsordnung ist verheerend. Zwei Milliarden Menschen leben in extremer Armut. Der Klimawandel zwingt bereits jetzt mehr als 40 Millionen Menschen zur Flucht, und die Wucherung des Weltfinanzhandels führte zur schlimmsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren.

Herr Zahradié, wir haben hier die historische Aufgabe, eine völlig neue Regulierung der Weltwirtschaft, geleitet von Zielen der Nachhaltigkeit, des Umweltschutzes, der sozialen Gerechtigkeit und der Ernährungssicherheit, auf den Weg zu bringen. Mit dem Blick nach Genf kann ich nur feststellen, dass die WTO-Konferenz vor dieser Aufgabenstellung versagt hat. Allen Beteuerungen zum Trotz wurde die Chance vertan, die in einer Zusammenkunft der Staaten liegen kann.

Die Unterhändler für Doha bewegen sich offenbar immer noch im Rahmen eines völlig veralteten – und ich meine, wir sollten es ehrlich so formulieren – gescheiterten Verhandlungsmandats. Das muss nach Auffassung der GUE/NGL-Fraktion dringend verändert werden, weil das Scheitern von Genf und von Rom, und die komplizierten Verhandlungen jetzt in Kopenhagen in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Ich fordere daher, die Kommission unter direkter Mitwirkung des Europäischen Parlaments mit einem neu definierten Verhandlungsmandat für die Weiterentwicklung und Veränderung der WTO auszustatten. Und diese muss die Bedeutung der Welthandelsarchitektur für das Entstehen, aber auch für die mögliche Überwindung der Weltkrisen erfassen und auch die benötigte Neuregulierung der Handelsbeziehungen in Angriff nehmen.

**Bastiaan Belder**, im Namen der EFD-Fraktion. – (NL) Herr Präsident, die Sackgasse, in der sich die Doha-Runde befindet, überschattet zwangsläufig den WTO-Gipfel zu Beginn dieses Monats. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und angesichts der ebenso düsteren Aussichten für 2010 hat der erfolgreiche Abschluss der Doha-Runde politisch höchste Priorität. Die Schätzungen der erheblichen Erträge aus Handelsumsätzen und der Wohlstandszunahme lassen darauf hoffen, dass der in Genf eingegangenen Verpflichtung, 2010 zu einem Jahr des Durchbruchs für die Doha-Runde zu machen, tatsächlich nachgekommen wird.

Als Niederländer bin ich sehr auf die Stellungnahme der Kommission in Bezug auf zwei Vorschläge gespannt, die von meiner Regierung am WTO-Gipfel eingebracht wurden. Wie stehen Sie der Bildung einer Gruppe „ökologischer Vorreiter“ innerhalb der Welthandelsorganisation gegenüber, die aus Ländern bestehen würde, die Handelsbeschränkungen für nachhaltige Produkte aufheben würde, um deren Konsum zu fördern? Frau Kommissarin, teilen Sie zudem die Ansicht der niederländischen Vertreter, dass die Entwicklung des WTO-Verhandlungssystems nicht mit der Globalisierung Schritt gehalten hat? Könnten Sie auf eine Lösung hinarbeiten?

**Marine Le Pen (NI)**. – (FR) Herr Präsident, trotz des offensichtlichen Scheiterns der Handelsliberalisierung in den vergangenen 30 Jahren, das zu einer kompletten Deindustrialisierung in den Industriestaaten und einer Verarmung unterentwickelter Länder geführt hat, trotz der Finanz- und Bankenkrise und nun der

Schuldenkrise, in der die Mitgliedstaaten stecken und die nach Meinung aller unabhängigen Wirtschaftswissenschaftler durch die finanzielle und kommerzielle Globalisierung ausgelöst wurde, fordert der WTO-Generaldirektor Herr Lamy weiterhin, den Prozess einer vollständigen internationalen Handelsliberalisierung zu beschleunigen.

Aus allen uns zur Verfügung stehenden Statistiken geht hervor, dass die Globalisierung zu Massenarbeitslosigkeit und Einschnitten bei Löhnen und Gehältern geführt hat, die erst dann enden werden, wenn die Gehälter europäischer Arbeitnehmer den Einkommen von Beschäftigten in China oder Indien angeglichen werden.

Ist dies das wirtschaftliche Entwicklungsmodell, das Europa den Europäern bieten sollte?

Es gibt ein anderes Modell: der legitime Schutz europäischer Volkswirtschaften gegen unfairen Wettbewerb mit Niedriglohnländern. Dieser Protektionismus muss mit der Schaffung eines neuen internationalen Währungssystems einhergehen, das fairen Handel garantiert. Es ist unannehmbar, weil unlogisch, die Handels- von Währungsverhandlungen zu trennen.

Herr Lamy und all diejenigen, die sich für einen unkontrollierten Freihandel aussprechen, setzen sich nicht für das Gemeinwohl ein, sondern für die Interessen der Finanz- und Handelsorganisationen, von denen sie bezahlt werden. Sollten die Gemeinschaftsorgane weiterhin diese Richtung verfolgen, wird die Legimitationskrise, in der die WTO und der IWF heute stecken, diese auch noch morgen beeinträchtigen.

Wenn das Ihr Ziel ist – die europäische Industrie und Landwirtschaft zu zerstören und unseren Kontinent in eine wirtschaftlich unterentwickelte Region zu verwandeln –, sollten Sie den Worten von Herr Lamy Folge leisten.

Wenn Sie Europa hingegen retten wollen, dann sollten Sie, wie dies Maurice Allais, der französische Nobelpreisträger für Wirtschaft, fordert, Herrn Lamy „auslagern“. Dies ist die einzige Auslagerung, die Europa begrüßen könnte.

**Béla Glattfelder (PPE).** – (HU) Das Handelsdefizit der Europäischen Union ist in den letzten fünf Jahren besorgniserregend um das Dreieinhalbfache gestiegen. Ein Anstieg des Handelsdefizits dieser Größenordnung ist unhaltbar. Die Hälfte dieser Zunahme des Handelsdefizits ist auf den Handel der EU mit China zurückzuführen. Als Folge der Weltwirtschaftskrise hat dieses Defizit erheblich zugenommen. Die Hälfte des verbleibenden Defizits und auch das gesamte Handelsdefizit, das in der ersten Jahreshälfte 2009 zu verzeichnen war, entspricht jedoch unserem gegenwärtigen Handelsdefizit mit China.

Vor Kurzem habe ich das Buch eines amerikanischen Autors gelesen, in dem das folgende Szenario beschrieben wird. An europäischen Küsten gefangene Fische werden tiefgefroren nach China verschifft. Dort werden die Fische abgetaut, entgrätet, erneut eingefroren und zurück nach Europa geschickt. Der Grund hierfür ist, dass die Gehälter in China so viel niedriger sind, dass sich der hohe Energieverbrauch für das Einfrieren, Verschiffen, Einfrieren und der Rückversand des Fisches nach Europa lohnt. Jeder Arbeitsplatzverlust in Europa zieht einen Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Höhe vieler hunderter Kilos nach sich.

Das geltende Handelssystem fördert den Anstieg von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Steigende Arbeitslosigkeit in Europa kommt einem höheren Ausstoß von CO<sub>2</sub> gleich. Seit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls hat China seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß verdreifacht, da diesbezüglich keine Sanktionen vorgesehen sind. Die neuen WTO-Regelungen sind nur annehmbar, wenn sie Aspekte zum Klimaschutz enthalten. Wenn mit diesen Regulierungen die Zunahme von CO<sub>2</sub>-Emissionen verhindert werden soll, sind Sanktionen erforderlich.

**Kader Arif (S&D).** – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, das Ziel der Doha-Runde war eindeutig. Diese Runde sollte der Entwicklungsförderung dienen. Es sollte eine Runde sein, die Entwicklungsländern dabei hilft, die Ungleichgewichte zu korrigieren, die durch die liberalen Politiken verursacht wurden, die bisher im Rahmen des berühmten „Washington Consensus“ umgesetzt wurden.

Es ist nicht erstaunlich – obwohl ich das bedauere –, dass in diesen Krisenzeiten die Positionen zugunsten fairen Handels zurückgezogen werden. Da die Vereinigten Staaten bis zur Annahme der Gesundheitsreform nichts unternehmen wollen, und vor dem Hintergrund des wachsenden Widerstands seitens der Gewerkschaften und der größten industriellen Lobbygruppen kann Europa die Grenzen nicht verschieben. Daher kann nicht davon ausgegangen werden, dass bald ein Abkommen erzielt wird.

Die Mehrheit in diesem Parlament nutzt daher diesen Umstand, um zu ihrer Ideologie zurückzukehren, die Ideologie der aggressiven Handelsgebaren, die einzig auf den Interessen eines breiteren Marktzugangs basieren.



Geben Sie der Krise die Schuld daran. Durch dieses Verhalten, das in erster Linie die Öffnung der Märkte und die Beseitigung aller Handelsschranken zum Ziel hat, lassen diejenigen im rechten Flügel völlig außer Acht, dass es in unserem Interesse ist, starke und in den Welthandel voll integrierte Handelspartner zu haben. In Wirklichkeit kann aus einer solchen Vereinbarung kein Entwicklungsland gestärkt hervorgehen.

Zusammen mit dem Berichterstatter unserer Fraktion zu dieser EntschlieÙung, Herrn Désir, haben wir mehrere Änderungsanträge zu dem Kompromisstext eingebracht, der gemeinsam von den europäischen politischen Parteien des rechten Flügels ausgearbeitet wurde. Natürlich würde ich mir wünschen, dass die EntschlieÙung unserer Fraktion angenommen wird, doch das wird nicht geschehen.

Aus diesem Grund gehen wir in unseren Änderungsanträgen auf mehrere Punkte ein. Als Erstes ist es unbedingt erforderlich, dass die öffentlichen Dienste nicht Gegenstand der Verhandlungen sind, weil sie mit den Grundbedürfnissen der Menschen verbunden sind und nicht den Märkten überlassen werden können.

Als nächstem Punkt sollten die Produkte, die für die Entwicklungsländer und insbesondere den Agrarbereich von besonderer Bedeutung sind, gesondert behandelt werden. Die Ernährungskrise geriet mit dem Eintreten der Finanz- und Wirtschaftskrise in Vergessenheit. Wir sollten jedoch weiterhin an der Ernährungssouveränität als unserer absoluten Priorität und dem ersten der Millenniums-Entwicklungsziele festhalten.

Schließlich vertreten wir die Ansicht, dass der Bereich für öffentliche Interventionen in den Entwicklungsländern erhalten bleiben sollte, indem nicht nur die Liberalisierung von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen wird, sondern auch neue Industrie geschützt werden.

Diese wenigen Punkte, mit denen kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird, sind die absoluten Mindestvoraussetzungen, um zu gewährleisten, dass die Doha-Runde der Entwicklung tatsächlich förderlich ist. Sollten sie im endgültigen Text nicht enthalten sein, werde ich meine Fraktion auffordern, dagegen zu stimmen.

(Beifall)

**Niccolò Rinaldi (ALDE).** – (IT) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, ich möchte zunächst berichten, dass vor mehreren Monaten, am Rande eines Treffens des Lenkungsausschusses der WTO, dessen Mitglied ich bin, ein Kollege aus Namibia seine Enttäuschung darüber kundtat, dass die Preise bestimmter europäischer Agrar- und nicht agrarischer Erzeugnisse in Namibia im Vergleich zu heimischen Produkten niedriger waren. Hierbei handelt es sich um eine der vielen Marktverzerrungen, für die in der Doha-Runde eine Lösung gefunden werden muss.

Als Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa haben wir diesbezüglich Änderungsanträge eingebracht, die – nicht nur in Bezug auf Europa, sondern unsererseits natürlich auch sehr in Bezug auf die Vereinigten Staaten, wie die Kommissarin sehr gut wissen müsste – die Forderung enthalten, alle Arten von Exportsubventionen vollständig und kurzfristig abzuschaffen.

Zweitens möchte ich zum Thema Dienstleistungen unter all den wichtigen Punkten darauf hinweisen, dass eindeutig zwischen Dienstleistungen und öffentlichen Diensten unterschieden werden muss. Im Rahmen der Doha-Runde müssen wir uns für eine verbindliche Zusage einsetzen, um die Liberalisierung von Dienstleistungen zu verwirklichen, was zugleich die Konfrontation mit staatlichen Oligarchien, die die Entwicklung lokaler Wirtschaften unterdrücken, beinhaltet. Die staatlichen Oligarchien bestehen im Kommunikationssektor, im Bankensektor, im Versicherungssektor und in vielen anderen Bereichen. Es muss konkret versucht werden, hier eine Linie zu den öffentlichen Diensten zu ziehen, die natürlich in der Verantwortung des Nationalstaates liegen müssen.

Drittens folgt ein Punkt, der bisher noch nicht angesprochen wurde: Wir befinden uns nun in der Ära des Vertrags von Lissabon, und ich fordere daher die Kommission auf, wie unsere Kompromiss-EntschlieÙung auch das interinstitutionelle Abkommen zu überprüfen.

In den Beziehungen zwischen dem Parlament und der Kommission müssen wir einen ganz neuen „*Modus Vivendi*“ entwickeln, damit das Parlament jederzeit auf dem neusten Stand in Bezug auf alle Verhandlungen und die verschiedenen Verhandlungsphasen ist und es eine ganzheitliche und verantwortungsvolle teilnehmenden Rolle übernehmen kann, wie dies bereits in anderen, aber ähnlichen Verhandlungen mit EU-Beitrittsländern der Fall ist.

**Jacky Hénin (GUE/NGL).** – (FR) Herr Präsident, am 5. Dezember führte der Ökonom und Nobelpreisträger Maurice Allais aus, dass die eigentlichen Ursachen der Krise in der Welthandelsorganisation lägen und dass

dringend eine Reform erforderlich sei. Seiner Analyse zufolge ist die derzeitige Massenarbeitslosigkeit auf die vollständige Liberalisierung des Handels zurückzuführen, einer Liberalisierung, die nur den Reichen dient.

Die WTO, die G20 und die Kommission, die sich dem Leiden der Menschen taub stellen, beharren darauf, ausschließlich der internationalen Finanz und den großen kapitalistischen multinationalen Unternehmen gefällig zu sein. Dabei möchten sie die Doha-Runde um jeden Preis zum Abschluss bringen und erklären dem Protektionismus einen absurden Krieg. Um dies zu erreichen, zögern sie nicht, die Wirtschaftsgeschichte zu verfälschen, indem sie die Krise von 1929 und den Zweiten Weltkrieg auf den Protektionismus zurückführen. Sie treiben den skandalösen Zynismus auf die Spitze, indem sie behaupten, sie würden dies im Interesse der ärmsten Länder tun.

Wie Maurice Allais und klarsichtige Ökonomen aufzeigten, führt die vollständige Handelsliberalisierung zu einem Wettbewerb, der jeden gegen jeden aufbringt, und zu Delokalisierungen, die zum Einfrieren der Gehälter, Massenarbeitslosigkeit und zu einer Krise in unseren Wirtschaften führen. Wenn wir nicht reagieren, wird der universelle Freihandel ebenso schnell wie die Erderwärmung unsere Zivilisation zerstören.

Es ist für uns dringend erforderlich, den Weg eines moderaten Protektionismus zu beschreiten, der angemessen, sozial und gerecht ist und für verschiedene Völker und Kontinente eine gegenseitig nutzbringende Zusammenarbeit darstellt.

**Hans-Peter Martin (NI).** - Herr Präsident! Wir brauchen eine Revolution der Demokratie. Ich erinnere mich sehr gut daran, dass die Debatten, wie wir sie heute hören, schon vor zehn Jahren in diesem Hause begonnen haben. Ich würde Ihnen, Frau Kommissarin, dringend ans Herz legen, sich vor allen Dingen das, was von Harlem Désir kommt, aber auch von den Grünen und einigen linken Abgeordneten, wirklich ins Stammbuch zu schreiben.

Merken Sie denn nicht, dass wir mit dem Ansatz, mit dem die Europäische Union da in die Verhandlungen gegangen ist, nicht als redlicher Makler die Schieflage beseitigen können, in Verbindung mit dem, was wir derzeit in diesen Stunden und Tagen in Kopenhagen erleben, dass wir in Wirklichkeit einen neuen Ansatz brauchen? Die Entwicklungsländer sind in vielem, was sie heute tun, keine Entwicklungsländer mehr. Sie sind Schwellenländer, entwickelte Länder und sehr selbstbewusst. Wenn es da nicht von europäischer Seite gelingt, mit fairen Vorgaben einen Neustart zu wagen, dann landen wir dort, wo wir nicht hin wollen, nämlich beim Protektionismus und bei 1933 und den Jahren danach auch in Europa.

**George Sabin Cutaş (S&D).** – (RO) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, ich möchte keine Auseinandersetzung mit einigen meiner Abgeordnetenkollegen, die vor mir das Wort ergriffen haben; doch meiner Ansicht nach ist die Rolle der Welthandelsorganisation wichtiger geworden, da die bestehenden Verflechtungen im wirtschaftlichen Umfeld eine multilaterale Institution erforderlich machen, die die Handelspraktiken überwacht.

Die Welthandelsorganisation wird über die Doha-Entwicklungsagenda die Bedingungen für den Welthandel und Investitionen durch die Anwendung klarer Regeln verbessern. Angesichts der wichtigen Rolle, die der Doha-Entwicklungsagenda in Bezug auf Wirtschaftswachstum und die Reduzierung von Arbeitslosigkeit und Armut zukommt, sollte die Agenda meiner Ansicht nach im Jahresverlauf 2010 zum Abschluss gebracht und weiterhin an den Entwicklungskriterien als zentrale Säulen der Agenda festgehalten werden. Die Agenda kann dann ein tragfähiger Rahmen für die Koordinierung der Aktivitäten zahlreicher wirtschaftlicher Akteure werden und dazu beitragen, dass wir einen Weg aus der Rezession finden und einen wirtschaftlichen Wiederaufbau einleiten können.

Zum Schluss möchte ich empfehlen, dass die Europäische Kommission das Europäische Parlament regelmäßig über die einzelnen Verhandlungsphasen der Doha-Entwicklungsagenda in Kenntnis setzt.

**Paul Rübig (PPE).** - Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich möchte mich vor allem bei der Kommissarin bedanken, dass sie in Genf bei den Verhandlungen sehr klar die Vorstellungen der Europäischen Union auf den Tisch gelegt hat, weil es natürlich bei uns in der Doha-Runde darum geht, der Weltwirtschaft, die sich in der Krise befindet, neue Rahmenbedingungen zu geben.

Ich glaube, es ist nicht so leicht, dass 153 Staaten hier eine dementsprechende einstimmige gemeinsame Lösung ausarbeiten, aber gerade für die kleinen und mittleren Betriebe, die ja das Rückgrad der europäischen Wirtschaft darstellen, sind natürlich die Handelserleichterungen einer der wichtigsten Punkte, die wir durchsetzen müssen, wollen wir auch in Zukunft weltweit ein Wirtschaftswachstum von 2-3 % ermöglichen,

um die Beschäftigung nicht nur bei uns in Europa, sondern auch in den vielen armen Ländern dieser Welt gewährleisten zu können.

Deshalb ist es auch wichtig, dass wir unsere Produkte, die bei uns produziert werden, gerade in der Landwirtschaft, durch die Herkunftsbezeichnungen schützen, damit die Wertschöpfung vor Ort auch dementsprechend genutzt werden kann.

**Marc Tarabella (S&D).** – (FR) Herr Präsident, zunächst möchte ich über eine besorgniserregende Tatsache berichten und eine mögliche Abhilfe dafür vorschlagen.

Zunächst besteht die besorgniserregende Tatsache darin, dass, wie mir zur Kenntnis gekommen ist, die WTO kläglich bei der Erfüllung ihres Ziel zu versagen droht, für das sie ins Leben gerufen und eingerichtet wurde, nämlich der Armutsbekämpfung – in den ärmsten Ländern –, wie hier bereits mehrfach betont wurde. Gegenwärtig leiden eine Milliarde Menschen unter Mangelernährung, von denen paradoxerweise 700 Millionen Landwirte sind.

Aus der Sicht der Landwirtschaft besteht die Abhilfe darin, dass wir zweifelsohne die Monokultur, die auf den Export ausgerichtet ist, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent einstellen müssen und, anstatt dem internationalen Handel Priorität einzuräumen, der Selbstversorgung in diesen Ländern den Vorrang geben müssen.

Entweder machen wir so weiter wie bisher und der afrikanische Kontinent wird untergehen, oder wir verändern radikal die Richtung und können insbesondere in Afrika wieder aufatmen, was, wie gesagt, vor allem durch die Selbstversorgung möglich wird, die vor dem internationalen Handel Vorrang haben muss.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL).** – (PT) Es ist an der Zeit, die Prioritäten im internationalen Handel neu festzulegen und dem Freihandel eine Absage zu erteilen aufgrund des negativen Beitrags, den er zur Finanz-, Wirtschafts-, Ernährungs- und sozialen Krise, unter der die Menschen nun leiden, geleistet hat und die zu einer Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut geführt hat. Der Freihandel bedient lediglich die Interessen der wohlhabendsten Länder und der größten wirtschaftlichen und finanziellen Unternehmen.

In den Verhandlungen muss ein tiefgreifender Wandel vollzogen werden, der Entwicklung und sozialem Aufstieg, der Schaffung von mit Rechten verbundenen Arbeitsplätzen und dem Kampf gegen Hunger und Armut Priorität einräumen muss. Dies bedeutet die Abschaffung von Steuerparadiesen, Investitionen in die Ernährungssouveränität und Sicherheit, die Unterstützung von hochwertigen öffentlichen Diensten und die Anerkennung des Rechts von Regierungen auf die Erhaltung ihrer eigenen Volkswirtschaften und öffentlichen Dienste, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung, Kultur, Kommunikation und Energie.

**Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, ich möchte mich zu dem, was einer der verehrten Abgeordneten gesagt hat, äußern, nämlich, dass die Europäische Union die Rolle des ehrlichen Vermittlers in diesen Verhandlungen übernehmen sollte. Ich lehne dies nicht ab, doch möchte ich nicht, dass die Europäische Union der einzige Banker in dieser Runde ist.

Es ist eine allgemein anerkannte Tatsache, dass die Europäische Union eine entscheidende Rolle gespielt hat, um die Dynamik in Gang zu halten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass wir uns in vorhergehenden Runden aufgrund unseres Agrarsektors in einer sehr schwachen Position befanden und dass das in diesen Verhandlungen nicht der Fall ist. Wir haben ein attraktives Angebot auf den Tisch gelegt, wodurch wir uns jetzt in einer günstigen Lage befinden..

Ich muss jedoch darauf hinweisen – nicht nur hier, sondern ich habe es auch anderswo wie beispielsweise bei den Verhandlungen in Genf getan –, dass die Europäische Union keine weiteren Konzessionen zur Landwirtschaft machen wird. Wir sind anerkanntermaßen bis an das Äußerste unseres Handlungsspielraums gegangen.

Die Doha-Entwicklungsrunde war sicherlich als Entwicklungsrunde gedacht. Für meine Begriffe zeigt der Verhandlungstext, der nun auf dem Tisch liegt, dass wir mit einem Abschluss dieser Runde unsere Entwicklungsversprechen tatsächlich einlösen würden. Die Verpflichtungen zur Marktöffnung der Entwicklungsländer entsprechen beispielsweise nicht denjenigen der Industrieländer, und die ärmsten Länder – die am wenigsten entwickelten Länder – sind in keiner Weise verpflichtet, ihre Märkte zu öffnen. Die Europäische Union hat diesen flexiblen Ansatz unterstützt.

Derzeit ist die Europäische Union der einzige industrialisierte Länderblock, der seine Märkte für die am wenigsten entwickelten Länder zollfrei, ohne Quotenregelungen und in allen Bereichen zugänglich geöffnet hat. Keines der anderen Industrieländer ist so weit gegangen wie wir. Doch diese Blocks werden gezwungen sein, das Gleiche zu unternehmen, wenn wir diese Runde abschließen können.

In Bezug darauf, ob das Abkommen gut genug ist; Ich denke, in der Lage zu sein, einen Konsens zwischen mehr als 150 verschiedenen Ländern mit völlig unterschiedlichen Ansätzen zu erzielen, muss wahrscheinlich bedeuten, dass die Erzielung einer optimalen Lösung nicht möglich sein wird. Doch die von der Europäischen Union vorgelegten Angebote sind tragfähig und werden dem Welthandel sicherlich zuträglich sein.

Zum Abschluss möchte ich erneut auf die Bereitschaft und die Offenheit der Kommission in Bezug auf die neue Rolle hinweisen, die dem Parlament in Zukunft bei der Zusammenarbeit und Transparenz innerhalb der Diskussionen zukommt, die wir mit Sicherheit zu Handelsthemen führen werden.

**Der Präsident.** Die Aussprache wird geschlossen.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)*

**Filip Kaczmarek (PPE), schriftlich.** – (PL) Meine Damen und Herren, der Handel kann die Grundlage für eine anhaltende und gerechte Entwicklung sein. Wir werden die Armut und den Hunger in der Welt nicht ohne Hilfe des Marktes beseitigen können. Diejenigen, die diesem nicht zustimmen, verurteilen die Armen zu einem fortwährenden Rückgriff auf Hilfeleistungen, einer dauerhaften Abhängigkeit und einer permanent unsicheren Zukunftsperspektive. Nur durch den Aufbau einer echten Marktwirtschaft können die armen Länder und ihre Bevölkerung aus der Falle der modernen Abhängigkeit befreit werden. Die Globalisierung kann ein Segen darstellen und muss kein Fluch sein. Die Aussetzung der Verhandlungen in der Doha-Entwicklungsrunde der Welthandelsorganisation hat in erster Linie den Entwicklungsländern geschadet. Dies ist umso besorgniserregender, als dies zu Zeiten von Nahrungs-, Öl- und Wirtschaftskrisen geschehen ist. Es muss alles Erdenkliche getan werden, um das Vertrauen in das multilaterale Handelssystem wiederherzustellen. Kann keine Lösung für dieses Problem gefunden werden, wird sich die Lage der ausgeschlossenen und von Verarmung bedrohten Länder nicht verbessern. Ich danke Ihnen sehr.

**Tokia Saïfi (PPE), schriftlich.** – (FR) Der Abschluss der Doha-Runde ist weiterhin problematisch, und die Siebte Ministerkonferenz, die in Genf Anfang Dezember abgehalten wurde, konnte nicht die Voraussetzungen für eine Festigung des multilateralen Rahmens für den internationalen Handel schaffen. Tatsächlich sind die Bemühungen der WTO für den weltweiten Konjunkturaufschwung von entscheidender Bedeutung. Die Welt nach der Krise, die von Interdependenzen geprägt sein wird, wird sich gegen wirtschaftlichen Nationalismus und übermäßigen Protektionismus schützen müssen, indem sie ihr Augenmerk auf die Regulierung und die Erhaltung eines fairen Handelsumfelds lenkt. Heute müssen wir mehr denn je daran denken, dass unser Ziel in einem ehrgeizigen und ausgewogenen Abschluss der Doha-Runde besteht. Durch ihre konstruktiven Vorschläge zum Agrarteilbetrag (zahlreiche Konzessionen und eine tiefgreifende Reform der GAP) hat die Europäische Union einen wichtigen Beitrag geleistet, der sie einem Abkommen näher rückt. Diese zahlreichen Konzessionen müssen nun durch Fortschritte hinsichtlich des Marktzugangs für nicht agrarische Produkte (NAMA) und Dienstleistungen angepasst werden. Bei der WTO handelt es sich um ein internationales Organ, mit dessen Hilfe Ungleichheiten bekämpft und die Handelskapazitäten von Entwicklungsländern gesteigert werden können. Trotzdem muss die Organisation reformfähig sein und die Interdependenzen zwischen dem Handel und nachhaltiger Entwicklung berücksichtigen können.

## **17. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: SE/Volvo - AT/Steiermark - NL/Heijmans (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Der nächste Punkt ist der Bericht (A7-0079/2009) von Reimer Böge im Namen des Haushaltsausschusses zur Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Schweden - Volvo; Österreich - Steiermark; Niederlande - Heijmans (COM(2009)0602 - C7-0254/2009 - 2009/2183(BUD)).

**Reimer Böge, Berichterstatter.** – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, wir diskutieren heute wieder einen Vorschlag zur Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Die Zeitabstände zwischen solchen Berichten werden immer kürzer. Dieses Mal geht es um Anträge aus Schweden und Österreich im Zusammenhang mit Entlassungen in der Automobilbranche und aus den Niederlanden im Zusammenhang mit Entlassungen im Baugewerbe.

Ich will nochmals in Erinnerung rufen, dass dieser Fonds mit einer maximalen Ausstattung von 500 Millionen Euro pro Jahr ausschließlich dazu dient, Arbeitnehmern zu helfen, die von den Folgen weitreichender Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge betroffen sind, und ausschließlich ihnen durch Weiterbildung, Ausbildung und die Chance, wieder eine entsprechende Arbeit zu bekommen, Unterstützung zukommen zu lassen.

Für uns ist in dem Zusammenhang noch einmal ganz generell wichtig, zu betonen, dass wir in Zukunft doch Einzelvorschläge bzw. Einzelberichte vorliegen haben sollten, und nicht Pakete zur Mobilisierung des Globalisierungsfonds, wie es in diesem Fall hoffentlich zum letzten Mal der Fall gewesen ist.

Wir weisen nochmals darauf hin, dass die Unterstützung aus dem Globalisierungsfonds nicht an die Stelle von Maßnahmen treten soll, die aufgrund des nationalen Rechts oder aufgrund von Tarifverträgen in die Verantwortung der Unternehmen fallen, oder an die Stelle von Maßnahmen zur Umstrukturierung von Unternehmen oder Sektoren treten darf. Nach wie vor bleibt es für uns ein kritischer Punkt – und da wird auch der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten wohl nicht nachlassen –, dass offenkundig systematisch Zahlungsmächtigungen aus dem Sozialfonds der Europäischen Union übertragen werden, denn der Europäische Globalisierungsfonds ist letztendlich ein gesondertes spezielles Instrument mit eigener Zielsetzung und mit eigenen Fristen.

Es geht bei diesen drei Anträgen, über die wir heute sprechen und über die wir in dieser Woche zu befinden haben, insgesamt um ein Gesamtvolumen von 15,9 Millionen Euro. Dabei stützen sich der schwedische und der niederländische Antrag auf Artikel 2a der Rechtsgrundlage, nämlich mindestens 500 Entlassungen in einem Unternehmen in einem Mitgliedstaat innerhalb eines Zeitraums von vier Monaten. Der österreichische Antrag stützt sich auf Artikel 2b, mindestens 500 Entlassungen innerhalb eines Zeitraums von neun Monaten insbesondere in Klein- und Mittelunternehmen. Wie gesagt, der schwedische Antrag betrifft insgesamt 4 687 Entlassungen beim Automobilhersteller Volvo und bei 23 Zulieferern und nachgeschalteten Herstellern. Schweden hat dafür 9,8 Millionen aus dem Fonds beantragt.

Der österreichische Antrag betrifft 744 Entlassungen in neun Unternehmen, wobei für 400 der entlassenen Arbeitnehmer eine Unterstützung aus dem Europäischen Globalisierungsfonds gewährt werden soll. Österreich hat hierfür 5,7 Millionen Euro beantragt. Der vorliegende niederländische Antrag betrifft 570 Entlassungen in einem einzigen Unternehmen – Heijmans –, wobei für 435 entlassene Arbeitnehmer eine Unterstützung gewährt werden soll mit einer Gesamtsumme von etwa 386 000 Euro.

Nach den Bewertungen der Kommission, denen wir uns nach sorgfältiger Prüfung auch anschließen können, erfüllen die Anträge die aufgestellten Förderkriterien. Ohne möglicherweise Kollegen des Beschäftigungsausschusses vorgreifen zu wollen, will ich doch darauf hinweisen, dass der Beschäftigungsausschuss, wie es in dem Verfahren hier auch so vereinbart worden ist, vor der Entscheidung des Haushaltsausschusses eine Stellungnahme abgibt und sehr sorgfältig auch in die Details hineingeht. Er hat beispielsweise beim schwedischen Fall klargestellt, dass von den 4 687 genannten nur 1 500 in die Hilfe hineinkommen sollen.

Beim Fall Heijmans ist beispielsweise festzustellen, dass es zu weiteren 400 Entlassungen gekommen ist, hauptsächlich Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen, die nicht in dem Antrag berücksichtigt worden sind. Insofern gibt es immer wieder Einzelfragen, die hier zu Recht zu stellen sind, die aber nicht davon abhalten sollen, dass wir generell grünes Licht für die Genehmigung dieser beantragten Mittel geben sollten.

**Vladimír Špidla**, Mitglied der Kommission. – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren des Europäischen Parlaments, ich möchte den Berichterstattern für die Unterstützung des von der Kommission eingebrachten Vorschlags danken, der sich auf die Bereitstellung von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung als Reaktion auf die Entlassungen in der Automobilbranche in Schweden und Österreich und im Bausektor in den Niederlanden bezieht.

Herr Böge, Ihre Unterstützung war begleitet von zahlreichen Anmerkungen. Ich möchte auf insbesondere zwei haushaltstechnische Aspekte zurückkommen, die ich bereits in einer vorherigen Aussprache erörtert habe.

Der Punkt zum Haushalt, den Sie aufwerfen, bezieht sich auf Finanzierungsquellen. Sie sagen uns, dass der Europäische Sozialfonds nicht die einzige Finanzierungsquelle sein kann. Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ist aus Haushaltssicht ein spezielles Instrument, das nicht über eigene Quellen verfügt. Mittel müssen vor ihrer Bereitstellung zunächst übertragen werden, was zunächst bedeutet, dass Haushaltsposten, die angemessene Möglichkeiten bieten, identifiziert werden müssen und dass in einem

zweiten Schritt den Haushaltsbehörden der Vorschlag unterbreitet wird, diese identifizierten Beträge über einen Änderungsantrag zum Haushaltsplan bereitzustellen. Dieser Vorgang wird fallweise und je nach Bedarf durchgeführt.

Es ist richtig, dass der Europäische Sozialfonds bislang die Hauptfinanzierungsquelle war. Dies ist nicht allein auf die ähnliche Ausrichtung dieses Fonds zurückzuführen. Im Wesentlichen liegt es daran, dass der Fonds über erhebliche Mittel verfügt. 2009 standen dem Europäischen Sozialfonds Mittel in Höhe von fast 11 Mrd. EUR für Zahlungen zur Verfügung. Bis Ende November wurden 6 Mrd. EUR des Gesamtbetrags genutzt. Das gesamte Zahlungsvolumen an den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung beläuft sich 2009 auf 53 Mio. EUR, was 0,5% der zugewiesenen Haushaltsmittel des Europäischen Sozialfonds entspricht. Bis zum heutigen Tage hat die von uns ausgewählte Methode, die in bestimmter Hinsicht und im Vergleich zu anderen Methoden logischer und einfacher anzuwenden war, die Erfüllung der Ziele des Europäischen Sozialfonds weder verzögert noch gefährdet. Trotzdem stimme ich zu, dass es erforderlich ist, die Finanzierungsquellen zu diversifizieren, und ich kann Ihnen versichern, dass die Kommission dieses Thema angeht. Daher hoffe ich, dass wir Ihnen beim nächsten Mal eine Reihe von möglichen Szenarien vorstellen können.

Der zweite Punkt, den Sie ansprechen, ist nicht ausschließlich haushaltsbezogen, sondern bezieht sich eher auf die Entscheidungsfindung, da Sie darum bitten, dass die Kommission ihre Anträge für die Mittelbereitstellung aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung als Einzeldokumente einreicht. Die Kommission ist sich den Vorteilen dieser fallweisen Herangehensweise bewusst, die beispielsweise das Risiko geheimer Vereinbarungen oder Sicherheiten vollständig ausschließen würde. Die ursprünglich angewandte Methode entsprach einer völlig üblichen Vorgehensweise, die bis zu einem gewissen Grad die verwaltungstechnische Handhabung der Probleme erleichterte. Meiner Ansicht nach sind die pragmatischen und politischen Grundsätze eher für einen fallweisen Ansatz von Vorteil, und die Kommission wird diese Methode von nun an anwenden.

**Lambert van Nistelrooij**, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (NL) Herr Präsident, ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen. Mit seinem Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, einem sehr speziellen, maßgeschneiderten Instrument, lässt Europa auf Worte Taten folgen. Die Massenentlassung von mehr als 700 festangestellten Arbeitnehmern der niederländischen Baufirma Heijmans N. V. – ganz zu schweigen von der Anzahl von Entlassungen im Ausland, wie beispielsweise in Belgien oder im Vereinigten Königreich – verlangt eine zielgerichtete Aktion. Der Bausektor hat in der Region Brabant, die auch meine Heimatregion ist, einen hohen Stellenwert, und die Auswirkungen dieser Art von Massenentlassungen sind weit über die Region hinaus spürbar.

Die Maßnahmen Europas sind zu Recht auf die Bewahrung von Kenntnissen und Fähigkeiten ausgerichtet. Die Krise hat dazu geführt, dass Menschen nun ihre Arbeitsplätze verlieren, obwohl uns die Erfahrung gelehrt hat, dass es einen großen Mangel an Fachkräften insbesondere im Bauwesen gibt. Eine Mobilitätszentrale und die Erhaltung von Sachkenntnis und, wo möglich, von Arbeitsplätzen, ist für Heijmans daher ein geeignetes Instrument. Die niederländischen Ministerien und auch die regionalen Behörden, wie beispielsweise in der Provinz Nord-Brabant, bemühen sich nun, zielgerichtete Investitionen in Projekte, Infrastruktur und Bauwesen zu beschleunigen. Wir versuchen auf diese Weise den Menschen, die arbeitslos werden, zu vermitteln, dass wir auch in finanzieller Hinsicht aktiven Einsatz zeigen.

Ich möchte nochmals und insbesondere in dieser Woche, vor dem Hintergrund von Kopenhagen, darauf hinweisen, dass insbesondere ein dringender Bedarf an Energieversorgung und Energiemaßnahmen in den Bereichen Bau und auch Transport besteht. Wir haben die Regelungen im Parlament auf anderen Gebieten geändert – ich möchte diesbezüglich auf die beschleunigten Auszahlungen und Vorschüsse aus den Regionalfonds hinweisen – und deshalb sollte ein aktiver Beitrag durch das Parlament unterstützt werden. Einem Unternehmen wie Heijmans, das immer auf Fortbestand und Qualität gesetzt hat, würde dies zugute kommen. In diesem Sinne haben die drei Vorschläge, insbesondere der in Bezug auf Heijmans, unsere volle Unterstützung.

**Frédéric Daerden**, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Anträge an den Fonds werden immer häufiger. Der Hauptgrund dafür liegt in der Wirtschaftskrise, in der sich unser Kontinent derzeit befindet.

Die Krise wirkt sich auf die grundlegenden Sektoren der europäischen Industrie aus, wie diese drei letzten Anträge der Automobil- und Baubranche bewiesen haben und denen stattgegeben wurde.

Ich möchte diese Gelegenheit dazu nutzen, Sie daran zu erinnern, dass vielen dieser derzeit bei uns eingehenden Anträge ohne die letzte Überprüfung der den Fonds regelnden Verordnung aus rechtlicher Sicht nicht hätte stattgegeben werden können.

Dies zeigt, dass angesichts der Krise innerhalb der Institution des Europäischen Parlaments, wenn politisches Wohlwollen vorhanden ist, unseren Mitbürgern wertvolle politische Instrumente bereitgestellt werden. Ein politischer guter Wille kann weiterhin etwas bewirken, da ich nach Lesen des Berichts von Herrn Böge finde, dass dieser die wesentlichen Punkte zur Verbesserung der Funktionsweise des Fonds enthält, die da wären: Beschleunigung der Bearbeitung von Anträgen, um auf die Krise reagieren zu können, Wegfall der gemeinsamen Vorlage von Anträgen und Einsatz von Mitteln, die nicht aus dem Europäischen Sozialfonds stammen.

Zum letzten Punkt bestünde die beste Lösung darin, dem Fonds wie anderen Fonds eigenrechtliche Zahlungsermächtigungen zu erteilen. Die Position des Rates zu diesem Thema ist jedoch bekannt, und ich kann vollkommen die Ausführungen der Kommissarin nachvollziehen.

Ich freue mich über die Konvergenz des guten Willens. In dieser Hinsicht habe ich keinerlei Zweifel, dass der unbestrittene Nutzen dieses Fonds zusammen mit der Bereitschaft des Parlaments dazu führen wird, dass wir unsere Ziele zur Stärkung des Fonds erreichen werden.

**Marian Harkin**, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ist eine konkrete Umsetzung der Solidarität mit Arbeitnehmern, die aufgrund umfassender struktureller Veränderungen des Welthandels arbeitslos geworden sind.

Als Mitglieder dieses Parlaments können wir einigermaßen zufrieden sein, dass wir einige der unmittelbaren Auswirkungen von Entlassungen für diese Arbeitnehmer abschwächen und ihnen indes Hoffnung für die Zukunft geben können.

Unsere Rolle sollte jedoch nicht nur darin bestehen, diesen Fonds zu bewilligen. Wir sind verpflichtet, unser Bestes zu tun, um zunächst sicherzustellen, dass alle Kriterien erfüllt werden, aber wir müssen zudem alles in unserer Macht Stehende tun, damit der Globalisierungsfonds Mehrwert sicherstellt.

Eines der wichtigen Themen, die der Ausschuss für Beschäftigung angesprochen hat, ist, dass die von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Maßnahmen andere von den Strukturfonds kofinanzierte Maßnahmen ergänzen. Hierzu benötigen wir mehr als nur eine einfache Bestätigung der Sachlage. Es muss veranschaulicht werden, dass dies der Fall ist, da dies zur Gewährleistung des Mehrwerts, von dem ich sprach, beiträgt.

Dieser Mehrwert ergibt sich auch aus der Tatsache, dass der EGF nicht die Maßnahmen ersetzt, die in der Verantwortung von Unternehmen liegen, sondern dass diese eine wertvolle Ergänzung zu den Maßnahmen leisten, die auf staatlicher Ebene ergriffen werden.

Während wir den Mehrwert des Fonds im Verfahren der mehrjährigen Überprüfung des Rahmenhaushalts 2007-2013 bewerten, sollte dies für meine Begriffe ein anhaltender Prozess sein. Zudem müssen wir in diesem Bereich wachsam sein.

Ein anderer Punkt, der mir wichtig erscheint, ist die Umsetzung der Gleichstellung von Männern und Frauen sowie die Nichtdiskriminierung im Rahmen des Fonds.

Ich habe mich kurz mit der geschlechtsspezifischen Aufteilung der drei Hilfsprogramme beschäftigt: Sie sind zu jeweils 91%, 72% und 79% auf Männer ausgerichtet. Zudem habe ich auch einige andere Programme, die wir vor diesem finanziert haben, geprüft, und es scheint Zeichen dafür zu geben, dass ein größerer Anteil der Finanzierung männlichen entlassenen Arbeitnehmern zugeht. Hierbei kann es sich um eine statistische Abweichung handeln oder um eine Situation, in der aus irgendwelchen Gründen mehr Anträge für männliche Arbeitnehmer gestellt wurden.

Schließlich müssen alle Anträge sorgfältig ausgewertet werden, weil es wesentlich ist, dass die Hilfe so schnell und so effizient wie möglich zur Verfügung gestellt wird.

**Marije Cornelissen**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – (NL) Herr Präsident, ich möchte von vornherein klarstellen, dass wir die Anwendung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) für diese drei Anträge befürworten können. Diese Anträge erfüllen die Kriterien und die entlassenen Arbeitnehmer haben Anspruch auf Unterstützung durch diesen Fonds.

Ich möchte dennoch die Gelegenheit nutzen, um die Aufmerksamkeit auf ein bedeutendes Defizit des EGF zu ziehen. Gegenwärtig entwickeln wir eine gemeinsame Vision der zukünftigen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in Europa. Die verschiedenen politischen Gruppierungen in diesem Haus sind sich vielleicht nicht in allen Punkten einig, wie im Einzelnen oder über welchen Zeitraum dies geschehen soll, doch in den Grundzügen herrscht eine vertretbare Übereinstimmung. Es sind mehr Nachhaltigkeit und mehr Integration erforderlich. Wenn wir diese Ziele erreichen wollen, müssen wir die Gelegenheiten jetzt nutzen. Genau zu diesem Zeitpunkt müssen wir beim Angehen der Krise Maßnahmen ergreifen, die uns dieser nachhaltigen Wirtschaft näher bringen.

Meiner Meinung nach vergeuden wir einige Chancen mit der gegenwärtigen Inanspruchnahme des EGF. Es ist eine Schande, dass der Fonds als eines unserer Instrumente zur Krisenbewältigung nicht die Weichen für die Zukunft stellt. Es darf uns nicht an Mut fehlen, echte Entscheidungen zu treffen. Wenn sichergestellt werden kann, dass Menschen, die ihre Arbeitsstelle in umweltverschmutzenden Industrien wie der Automobilindustrie verlieren, für Berufe in nachhaltigen Sektoren umgeschult werden können und somit der Blick auf die Zukunft gerichtet wird, anstatt in der Vergangenheit verhaftet zu bleiben, wird dies deutlich machen, in welche Richtung wir gehen möchten. Zudem wird es uns der innovativen, integrierenden und nachhaltigen Wirtschaft ein wenig näher bringen.

**Hynek Fajmon**, *im Namen der ECR-Fraktion.* – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren, heute erörtern wir weitere Fälle, die die Freistellung von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung beinhalten. Hierbei stellt sich die Frage, ob Gelder vorhanden sind, um die Anträge der Regierungen von Schweden, Österreich und den Niederlanden in Verbindung mit Entlassungen in Unternehmen der Automobil- und Baubranche erfüllen zu können. In der Vergangenheit habe wir eine Anzahl ähnlicher Beiträge gewährt. Für meine Begriffe handelt es sich hierbei jedoch um eine falsche Maßnahme, und die Europäische Union sollte nicht weiter daran festhalten. Ich möchte zwei Gründe vorbringen, um diesen Standpunkt zu stützen.

Zunächst ist dies eine ungerechte Maßnahme. Globalisierung oder vielmehr der Wettbewerbsdruck betrifft fast alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kleinerer Unternehmen in der EU. Jeden Tag gehen daher in Europa Arbeitsplätze verloren und neue werden geschaffen. Die Unterstützung bei Entlassungen wird in der EU jedoch auf europäischer Ebene nur im Fall von Großunternehmen gewährt, wenn die Anzahl der Entlassungen ausreichend hoch ist. Menschen, die ihre Arbeitsstelle in kleineren Unternehmen verlieren, haben keinen Anspruch auf diese Art von Unterstützung, weshalb es sich hierbei um eine selektive und letzten Endes ungerechte Maßnahme handelt.

Zweitens sollte für dieses Thema eine Lösung auf staatlicher Ebene gefunden werden, da auf dieser Ebene ausreichend Mittel, Informationen und politische Maßnahmen zur Verfügung stehen.

**Miguel Portas**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (PT) Herr Präsident, wir sollten zugunsten der Unterstützung für entlassene Arbeitnehmer in Schweden, Österreich und den Niederlanden stimmen. Jeder Antrag auf Inanspruchnahme dieses Fonds versetzt mich jedoch in Bezug auf dessen Gerechtigkeit und Effektivität in immer größeres Erstaunen.

Erstens, in Bezug auf Effektivität, hat der Fonds 2009 16 000 Arbeitnehmer unterstützt, was einem Tropfen auf den heißen Stein der Entlassungen darstellt, und 53 Mio. EUR aus den ihm zur Verfügung stehenden 500 Mio. EUR aufgewendet. Zweitens, was die Gerechtigkeit betrifft, warum wird ein schwedischer Beschäftigter in der Automobilbranche mit 6 500 EUR unterstützt, während ein Beschäftigter der Automobilbranche in Österreich 14 300 EUR erhält?

Wie kann ich dies einem portugiesischen Beschäftigten in der Textilbranche vermitteln, dessen Unterstützung sich auf lediglich 524 EUR belief, während sein katalanischer Kollege 2 000 EUR erhielt? Noch schlimmer: Warum erhalten beim niederländischen Antrag Arbeitnehmer mit befristetem Arbeitsvertrag keinerlei Unterstützung, obwohl sie am stärksten betroffen sind? Dieser Fonds darf nicht weiter dazu genutzt werden, die Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit zu vergrößern oder Ungleichheiten zwischen reichen und ärmeren Ländern am Rande zu verstärken.

**Marta Andreasen**, *im Namen der EFD-Fraktion.* – Herr Präsident, die Europäische Union hat Haushaltsinstrumente entwickelt, um Beschäftigten, die aufgrund umfassender struktureller Veränderungen im Welthandel von Entlassungen betroffen sind, Unterstützung bereitzustellen, wobei viele der Veränderungen von der Europäischen Union direkt oder indirekt beeinflusst wurden.



Dies ist jedoch ein fragmentarischer Ansatz. Die Weiterbildung derjenigen zu bezuschussen, die ihre Arbeitsstellen in bestimmten Industrien verloren haben, kann die Situation der besagten Industrien nicht verbessern, noch wird es dazu beitragen, eine alternative Industrie, die diese Arbeitskräfte aufnimmt, zu schaffen. Hier werden lediglich die Gelder von Steuerzahlern vergeudet. Wenn die Europäische Union Europa wirklich aus der Krise helfen will, sollte sie die Ursachen der Krise ermitteln und dagegen vorgehen. Die Union zieht es jedoch vor, als Wohlfahrtsverband angesehen zu werden, der die Armen rettet.

Natürlich erhält die Europäische Union durch diese Maßnahme die Unterstützung von den Betroffenen zurück. Darüber hinaus wird in dem Bericht und dem zur Abstimmung eingereichten Entschließungsantrag nicht der Umfang dieser Subvention angegeben, d. h. wie viele Industriebranchen und wie viele Unternehmen in einer bestimmten Industriebranche berücksichtigt werden. Besonders besorgniserregend ist, dass der Bericht die Erfordernis betont, die Auszahlungen dieser Subventionen zu beschleunigen, ohne auf die Notwendigkeit einzugehen, dass nachgewiesen werden muss, dass die Mittel die richtigen Menschen für den richtigen Zweck erreichen. Noch schlimmer ist, dass der Bericht keine laufende Überwachung der Auswirkungen dieser Subvention fordert, sondern diese Bewertung im Rahmen der allgemeinen Beurteilung der Programme innerhalb des Verfahrens des mehrjährigen Finanzrahmens 2007-2013 vorgenommen werden soll.

Meine sehr verehrten Kollegen, wir reden über die Gelder von Steuerzahlern, von denen viele ihren Arbeitsplatz verloren haben und nicht unterstützt werden, von denen viele mit schwerwiegenden finanziellen Engpässen zu kämpfen haben. Wie können wir ihr Geld derart geringschätzig behandeln? Ich werde diese Entschließung ablehnen und bitte Sie dringend, das Gleiche zu tun.

**Angelika Werthmann (NI).** - Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Europäische Union verfügt mit dem Globalisierungsfonds über ein Haushaltsinstrument, das die von den weitreichenden globalen Strukturveränderungen des Welthandelsgefüges betroffenen Arbeitnehmer finanziell unterstützt. Nun sind es auch Betroffene meiner Heimat, denen der Globalisierungsfonds direkte Hilfe bringt. Ich habe schon mehrmals darauf hingewiesen, dass der Globalisierungsfonds nicht als *Backup* von Multis missverstanden werden darf, sondern direkt die betroffenen Bürgerinnen und Bürger fördern muss. Deswegen befürworte ich Kontrollmechanismen, und wünsche mir regelmäßige Fortschrittsberichte aus der Steiermark. Dieser Fonds setzt genau dort an, wo es die Gesellschaft am meisten braucht, bei den Betroffenen selbst. Das ist ein positiver Beitrag der Europäischen Union für ihre Bürgerinnen und Bürger!

**Paul Rübzig (PPE).** - Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar! Es freut mich, dass wir heute darüber diskutieren, wie wir der globalen Krise und insbesondere der Arbeitslosigkeit entgegentreten können. Es trifft ja sehr viele unschuldige Betriebe, die ganz einfach zu wenige Aufträge haben, deshalb keine Umsätze erzielen und denen deshalb auch die Liquidität und damit die Bonität verloren gehen.

Ich bedanke mich, dass hier ein Fokus insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen gesetzt wurde. Ich glaube, dass eine Überbrückungshilfe von besonderer Bedeutung ist, damit sie weiterarbeiten können, und dementsprechend neue Chancen auf den Märkten nützen können. Und wir sollten das Ergebnis dieser Finanzierung genau analysieren, wo wir *best practice* angewandt haben, wo wir tatsächlich helfen konnten, Arbeitsplätze zu sichern und vor allem auch, wo es uns gelungen ist, Gekündigten so schnell und so effizient wie möglich eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

Es gilt jetzt, schnell zu helfen, deshalb unterstütze ich auch, dass die Mobilisierung so schnell wie möglich erfolgt, gerade in Österreich in der Steiermark, wo eine ganze Region im Automobilbau betroffen ist und wo es um viele Zulieferbetriebe geht, die natürlich eine besondere Bedeutung für die Infrastruktur haben. Ich glaube, dass es gut ist, dass diese 5,7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Ich würde aber darum bitten, dass in allen Fällen, die wir heute positiv bescheiden, eine Analyse gemacht wird, nämlich nicht nur, dass das Geld tatsächlich geflossen ist, sondern dass auch nachgewiesen wird, dass es zu einer Wiedereinstellung führt oder dass Betriebe neu gegründet werden und dass eine aktive wirtschaftliche Tätigkeit es in Zukunft ermöglicht, dieser Region auch wieder die Stärke zu geben, die sie bis jetzt gehabt hat. Ich bedanke mich beim Kommissar.

**Evelyn Regner (S&D).** - Herr Präsident! Der österreichische Antrag um Unterstützung aus dem EGF betrifft ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von insgesamt neun Automobilzulieferunternehmen in der Steiermark. Schaut man sich den Fall näher an, so ist sofort zu erkennen, dass es sich hier um einen klassischen Fall für den Europäischen Globalisierungsfonds handelt, nämlich Reparaturmedizin. Der EGF kann hier genau das leisten, weswegen er eingerichtet wurde, nämlich jenen Schutz bieten, die von den negativen

Folgen der Globalisierung direkt getroffen werden und die nun durch den abrupten Verlust des Arbeitsplatzes die Verantwortungslosigkeit von Finanzmarktjongleuren ausbaden müssen.

Die Steiermark zeichnet sich leider durch ihre große Abhängigkeit von der Nachfrage in der Automobilbranche aus. Das heißt, die ganze Region ist erschüttert, weil jetzt der Markt – insbesondere die Nachfrage nach Pkw – eingebrochen ist. Minus 59,4 % lautet die Zahl, was den Rückgang vom Pkw-Verkauf betrifft. Die 5,7 Millionen Euro sind in dem Zusammenhang eine ausgezeichnete Investition für die Wiedereingliederung gekündigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. Das heißt, diese Investition wird dazu dienen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in regionale Arbeitsstiftungen, nämlich die „Automotive“, zu schicken bzw. dient dazu, Orientierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen.

**VORSITZ: SILVANA KOCH-MEHRIN**

*Vizepräsidentin*

**Milan Cabrnoch (ECR).** – (CS) Sehr geehrte Damen und Herren, in dieser Woche müssen wir unsere Meinung zu einem Antrag der Europäischen Kommission, Finanzmittel aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung freizugeben, äußern, und zwar in drei Fällen: Schweden, den Niederlanden und Österreich. Wiederum müssen wir unglücklicherweise über drei nicht miteinander in Zusammenhang stehende und sehr unterschiedliche Fälle entscheiden.

Ich möchte unterstreichen, dass das Europäische Parlament bereits die Kommission in einem Fall ersucht hat, individuelle Anfragen zur Freigabe von Ressourcen getrennt vorzulegen und zu erörtern. Die Anträge beinhalten wiederum eine ganze Reihe von Unklarheiten. Im Falle des schwedischen Antrags ist es zum Beispiel nicht klar, wie hoch der Betrag der verwendeten Geldmittel sein wird, und im österreichischen Antrag ist die Höhe der Geldmittel für jede Person, die einen Arbeitsplatz verliert, einfach erschreckend. Obwohl bei früheren Projekten Beträge mehrerer Hundert EUR pro Person beantragt wurden, verlangt Österreich jetzt 14 300 EUR für jede arbeitslose Person. Wir sind weiterhin nicht davon überzeugt, dass die Anträge mit den Zielen übereinstimmen, für die der Globalisierungsfonds geschaffen wurde, und wir unterstützen daher die Freigabe dieser Mittel nicht.

**Paul Rübigen (PPE).** - Frau Präsidentin! Ich möchte die blaue Karte nur zu einer Richtigstellung nutzen. Die Unterstützung in Österreich wird nicht nur für eine Person gewährt.

**Franz Obermayr (NI).** - Frau Präsidentin! Sie sehen, offensichtlich ein österreichisches Thema und die Steiermark, eines unserer stark betroffenen Bundesländer, liegt uns sehr am Herzen, mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil der Bevölkerung in der Automobilbranche einerseits, und natürlich geht auch ein überdurchschnittlich hoher Anteil dieser Produkte in den Export. Durch den weltweiten Rückgang der Nachfrage kam es insgesamt zu den bereits erwähnten 744 Entlassungen, und wir sind sehr froh darüber, dass 400 von den Betroffenen durch den EGF unterstützt werden. Das ist sehr zu begrüßen.

Es geht – und das muss auch im Zusammenhang mit der Aussage des Vorredners klargestellt werden – hier nicht nur um Subventionen für eine schlichte Umstrukturierung, es geht hier um die Unterstützung der einzelnen Arbeitnehmer in Form von Zuschüssen für die Lebenshaltungskosten sowie Maßnahmen zur Weiterbildung. Ich schließe mich dabei der Kollegin Cornelissen an, die gesagt hat, hier muss besonders zukunftsorientiert weitergebildet werden. Es müssen künftig besser ausgebildete Arbeitnehmer tätig sein, und Umschulung in den Bereichen Technik und erneuerbare Energien ist sicher ein wertvoller Schritt. Die Steiermark wird sich sicher dafür einsetzen.

**Gunnar Hökmark (PPE).** – (SV) Frau Präsidentin, in einer Aussprache wie dieser ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass es die Globalisierung war, die Europa reich gemacht hat, Arbeitsplätze geschaffen und zu Investitionen geführt hat. Exporte haben den Weg für die Entstehung neuer Betriebe und großer Unternehmen geebnet. Importe haben mit preiswerten Produkten und Dienstleistungen, die insgesamt gesehen eine Erneuerung herbeiführten, den Lebensstandard der Bürger erhöht.

Wandel ist ein kontinuierlicher Prozess und ermöglicht die Entstehung neuer Unternehmen, neuer Arbeitsplätze und neuer Geschäftsmöglichkeiten. Diese weitreichenden Änderungen wirken sich in allen Gesellschaftsgruppen aus, und wir sollten nie versuchen, dies zu verhindern. Allerdings müssen wir den Übergang für die Betroffenen leichter machen. Jeder Mitgliedstaat ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Übergangsphase sicher verläuft und zwar auf eine Weise, die eine Vielzahl von Möglichkeiten bietet.

Die Europäische Union kann solche Möglichkeiten nicht mit den Mitteln eines einzigen Fonds bieten. Die Änderungen sind zu groß und zu bedeutend. Wenn wir glauben, dass dies mithilfe des Globalisierungsfonds gelöst werden kann, dann schätzen wir die Situation nicht richtig ein. Wir waren gegen die Schaffung eines solchen Fonds. Aber wenn es um die Autoindustrie geht, erkennen wir, dass Europa sich mit den verschiedenen Formen von Unterstützung auf europäischer und nationaler Ebene im Moment in einer besonderen Situation befindet, und dass wir nicht nur dem Risiko von Verzerrungen ausgesetzt sind, die sich aus staatlichen Finanzmitteln für einzelne Akteure ergeben, sondern auch dem Risiko größerer Verzerrungen, wenn die Unternehmen und Industrie in verschiedenen Regionen keine gleichwertige Unterstützung erhalten können. Vor diesem Hintergrund werden wir für diesen Antrag stimmen, weil diese Finanzhilfen bereits in einem Umfang eingesetzt wurden, dass der Wettbewerb verzerrt würde, sollte diese Unterstützung nicht geleistet werden. Aber wir möchten betonen, dass wir in Zukunft nicht so weitermachen können.

**Elisabeth Morin-Chartier (PPE).** – (FR) Frau Präsidentin, ich möchte die Tatsache hervorheben, dass der Europäische Fonds zur Anpassung an die Globalisierung, den wir eingerichtet haben, sich an Arbeitnehmer wendet, um ihre Vermittelbarkeit zu verbessern. Daher müssen wir in diesem Punkt wirklich wichtige Maßnahmen einleiten. Das ist der Ansatz, den wir für die Untersuchung der Fälle innerhalb der Arbeitsgruppe zum Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zu Grunde gelegt haben, um zu gewährleisten, dass Arbeitnehmer in die Arbeitswelt eingebunden werden können und beschäftigt bleiben, weil es ohne berufliche Eingliederung keine soziale Eingliederung geben kann.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist, dass die Automobilindustrie sehr schwer getroffen wurde, und ich rufe die Automobilhersteller, die von der Krise am schwersten betroffen sind, auf, ihre Produkte sowohl an die neuen umwelttechnischen Ziele als auch an die neuen Bedürfnisse der Kunden anzupassen. Die Zukunft des Sektors steht auf dem Spiel.

Abschließend rufe ich alle auf, den Antrag des Haushaltsausschusses zu unterstützen – und ich danke auch Herrn Böge für seinen Antrag – und ersuche, wie es Herr Rübig getan hat, darum, die Auswirkungen unserer Politik im Auge zu behalten.

**Silvia-Adriana Țicău (S&D).** – (RO) Im letzten Jahr haben wir eine Reihe von Zuteilungen ähnlicher Beträge aus dem Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung genehmigt, um die Arbeitnehmer zusätzlich zu unterstützen, die unter den Folgen schwerwiegender struktureller Veränderungen globaler Handelsstrukturen leiden. Die Wirtschaftskrise hat den globalen Handel stark in Mitleidenschaft gezogen.

Aus meiner eigenen Region kann ich ihnen berichten, dass in der Eisen- und Stahlindustrie im letzten Jahr ungefähr 2 500 und im Schiffsbau ungefähr 700 Stellen abgebaut wurden und angekündigt worden ist, dass im Schienenverkehrssektor ein Abbau von rund 6 000 Stellen folgen wird. Daher glaube ich, dass es für uns wichtig ist, im Jahre 2010 auf viele ähnliche Anträge vorbereitet zu sein, die notwendigerweise wegen der Wirtschaftskrise zu Stande kommen werden. Das bestehende Verfahren muss einfach sein, damit Staaten und Begünstigte leichten Zugang haben. Schweden hat seinen Antrag im Juni gestellt, Österreich im Juli und die Niederlande im August, was zeigt, dass mehrere Monate seit ihren Anträgen vergangen sind. Darum finde ich, dass das Verfahren einfach sein muss.

**Seán Kelly (PPE).** – Frau Präsidentin, nachdem ich vor einigen Wochen hier gesessen habe, als das Parlament der Finanzierung aus dem Globalisierungsfonds für die Bürgerinnen und Bürger meines eigenen Wahlkreises in Limerick zugestimmt hatte, die wegen der Umsiedlung von Dell nach Polen arbeitslos wurden – und weil im Frühling die Kristallarbeiter von Waterford ähnliche Unterstützung brauchen werden – unterstütze ich natürlich das, was heute für Schweden, Österreich und die Niederlande vorgeschlagen wurde.

Eine Reihe von Unregelmäßigkeiten sind erwähnt worden, und ich werde sie kurz wiederholen. Zunächst finde ich, dass das Startdatum noch einmal überdacht werden soll. Zweitens muss der Zeitraum dem Einsatzzweck entsprechen und nicht genau zwei Jahre dauern, wie das im Moment der Fall ist. Zum dritten ist es im Hinblick auf die Verwaltung sehr wichtig, daß die Mittel nicht verschlungen werden, insbesondere von staatlichen Stellen. Viertens – und noch wichtiger – sollte so viel Hilfe wie möglich an die Unternehmer gehen. 35 Prozent der Start-up-Unternehmen in der EU wurden von Personen gegründet, die arbeitslos waren. Wenn ihnen geholfen wird, werden Sie auch Resultate liefern. Not macht erfinderisch, und ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir ihnen jede nur mögliche Unterstützung gewähren.

**Andreas Mölzer (NI).** – Frau Präsidentin! Wenn man davon ausgeht, dass die meisten Arbeitsplätze, die quer durch Europa – nicht nur in meiner Heimat Österreich – durch die Folgen der Globalisierung gefährdet sind, dann muss man besonders darauf achten, dass jüngere Arbeitnehmer – Arbeitnehmer, die zum Teil noch gar nicht als arbeitslos gemeldet sind, weil sie aus der Ausbildung oder von der Schule kommen –

dadurch gefährdet sind. Wir müssen besonders darauf achten – und das betrifft in erster Linie Österreich –, dass wir jene Arbeitnehmer, die den Einstieg in den Arbeitsmarkt erst schaffen müssen, durch derartige Maßnahmen unterstützen sollten und ihnen die Möglichkeit geben sollten, auch mit Förderungen der Europäischen Union in den europäischen Arbeitsmarkt einzutreten.

**Vladimír Špidla**, *Mitglied der Kommission*. – (CS) Sehr geehrte Damen und Herren, meines Erachtens hat die Aussprache gezeigt, dass der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung funktioniert, und wir feststellen können, dass er bereits mehrere Dutzend Mal genutzt wurde, und er den Menschen, die ihn in Anspruch nehmen, immer beachtlichen Nutzen gebracht hat. Als Kommissar habe ich immer versucht, mich selbst mit den Ergebnissen in diesem Bereich vertraut zu machen, was natürlich keine angemessene Analyse darstellt, sondern nur direkte Erfahrung ist, und ich sah mit großer Freude, wie positiv der Fonds in den Bereichen bewertet wird, in denen er wirksam war.

Die Aussprache hat viele ernste Fragen aufgeworfen, die eine Antwort verlangen und klare und realistische Meinungen erfordern. Zunächst ist da die Vorstellung, dass der Fonds nur für große Unternehmen verwendet werden kann. Die Erfahrung zeigt uns glücklicherweise, dass der Fonds von jedem genutzt werden kann, ganz gleich, ob es sich um ein großes oder kleines Land oder ein Groß- oder Kleinunternehmen handelt, und das war auch unsere ursprüngliche Absicht. Die neu angepassten Vorschriften erlauben es ganz klar, den Fonds auch für Angestellte von kleinen und mittleren Unternehmen in Gebieten oder Bereichen, die von der Krise betroffen sind, zu nutzen. Der Fonds lässt somit keine Diskriminierung zu und benachteiligt niemanden.

Ich möchte auch ein wichtiges Merkmal hervorheben, nämlich dass er in erster Linie Menschen hilft, und aus dieser Sicht können wir ihn nicht als einen „Lebenserhaltungsapparat“ für Unternehmen ansehen, für die es keine realistische Hoffnung in wirtschaftlicher Hinsicht gibt, sondern für die eher das Gegenteil der Fall ist. Der Fonds hilft arbeitslosen Menschen dabei, schnell Arbeit in jenen Bereichen zu finden, in denen es Arbeit gibt. Es ist daher ein Fonds, der prinzipiell Umstrukturierung umsetzt und erleichtert.

Die Sorge über Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern wurde in einer Rede geäußert, und ich denke, es handelt sich um Frau Harkins Rede. Diese Ungleichheit, die wirklich auf der Berichtsebene existiert, beweist umso mehr, dass die Krise besonders in ihrer Anfangsphase die von Männern dominierten Berufsfelder wesentlich beeinträchtigt hat. Heute sprechen wir auch über die Automobilindustrie und die Bauindustrie, mit anderen Worten, zwei von Männern dominierte Berufsfelder. Insgesamt hat der Fonds mehr Männer als Frauen unterstützt. Die Krise hat die Struktur des Arbeitsmarkts auf ganz bestimmte Weise verändert, und ich habe die Erklärung von Präsident Obama zur Kenntnis genommen, der erklärte, dass Ende dieses Jahres die Mehrheit der beruflich aktiven Arbeitnehmer in den Vereinigten Staaten Frauen wären. Die Krise hat deshalb in den Vereinigten Staaten auch zu einem sehr überraschenden Ergebnis in Berufsfeldern geführt, die von Männern dominiert werden. Im Hinblick auf diese Frage gibt es überhaupt keine Ungleichheit zwischen Frauen und Männern, was das Konzept oder die Struktur des Fonds betrifft.

Die Aussprache brachte, wie zu erwarten war, auch eine Reihe von Ideen hervor, wie man den Fonds ergänzen und verbessern kann. Ich muss sagen, dass die Kommission den Fonds natürlich nicht als etwas Unabänderliches betrachtet, wie etwas, das wie Pallas Athene aus dem Kopf des Zeus hervorging. Er ist ein von Menschenhand geschaffenes Instrument, das jederzeit auf der Grundlage von Erfahrung und Diskussionen verbessert werden kann. Somit gibt es hier meines Erachtens prinzipiell keine Hindernisse.

Eine weitere Frage wurde im Hinblick auf ein spezielles Finanzierungsverfahren gestellt, anders gesagt, die Integration des Fonds in den Haushaltsplan als unabhängige Haushaltsposten. Diese Frage wird sicherlich auf politischer Ebene erörtert werden, aber aus finanzieller Sicht war es nicht möglich, auf diese Weise ein Resultat zu erzielen, und meiner Meinung nach ist die Tatsache, dass wir Mittel mit einer anderen, aber effektiven Methode mobilisiert haben, für sich allein von hohem Wert.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte sagen, dass es zweifellos wahr ist, dass die geänderten Vorschriften und der Druck der Krise zu einer Situation geführt haben, in der es mehr individuelle Fälle geben wird, aber, wie ich bereits festgestellt habe, akzeptiert die Kommission die Mehrheit der Argumente für die Verfolgung des Einzelfall-Konzepts, und wir werden aus diesem Grunde mit dieser Methode vorgehen.

Abschließend möchte ich den Mitgliedern des Europäischen Parlaments im Haushaltsausschuss und allen Abgeordneten, die mit dieser Frage befasst sind, danken, weil in der Aussprache klar geworden ist, dass alle strittigen Fragen, die bei solch komplexen Entscheidungen immer aufgeworfen werden, berücksichtigt wurden. Meines Erachtens haben die Aussprache und der Vorschlag der Kommission ebenfalls klargemacht, dass alle diese Fälle in den Bereich des Fonds für die Anpassung an die Globalisierung fallen. Ich bin daher

hoherfreut, dass Ihre Aussprache die Ansicht der Kommission bekräftigt hat, und ich erwarte, dass die Abstimmung in die gleiche Richtung gehen wird, oder zumindest hoffe ich das.

**Reimer Böge, Berichterstatter.** – Frau Präsidentin! Ich brauche den Worten des Kommissars eigentlich nichts hinzuzufügen. Ich unterstütze das, was er gesagt hat, auch insbesondere als er zum Schluss noch einmal die Fragen der künftigen Entwicklung des Globalisierungsfonds im Verhältnis zu den anderen Programmen – insbesondere des ESF – angesprochen hat, über den wir ja noch eine gemeinsame intensive Debatte haben werden.

Es ist völlig klar, dieser Globalisierungsfonds kann weder die Konsequenzen von Strukturwandel auffangen, noch kann er die Herausforderungen der Globalisierung annehmen und ihnen begegnen. Das ist ja auch nicht seine Aufgabe. Aber er kann sehr wohl Einzelbetroffenen helfen, die sich in einer beruflich schwierigen Situation befinden, nachdem sie entlassen wurden, und ihnen die Chance vermitteln, durch Qualifizierung wieder eine Perspektive und Arbeit zu finden. Das ist etwas, was man auch trotz der Debatte um Subsidiarität, die natürlich auch in dem Zusammenhang eine Rolle spielt, als Ergänzungsfonds zu all den Maßnahmen des ESF, die wir ja auch haben, unterstützen und begrüßen sollte.

Ich will an dieser Stelle einfach noch einmal sagen, dass es mit Sicherheit im nationalen und auch im europäischen Haushalt Programme gibt, bei denen die Sinnhaftigkeit der Ausgaben stärker in Frage gestellt werden muss als bei einem solchen Fonds, der den Menschen, die sich in einer schwierigen Ausgangssituation befinden, direkt hilft.

**Die Präsidentin.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch statt.

## **18. Europäisches Mikrofinanzierungsinstrument für Beschäftigung und soziale Eingliederung (Progress) (Aussprache)**

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt der Bericht von Kinga Göncz im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung eines europäischen Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung und soziale Eingliederung (PROGRESS-Mikrofinanzierungsinstrument) (KOM(2009)0333 - C7-0053/2009 - 2009/0096(COD)) (A7-0050/2009).

**Pervenche Berès (S&D).** – (FR) Frau Präsidentin, ich habe bemerkt, dass Sie während der vorigen Aussprache die Aussprache, die jetzt abgehalten wird, als eine Debatte des Fortschritts bezeichnet haben.

Aber die von der Konferenz der Präsidenten bestätigte Entscheidung des Parlaments besagt, dass wir lediglich über die Mikrofinanzierungsfazilität abstimmen werden. Ich denke daher, dass diese Klarstellung sehr wichtig ist. Es ist also eine Aussprache über Mikrofinanzierung und nicht über das Fortschrittsprogramm.

**Kinga Göncz, Berichterstatterin.** – (HU) Vielen Dank Frau Präsidentin, und ich bin auch für diese Klarstellung sehr dankbar, da es besonders wichtig ist, dass wir jetzt über das Mikrofinanzierungsinstrument sprechen. Ich möchte auch Herrn Kommissar Špidla zur folgenden Aussprache begrüßen. Lassen Sie mich als Erstes Folgendes feststellen: Als ich Berichterstatterin für dieses Programm wurde, dachte ich, dass es aufgrund des breiten Konsens und der Unterstützung in dieser Frage, was auch während der Aussprache deutlich erkennbar war, eine leichte Aufgabe für mich wäre. Diese Unterstützung war in vieler Hinsicht weitreichend. Auf der einen Seite wird es als Krisenmanagementinstrument genau denen helfen, die sich in der größten Notlage befinden, die ihren Arbeitsplatz verloren haben und die wegen der Finanzkrise weder einen Kredit noch finanzielle Hilfe in Anspruch nehmen können.

Auf der anderen Seite ist es typischerweise ein Instrument, das Menschen nicht mit Fischen versorgt, sondern sie darin unterrichtet, wie man Fische fängt. Es fördert genau die Kreativität, die wir benötigen, um sicherzustellen, dass wir aus der Krise gut herauskommen. Der dritte Aspekt, der weitreichende Unterstützung erhalten hat und diese noch immer erhält, ist die Tatsache, dass die Ressourcen der Europäischen Union zunehmen, was, wie ich glaube, der Traum aller Finanzminister ist. Einige Finanzmittel werden von der Europäischen Investitionsbank beigesteuert, während andere von den Geschäftsbanken kommen, da die Europäische Union primär das Risiko tragen wird und es damit für die anderen Teilnehmer leichter wird, das Risiko zu übernehmen.

Wie ich erwähnt habe, gibt es eine breite Unterstützung für den Inhalt des Programms. Ich glaube, dass dank dieser Aspekte die Frage, welche durch die Diskussionen mit dem Rat und der Kommission aufgeworfen wurde, damit zu tun haben sollte, welche Finanzmittel die Europäische Union verwenden wird, um dieses spezielle Hauptrisiko zu tragen. Die zweite strittige Frage betraf den Umfang der Mittel, die bei der Einführung des Instruments helfen könnten und von denen erwartet wird, dass sie zusätzliche umfangreiche Mittel mobilisieren werden. Der Rat und die Kommission haben ursprünglich vorgeschlagen, dass 100 Mio. EUR aus dem Programm PROGRESS, das hauptsächlich für die Ausarbeitung von Strategien für die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und die Förderung der Chancengleichheit eingesetzt wird, kommen sollten.

Von unserer Seite aus haben wir von Beginn daran festgehalten, dass das Programm PROGRESS in keiner Weise gefährdet werden darf, weil es während der derzeitigen Krise sogar mehr als zuvor gebraucht wird. Es ist für uns ebenso inakzeptabel, das Programm PROGRESS in einer Weise zu ändern, die es ernsthaft gefährden könnte. Das Parlament war während der Aussprache extrem kompromissbereit. Wir haben drei informelle Trilogie geführt, von denen einer bis in die frühen Morgenstunden andauerte, als wir vorschlugen, dass das Programm PROGRESS irgendwie abgeändert werden könnte, solange dies nicht seine Funktion gefährden würde. Unter Berücksichtigung des ursprünglichen Antrags schlugen wir vor, dass wir uns den Start des Programms sogar mit 100 Mio. EUR statt 150 Mio. EUR vorstellen könnten.

Der Entwurf des Haushaltsplans des Parlaments für 2010 sieht Mittel in Höhe von 25 Mio. EUR vor, was die Einführung des Programms gleich zu Beginn des Jahres 2010 ermöglichen wird, ohne das Programm PROGRESS 2010 anzutasten. Wir haben auch verlangt, dass dieser Punkt von der heutigen Tagesordnung gestrichen wird, weil wir darüber keine Einigung erzielen konnten. Eine andere Angelegenheit, die sich als Problem darstellte, bestand darin, dass die Präsidentschaft während des Trilogs für keinen der drei Fälle ein Mandat übernahm und es damit schwierig für sie war, unsere Anträge angemessen zu berücksichtigen.

Ich bin der Überzeugung, dass es für das Parlament wichtig ist, in dieser Frage so rasch wie möglich abzustimmen, sogar noch diese Woche, sodass dieses Projekt zu Beginn des Jahres 2010 mit Mitteln in Höhe von 100 Mio. EUR gestartet werden kann, weil dies als Signal gilt, dass dies ein Krisenmanagementinstrument ist, bei dem rasches Vorgehen ein ganz wichtiger Faktor ist. Ich habe die große Hoffnung, dass Kommissar Špidla uns dabei helfen kann, die Kommission zu überzeugen, ihren ursprünglichen Vorschlag, 100 Mio. EUR aus dem Programm PROGRESS umzulegen, zurückzuziehen, damit dieses Programm so rasch wie möglich gestartet werden kann.

**Vladimír Špidla**, Mitglied der Kommission. – (CS) Sehr verehrte Damen und Herren, ich möchte meine Rede damit beginnen, die Wichtigkeit dieser Initiative im Bereich der Mikrofinanzierung zu unterstreichen. Die derzeitige Krise verursacht einen großen Anstieg der Arbeitslosigkeit in allen Mitgliedstaaten, deren Auswirkungen die sozial schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft am härtesten treffen werden. Das Mikrofinanzierungsinstrument zielt ganz besonders darauf ab, diesen Bürgergruppen dabei zu helfen, eine andere Beschäftigung zu finden und selbst Mikrounternehmer zu werden.

Ich möchte dem Beschäftigungsausschuss für die ausgezeichnete Arbeit gratulieren, die er in diesem Bereich geleistet hat, und ich möchte insbesondere dem Beitrag Beifall zollen, den Frau Göncz im Zusammenhang mit dieser Initiative geleistet hat. Ich bin mir über die Anstrengungen im Klaren, die in den Verhandlungen zwischen dem Parlament und dem Rat gemacht wurden, bereits in erster Lesung zu einer Einigung zu kommen. Angesichts der Tatsache, dass beide Organe das Mikrofinanzierungsinstrument unterstützen, war es möglich, bedeutende Fortschritte hinsichtlich der Formulierung des ursprünglichen Vorschlags zu erzielen. Diese Fortschritte spiegeln sich zu einem erheblichen Teil in den heute vorgeschlagenen Ergänzungen wider. Natürlich betrifft die wichtigste Frage den Haushaltsplan. Obwohl beide Organe für dieses Instrument das Gesamtbudget von 100 Mio. EUR wahrscheinlich bewilligen werden, stellt die Festlegung der Finanzierungsquellen weiterhin ein Hindernis dar.

Wie Sie wissen, stellt der Mikrofinanzierungsantrag einen Teil des Pakets dar, das einen Vorschlag enthält, 100 Mio. EUR aus dem Programm PROGRESS umzulegen. Sie haben sich entschieden, über diesen zweiten Antrag in dieser Woche nicht abzustimmen. Die Umlegung von Mitteln aus dem Programm PROGRESS wird vom Rat unterstützt und stellt für viele Mitgliedstaaten ein fundamentales Element des ganzen Pakets dar. Ohne Einigung über die Finanzierungsquelle in diesem Bereich werden wir unser Ziel der raschen Einführung dieses neuen Instruments nicht erreichen können. Heute erörtern wir allerdings die Fassung der Entscheidung, mit der das Instrument eingerichtet werden soll.

Abschließend möchte ich noch einmal der Berichterstatterin zu ihrer Arbeit beglückwünschen, die sie durch die Vorlage eines Berichts und von Änderungsanträgen geleistet hat, was beiden Gesetzgebungsorganen

ermöglicht, sich auf das Hauptproblem zu konzentrieren, das weiter ungelöst ist, nämlich die Mittelbeschaffung.

**Olle Schmidt**, *Berichterstatler der Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (Committee on Economic and Monetary Affairs/ECON)*. – (SV) Frau Präsidentin, wenn wir die Arbeitslosigkeit verringern sollen, dann müssen sowohl die EU als auch die Mitgliedstaaten eine größere Verantwortung übernehmen. Der Antrag zur Mikrofinanzierung ist eine Initiative, die vom Parlament vorangetrieben wird. Es geht dabei darum, den Arbeitslosen einen neuen Start zu ermöglichen und einigen der sozial schwächsten Gruppen Europas, einschließlich der jungen Menschen, die Chance zu geben, Unternehmen zu gründen. Der Vorschlag zielt darauf ab, Kleininvestitionen zu erleichtern und Kleinstunternehmen die Möglichkeit zu geben, sich zu entwickeln.

Nach einigen geringfügigen Änderungsanträgen und Klarstellungen erhielt der Antrag breite Unterstützung vom Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Die Frage, die erörtert wird, ist die Finanzierung, wie hier schon vorher erwähnt wurde. Die Kommission schlug vor, dass keine zusätzlichen Geldmittel zur Verfügung gestellt würden und man stattdessen auf Finanzmittel aus dem Programm PROGRESS zurückgreifen würde. Es wurde fälschlicherweise behauptet, dass diese Meinung vom federführenden Ausschuss geteilt wird, aber dem ist nicht so.

Das ist die derzeitige Situation. Ich muss sagen, ich finde es seltsam, dass der Rat unseren Antrag auf 150 Mio. EUR während dieser Periode so hartnäckig ablehnt – ein gemeiner und geiziger Ansatz in diesen schwierigen Zeiten!

**Csaba Óry**, *im Namen der PPE-Fraktion* – (HU) Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren, wir konnten während der vorangegangenen Aussprachen auch erkennen, dass die Wirtschaftskrise und die Lösung dieser Krise für uns alle von herausragender Bedeutung ist und ihr daher große Beachtung geschenkt wird. Als Koordinator der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) für den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, möchte ich einfach bestätigen, dass wir in jedem uns vorliegenden Dossier eines der für uns wichtigsten Themen unterstützen, nämlich die Sicherung und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass die PPE-Fraktion dieses Thema der Kleinstkredite seit langer Zeit unterstützt. In der Tat war es mein ehemaliger Kollege, Herr Zsolt Becsey, der dieses Thema zum ersten Mal in seinem Eigeninitiativbericht im Jahre 2009 dem Plenum vorgelegt hat. Der basierte auf früheren und aktuellen Erfahrungen mit diesem Instrument in Ungarn, auch „Széchenyi Card“ genannt, und diente demselben Zweck wie in diesem Fall: Kleinstunternehmen kleine, kurzfristige Darlehen anzubieten. Denken wir an Metzgereien, Bäckereien, Gemüseläden oder vielleicht sogar Drogerien. Sie sind alle von der Krise betroffen. Sie beschäftigen eine unglaublich große Anzahl von Menschen. In einigen Ländern ist dieser Sektor für mehr als 90% der Beschäftigten verantwortlich. Das ist etwa in Ungarn für mehr als 90% der Firmen und Unternehmen der Fall. Sie benötigen weder große Geldmengen, noch wollen sie hohe Zinsen zahlen. In bestimmten Fällen benötigen sie befristete Darlehen und kurzfristige Unterstützung.

Der Vorschlag der Kommission spricht genau dieses Problem an, und wie die Frau Berichtstersterin erwähnt hat, hat dieses Projekt weitreichende Unterstützung und breiten Konsens. Daher glaube ich, ist es wichtig für uns, auch über das Thema der Finanzierung so rasch wie möglich Einigung zu erzielen. Wir unterstützen ebenfalls die 35 Anträge, die von der PPE-Fraktion zusammen mit den Sozialisten, Liberalen und Konservativen eingereicht wurden, weil wir überzeugt sind, dass dies eine Garantie darstellt, dass wir dieses Instrument in erster Lesung genehmigen und so rasch wie möglich einführen können.

**Pervenche Berès**, *im Namen der S&D-Fraktion*. – (FR) Frau Präsidentin, ich bin ein bisschen überrascht. Wir nehmen ein innovatives essentielles Instrument an, um den von dieser Krise am meisten Betroffenen eine berufliche Perspektive für ihre Zukunft zu bieten. Es ist ein Instrument, das durch ein Mitentscheidungsverfahren angenommen werden soll, aber der Rat ist nicht anwesend. Das ist wohl der Fall, weil der Rat uns offenbar zu diesem Thema nichts zu sagen hat und sich selbst nicht an die Position des Europäischen Parlaments gebunden fühlt. Auf jeden Fall ist das der Eindruck, den wir manchmal während der Verhandlungen hatten.

Das Europäische Parlament wird seine Verantwortung übernehmen. Dank der Zusammenarbeit und des konstruktiven Abstimmung zwischen allen Fraktionen wird es das Mikrofinanzierungsinstrument annehmen, was im Einklang mit seiner Vorgehensweise über viele Jahre hinweg steht, wie uns Herr Óry in Erinnerung gebracht hat. Allerdings möchte ich ebenfalls auf die Pilotprojekte hinweisen, die von uns initiiert worden sind. Wir wissen, dass in dieser Krisensituation die sozial schwächsten Menschen – diejenigen, die keinen

Zugang zu den großen Banken haben, um von ihnen Darlehen für ihre Initiativen zu erhalten – in der Lage sein werden, mithilfe dieses Instruments ihre Eigeninitiativen zu starten und gewissermaßen ihre eigenen Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich werde nicht noch einmal über den Inhalt, die Entwicklung und den Umfang der Verhandlungen, die geführt worden sind, sprechen. Die Verhandlungen wurden unter akzeptablen Bedingungen geführt. Das Thema der Finanzmittel ist viel ernster. Wenn Sie sich die Initiative für das Europäische Konjunkturprogramm ansehen, die von Herrn Barroso im Herbst 2008 gestartet wurde, so wurde dieses Instrument als wichtig eingestuft, um die Ziele der Strategie der Europäischen Union zu verwirklichen.

Aber die Kommission hat uns vorgeschlagen, wir sollten ganz einfach ein neues Projekt dadurch finanzieren, indem wir uns eines anderen geeigneten bereits bestehenden Projekts bedienen. Wir haben ein Projekt, um Unterstützungsnetzwerke für die sozial Schwächsten finanziell zu unterstützen – das Projekt PROGRESS – welches das Europäische Parlament mit großem Engagement unterstützt hat, und um die Mikrofinanz-Programme zu bezahlen, schlägt die Kommission jetzt vor, einfach aus den Finanzmitteln zu schöpfen, die dem Programm PROGRESS zugeteilt wurden.

Es ist diese Trickerei, die dieses Parlament nicht akzeptiert und aus diesem Grund haben wir die Verhandlungen abgebrochen. Aus diesem Grund sagen wir aus einer verantwortungsbewussten Haltung heraus, dass wir bereit sind, unseren Vorschlag zusammen mit der spanischen Präsidentschaft gleich Anfang Januar zu prüfen. 40 Mio. EUR sollen von den Haushaltsmargen beigesteuert werden, 60 Mio. EUR vom Programm PROGRESS, davon 20 Mio. EUR umverteilt, um eine gerechte Aufteilung der Finanzlast zu ermöglichen. Wir werden dann unsere Verantwortung als Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten übernehmen und uns ansehen, wie so ein Programm in jedem Mitgliedstaat umgesetzt wird, um Synergien zwischen den unterschiedlichen von den Mitgliedstaaten auszuführenden Maßnahmen zu schaffen, wenn – und hier sind wir uns ganz sicher – das Paket in seiner Gesamtheit im Januar verabschiedet wird.

**Marian Harkin, im Namen ALDE-Fraktion.** – Frau Präsidentin, ich freue mich, die Gelegenheit zu haben, einige Worte zum vorgeschlagenen Mikrofinanzierungsinstrument zu sagen. Wir haben zuvor über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gesprochen und wie er arbeitslosen Menschen in bestimmten Sektoren helfen kann. Das Mikrofinanzierungsinstrument ist ein weiteres Stück des Puzzles, bei dem die EU versucht, in diesem Fall Zugriff auf Kleinstkredite für diejenigen sicherzustellen, denen es nicht möglich wäre, diese Kredite von den so genannten „normalen“ Finanzinstituten zu bekommen. Dadurch wird ihnen ermöglicht, ihre eigenen Unternehmen zu gründen, wodurch das Unternehmertum gefördert wird.

In diesem Zusammenhang bin ich sehr zufrieden, dass Genossenschaftsbanken und andere Finanzinstitute, die wechselseitig Kredite gewähren, diesen Fonds verwalten können, weil sie oft denjenigen näher stehen, die Zugang zu diesem speziellen Instrument haben möchten. Ich habe keine Informationen über andere Länder, aber in Irland sind die einzigen noch existierenden Finanzinstitute, die sich ohne Steuergelder erhalten können, die Genossenschaftsbanken, gemeinnützige Institutionen, die von ihren Mitgliedern verwaltet werden.

Wenn wir über soziale Eingliederung als Bestandteil der Sozialpolitik der EU sprechen, müssen wir sicherstellen, und zwar durch unsere Maßnahmen, dass soziale Eingliederung ein unabdingbarer Bestandteil der Entscheidungen ist, die wir treffen, und dass dieses Programm ganz klar soziale Eingliederung propagieren muss. In diesem Zusammenhang möchte ich meine ganz große Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen, dass wir nach drei Trilogien noch keine Einigung über die Finanzierungsquelle für dieses Instrument erzielen konnten.

Meines Erachtens mangelte es der schwedischen Präsidentschaft an der Fähigkeit, sinnvolle Verhandlungen in dieser Frage durchzuführen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber wie ich gesagt habe, bin ich sehr enttäuscht darüber, dass maximal 40 Mio. EUR über drei Jahre für 27 Mitgliedstaaten das Einzige ist, was uns in dieser Frage trennt. Offensichtlich haben viele Finanzminister ernsthafte Verhandlungen nicht unterstützt. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass viele von diesen Ministern Milliarden an Banken verteilt haben, aber nicht willens sind, andere Finanzinstitutionen zu unterstützen, die denjenigen Kleinstkredite gewähren würden, die ihre Arbeitsplätze verloren haben und für die es schwierig wäre, Darlehen von den Banken zu bekommen, die gerettet wurden.

**Elisabeth Schroedter, im Namen der Verts/ALE-Fraktion.** – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kommissar! Mikrokredite und kleine Darlehen können Menschen helfen, die nach den üblichen



Marktmechanismen nicht kreditwürdig sind. Damit können auch sie – das wurde bereits gesagt – Unternehmen gründen und sich mit ihren Ideen einen Arbeitsplatz schaffen. Solche Kredite können die, die dazu fähig sind, aus einer Krise herausholen.

Mikrokredite sind auch ein wichtiges Instrument der Unterstützung für die Sozialwirtschaft. Diese wiederum ist in ihren vielfältigen Ausprägungen und Traditionen seit dem Jahr 2000 ein in der EU anerkanntes Instrument der lokalen Beschäftigungspolitik. Und weil das so ist, hat dieses Parlament in seiner Weisheit im Jahr 2006 festgelegt, dass Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds auch als Mikrokredit oder zinsvergünstigtes Darlehen ausgezahlt werden können, wie in Artikel 11 der ESF-Verordnung festgelegt.

Für den Europäischen Sozialfonds stehen aber 76 Milliarden Euro zur Verfügung, mit einer Ko-Finanzierung sind es 118 Milliarden Euro! Selbst ein Zehntel davon wären noch 11 Milliarden, die die Mitgliedstaaten nutzen können. Aber sie nutzen sie nicht für die Mikrokredite! Deswegen hat die Kommission mit einem Instrument JASMINE – auch finanziert aus europäischen Strukturfonds – eine Testphase für Mikrokredite geschaffen. Und weil die so erfolgreich war, soll dem ein neues Instrument folgen. Jedoch nicht mehr aus den Strukturfonds, wo wir über Milliarden sprechen, sondern aus dem aller kleinsten Programm der Europäischen Union, dem Armutsprogramm PROGRESS, welches insgesamt für sieben Jahre nur über 743 Millionen Euro verfügt. Es ist für Nichtregierungsorganisationen vorgesehen, die Netzwerke in den Mitgliedstaaten aufbauen, um den Ärmsten der Armen eine Lobby zu verschaffen. Allein das Europäische Büro für Roma-Angelegenheiten wird zu 50 % aus PROGRESS finanziert. Es baut nationale und regionale Informations- und Beratungsbüros auf und verschafft der Roma-Minderheit gerade in den osteuropäischen Staaten eine Stimme.

Sollte das Plenum dem Rat folgen und dieses Instrument PROGRESS nennen, wie es die Kompromisse von EVP, S&D und ALDE vorsehen, dann stimmen die Grünen diesem Instrument nicht zu! Es kann nicht sein, dass solche Taschenspielertricks – auf der einen Seite das Geld der Armen wegnehmen und auf der anderen Seite ausschütten ...

*(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)*

**Milan Cabrnoch**, im Namen der ECR-Fraktion. – (CS) Sehr geehrte Damen und Herren, in Zeiten einer andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise ist es notwendig, nicht nur Banken und große Unternehmen zu unterstützen, sondern auch Kleinunternehmen und Selbstständige. Wir alle wissen, dass es diese Kleinunternehmen sind, einschließlich der Familienbetriebe, die eine große Anzahl von Arbeitsplätzen schaffen und aufrechterhalten. Wir unterstützen die Einrichtung des neuen Finanzierungsinstrumentes, das Mikrofinanzierungsprogramm für Beschäftigung und soziale Eingliederung, was durch die Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank die Verfügbarkeit von Darlehen für Selbstständige und kleine Start-up-Unternehmen und Familienbetriebe verbessern wird.

Wir stimmen der Freigabe von Mitteln in Höhe von 100 Mio. EUR zu, um diese Kleinkredite für einen befristeten Zeitraum sicherzustellen. Wir sehen dieses Programm als gutes und effektives Instrument für eine aktive Beschäftigungspolitik und als eine effiziente Maßnahme zur Verwendung der so genannten europäischen Gelder, mit anderen Worten, unserer europäischen Währung an. Wir unterstützen in vollem Umfang den Vorschlag, die für dieses Finanzinstrument notwendigen Mittel aus den Finanzmitteln zu beziehen, die ursprünglich für das Programm PROGRESS bestimmt waren. Wir sind aber dagegen, dass Mittel für das Mikrofinanzierungsinstrument aus den Rücklagen oder anderen Haushaltskapiteln bezogen werden. Die Mittel des Programms PROGRESS, die sich, wenn ich richtig informiert bin, auf 700 Mio. EUR belaufen, werden zur Einrichtung von Studien- und Analysenetzwerken verwendet. Die Finanzmittel des Programms PROGRESS sind nicht für die direkte Unterstützung von Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen oder Arbeitsplätze schaffen, vorgesehen. Ich zweifle nicht daran, dass es notwendig ist, Netzwerke einzurichten und Analysen und Studien durchzuführen. Allerdings ziehe ich es in dieser Legislaturperiode, die für Unternehmen und Arbeitnehmer nicht gerade einfach ist, vor, dass diese Mittel aus dem Haushalt der EU direkt für Unternehmen und Arbeitnehmer verwendet werden.

**Thomas Händel**, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein Mikrofinanzierungsinstrument für Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit Bedrohte und vor allem für Menschen, die nicht den Zugang zu normalen Kreditmärkten haben, zeugt von guter Absicht und wird vom Grundsatz her von unserer Fraktion unterstützt. Allerdings ist das, was Kommission und Rat in diesem Verfahren bisher geleistet haben, schlicht und einfach unzureichend, teilweise falsch und kann von unserer Fraktion nicht unterstützt werden.

Erster Punkt der Kritik: die Frage der Finanzausstattung. Das, was an Finanzausstattung auf dem Tisch liegt, ist keine Finanzausstattung für ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das kann nicht als Mikrofinanzierungsprogramm bezeichnet werden, das ist allerhöchstens Nanofinanzierung!

Zweitens: Wir sind grundsätzlich dagegen, derartige Taschenspielertricks ohne jeden Effekt zu machen, die zu Lasten anderer Programme gehen und damit ohne Ende verpuffen.

Drittens: Wir sind der Auffassung, dass Nachhaltigkeit und Erfolg eines solchen Programms unbedingt *mentoring* und *coaching* erfordern. Viele neue *Startups*, insbesondere im Mikrofinanzierungsbereich, scheitern, deswegen muss innerhalb des Programms auch dafür gesorgt werden.

Viertens: Es muss sichergestellt werden, dass soziale Sicherungsleistungen in den Mitgliedstaaten nicht für die Inanspruchnahme dieses Programms gestrichen werden, sonst wird es wirkungslos. Damit kann Arbeitslosigkeit nicht nachhaltig bekämpft werden. Wir werden es in dieser Form ablehnen.

**Jaroslav Paška**, im Namen der EFD-Fraktion. – (SK) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, der Entscheidungsentwurf des Europäischen Parlaments und des Rates, der ein europäisches Mikrofinanzierungsinstrument in den Bereichen Beschäftigung und soziale Eingliederung vorsieht, ist grundsätzlich ein Entwurf, der das ursprüngliche Programm PROGRESS der aktuellen Wirtschaftslage in Europa, das von einer finanziellen und wirtschaftlichen Krise gezeichnet ist, anpasst.

Die Kommission schlägt eine Unterstützung in der Form von Kleinstkrediten für Kleinunternehmen vor und schafft damit einen Impuls, in krisengeschüttelten Regionen Beschäftigung zu erhalten und zu schaffen. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir allerdings dafür sorgen, dass die zur Verfügung gestellten Finanzmittel nicht für Sozialleistungen oder Konsum verwendet werden. Sie sollten unter Anwendung objektiver, messbarer Kriterien und transparenter Verfahren nur für sinnvolle, nachhaltige geschäftliche Tätigkeiten verwendet werden.

Es ist daher sehr wichtig, die letztendlichen Anbieter der Darlehen zu verpflichten, die Geschäftspläne der Bewerber, die Risiken der eingereichten Geschäftsprojekte und auch die Kapitalerträge gründlich zu prüfen. Ich halte es daher für dringend notwendig, die Änderungsanträge des Ausschusses für Wirtschaft und Währung zu unterstützen und fertigzustellen, die sinnvolle Rahmenbedingungen für den Vorschlag der Kommission schaffen.

**Sari Essayah (PPE)**. – (FI) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren, ich finde es merkwürdig, dass es angesichts der sich verschlechternden Situation auf dem Arbeitsmarkt in diesem Haus eine Opposition gegen dieses ausgezeichnete und wichtige Programm gibt.

Schätzungsweise wird es im nächsten Jahr weitere 10 Millionen arbeitslose Menschen in Europa geben, und diejenigen mit einem schlechten Erwerbsstatus werden zukünftig noch härteren Zeiten entgegensehen. Diese Daten unterstreichen die Bedeutung von Investitionen in das Unternehmertum.

Es sind immer die Unternehmen, die gerade am Anfang stehen, die die größten Probleme haben, Bankkredite zu bekommen. Zum Beispiel sind über 93% der Unternehmen in Finnland Kleinstunternehmen mit weniger als 10 Angestellten und trotzdem beschäftigen diese Kleinunternehmen 46% der arbeitenden Bevölkerung. Es ist daher nur rechtens, dass die EU ein Mikrofinanzierungsinstrument einrichtet, um dieser Beschäftigungskrise entgegenzuwirken und auf diese Weise auch diejenigen Programme in den einzelnen Mitgliedstaaten unterstützt, welche die gleichen Ziele verfolgen.

Ich möchte aber betonen, dass dieses Programm einen umfassenden Ansatz erforderlich macht. Die Sozialleistungen, Urlaubs- und Rentensysteme kleiner Unternehmen müssen auch im Einklang mit anderen Sektoren entwickelt werden. Europa mangelt es insbesondere an der Bereitschaft zur Finanzierung von risikoreichen Unternehmungen und an den Personen, investitionswilligen Privatpersonen, die bereit sind, in ein neu gegründetes Unternehmen zu investieren. Weiterbildung für Unternehmer und Arbeitsnetzwerke sollten ebenfalls auf allen Bildungsebenen unterstützt werden, und es sollte mehr Workshops und Gründerzentren für junge Menschen geben, und es sollten ihnen mehr Geldmittel zur Verfügung stehen.

Mikrofinanzierung stellt nur eine Komponente dieses umfassenden Konzepts dar, bei dem die Situation von neuen Kleinunternehmern und das ganze Umfeld, in dem sie agieren, reale Möglichkeiten bieten, weiterhin erfolgreiche und profitable Geschäfte zu führen.

**Proinsias De Rossa (S&D).** – Frau Präsidentin, ich begrüße diese Initiative sehr. Arbeitslosigkeit ist das größte soziale Problem, dem wir derzeit gegenüberstehen, und jede Maßnahme, die dabei hilft, ihre negativen Auswirkungen aufzufangen, ist für das Wohlergehen unserer Gesellschaften von enormer Bedeutung.

Allerdings mangelt es einem Vorschlag von 100 Mio. EUR über einen Zeitraum von drei Jahren angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit meines Erachtens an Ehrgeiz. Ich bin ebenso überrascht, dass die beantragten Gelder keine neuen sind, und dass wir in Wirklichkeit „Peter berauben, um Paul zu bezahlen“, wie das ja gerade gesagt wurde, und zu einem Zeitpunkt, wo die gesamten Geldmittel, die wir mobilisieren können, für das Programm PROGRESS verwendet werden sollten, und zwar für bereits bestehende Projekte.

Wir müssen alles nur Erdenkliche tun, um rasch eine Einigung mit der spanischen Präsidentschaft zu erzielen, sodass das Programm zum frühestmöglichen Zeitpunkt begonnen werden kann. Es obliegt dem Rat, sich zu besinnen und dem Parlament hinsichtlich unserer Anliegen entgegenzukommen. Es ist für den Rat sicher unangemessen, um einen derartig kleinen Geldbetrag feilschen zu wollen.

*(Der Redner erklärt sich damit einverstanden, auf eine „Blue-Card“-Frage gemäß Artikel 149 Absatz 8 zu antworten)*

**William (The Earl of) Dartmouth (EFD).** – Herr De Rossa, ist Ihnen aufgefallen, dass Arbeitslosigkeit in Irland unglaublich viel mit der fortgesetzten Mitgliedschaft Irlands im Eurosystem zu tun hat, was bedeutet, dass Irland nicht abwerten kann, seine Zinsraten nicht senken und auch keine quantitative Lockerung der Geldpolitik durchführen kann?

Ist Ihnen je aufgefallen, dass es vielleicht besser wäre, wenn Irland das Eurosystem verlassen würde anstatt seine bittende Hand den anderen Beitragsstaaten der Europäischen Union entgegenzustrecken?

**Proinsias De Rossa (S&D).** – Frau Präsidentin, Ich habe überhaupt kein Problem damit, auf den üblichen Unsinn von der äußersten Rechten in diesem Parlament zu antworten. Ohne den Euro würde die irische Wirtschaft derzeit in der Hölle schmoren.

Wie ich eben sagte, ist es jetzt für den Rat sicher fehl am Platz, um einen winzigen Geldbetrag zu feilschen, angesichts des Ausmaßes der Beschäftigungskrise, der Höhe des Gesamthaushalts und ganz sicher vor dem Hintergrund der Unterstützung, die die Mitgliedstaaten und sogar die Europäische Zentralbank dem Bankensektor gewährt haben – einem Bankensektor, der, nebenbei bemerkt, dem Personenkreis kein Geld leiht, die wir unterstützen wollen. Ich habe vollstes Vertrauen, dass wir mit dem guten Willen des Rates eine Einigung erzielen können, die auf dem pragmatischen Ansatz unserer Berichterstatterin beruht. Ich hoffe aufrichtig, dass sie das rasch umsetzen werden.

**Marek Józef Gróbarczyk (ECR).** – (PL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, in dieser Aussprache sollte die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt werden, dass die von der Europäischen Kommission angewandte Strategie die Beschäftigungsfrage in der maritimen Wirtschaft vollkommen vernachlässigt. Das Fehlen einer integrierten maritimen Politik ist seit vielen Jahren der Grund eines systematischen Zerfalls dieses Sektors in der Europäischen Union, obwohl wir uns bewusst sein sollten, dass er ein außerordentlich großer Arbeitsmarkt ist.

Zusätzlich hat der marginalisierte Schiffsbau, der in Europa durch die Dumping-Politik der Staaten des Fernen Ostens systematisch vernichtet worden ist, auch keine Unterstützung von der Europäischen Kommission erhalten. Allein in meinem Heimatland Polen haben die Maßnahmen der Europäischen Kommission zum Zusammenbruch des Schiffbaus geführt, und folglich haben Tausende von Menschen ihre Arbeitsplätze unmittelbar verloren, während schätzungsweise fast 80 000 Menschen vom indirekten Arbeitsplatzabbau betroffen sind. Jedoch wird dieser Sektor nicht völlig verschwinden. Entsprechend der Entwicklung in den letzten Jahren wird er sich auf Kosten des europäischen Arbeitsmarkts in die Staaten des Fernen Ostens verlagern. Das Fehlen einer Strategie, den Schiffen ihre Nationalfahne zurückzugeben, ist äußerst gefährlich. Das Ergebnis dieser Politik besteht darin, dass Europa unwiederbringlich ungeheuer hohe Einnahmen verloren gehen, die stattdessen in Steuerparadiese fließen werden.

Ein weiteres äußerst wichtiges Element der Politik der Europäischen Kommission ist die Fischerei, die nicht der einzige Sektor ist, der die nichtindustrialisierten Gebiete der Europäischen Union stimuliert. Die Kommission konzentriert sich in erster Linie darauf, die Größe der Flotten zu verkleinern und versäumt es gleichzeitig, Importe in den Europäischen Markt aus dem Fernen Osten einzuschränken, wie etwa den Import des teilweise kontaminierten Pangasius. In Krisenzeiten muss die Politik der Europäischen Union die Grundlage für die Entwicklung der Wirtschaft schaffen und nicht übereilt versuchen, die Auswirkungen einer verfehlten Strategie aufzufangen.

**Regina Bastos (PPE).** – (PT) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren, ich beglückwünsche die Berichterstatterin zu ihrer Arbeit, diesem Bericht und zu ihrer eben gehaltenen Rede.

Dieses neue Mikrofinanzierungsinstrument ermöglicht die Gewährung von Kleinstkrediten an Kleinunternehmen sowie an Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben und ihr eigenes Unternehmen starten und ihre eigenen Arbeitsplätze schaffen wollen. Das ist sehr wichtig zu einer Zeit, in der voraussichtlich die Wirtschaftskrise zu einem Verlust von 3,5 Millionen Arbeitsplätzen allein in Europa führen wird.

Mit dem wirtschaftlichen Abschwung haben die Banken aufgehört, Kredite für Start-up-Unternehmen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu gewähren, und der Zugriff auf Kredite ist schwieriger zu einer Zeit, in der er leichter sein sollte. Dieses neue Mikrofinanzierungsprogramm wird dem aktuellen Trend der Zugriffsbeschränkung auf Kredite jedoch entgegenwirken und es leichter machen, Finanzmittel zu erlangen, um neue Unternehmen zu gründen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Vorschlag der Kommission sieht die Umverteilung von 100 Mio. EUR für dieses Finanzierungsinstrument aus dem Haushaltsplan des Programms PROGRESS vor. Wir können diesem Antrag nicht zustimmen. Die finanzielle und wirtschaftliche Krise ist auch eine soziale Krise. Finanzmittel aus dem Programm PROGRESS, welches die sozial Schwächsten unterstützen soll, abzuzweigen, ist sicher nicht die beste Lösung. Wir sind daher für die Schaffung einer separaten Haushaltslinie, um dieses Instrument zu finanzieren und auch für eine Erhöhung seiner Fördermittel auf 150 Mio. EUR.

Wir stimmen auch der Erfordernis einer klareren Gesetzgebung im Hinblick auf die Festlegung der Zielgruppe zu, die alle schutzbedürftigen Gruppen von Arbeitnehmern, für die es schwierig ist, in den Arbeitsmarkt wieder einzusteigen und die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, darstellt. Der Hinweis auf spezielle Gruppen sollte daher gestrichen werden.

Abschließend möchte ich betonen, dass es unabdingbar ist, dass die Menschen, die finanzielle Unterstützung erhalten, auch an geeigneten Schulungsmaßnahmen teilnehmen.

**Sergio Gaetano Cofferati (S&D).** – (IT) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, vor dem Hintergrund einer ernsten Wirtschaftskrise, die von äußerst schwerwiegenden Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation charakterisiert wird und durch die viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren können und zur gleichen Zeit zahllose junge Menschen nicht in der Lage sind, zum ersten Mal in den Arbeitsmarkt einzutreten, ist es unbedingt erforderlich, dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten sowohl durch globale Strategien als auch durch gezielt eingesetzte Instrumente Maßnahmen ergreifen.

Das Mikrofinanzierungsinstrument ist genau für die Menschen vorgesehen, deren Ziel es ist, eine Lösung für all diejenigen Menschen bereitzustellen, die vom Bankkreditmarkt ausgeschlossen sind und Schwierigkeiten haben, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen, oder beabsichtigen, ein Projekt, eine wirtschaftliche Unternehmung zu starten, die aber Einkünfte erzielen und damit zum allgemeinen Wirtschaftswachstum beitragen. Insbesondere müssen sich die Mitgliedstaaten selbst entsprechend vorbereiten, wenn wir wollen, dass das Mikrokreditinstrument effektiv ist und kontinuierlich positive Resultate bringt. Des Weiteren sind Verbindungen auf lokaler Verwaltungsebene zu schaffen, da diese von den Auswirkungen der sozialen Krise direkt betroffen ist, und dafür Sorge zu tragen, dass dieses Instrument leicht zugänglich ist.

Es ist hervorzuheben, dass die langfristige Effizienz von geschäftlichen Tätigkeiten, die durch Mikrokreditinstrumente finanziert werden, und die Möglichkeit der vollständigen sozialen Eingliederung größtenteils von Faktoren wie Leitung, Förderung und Schulungsprogrammen abhängen, welche die Mikrofinanzierung begleiten müssen. Unter Berücksichtigung der Ziele, die mit dem Mikrokreditinstrument erreicht werden sollen, ist es auch notwendig, der aktiven Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Bezug auf den Zugang zu Mikrofinanzierungsprogrammen besondere Bedeutung beizumessen. Tatsächlich ist es so, dass insbesondere Frauen sowohl auf dem Arbeits- als auch auf dem konventionellen Kreditmarkt diskriminiert und benachteiligt werden.

Im Allgemeinen ist es beruhigend, festzustellen, dass vor dem derzeitigen sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund das Europäische Parlament geschlossen auftritt und sich in der Frage des Mikrokredits einig ist. Es ist Aufgabe des Rates und der Mitgliedstaaten zu zeigen, dass sie es ernst meinen und sich dazu verpflichtet haben, den Weg für die Bereitstellung adäquater Mittel zu ebnen.

**Siiri Oviir (ALDE).** – (ET) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren, die Kommission hat einen Vorschlag eingebracht, ein neues Finanzierungsmittel zu schaffen –

Mikrokreditfinanzierung. Die Initiative ist gut und wichtig, aber der Vorschlag, die dafür notwendigen Mittel aus dem bereits laufenden Programm PROGRESS zu entnehmen, ist inakzeptabel. Ich möchte den Rat und die Kommission daran erinnern, dass uns die Menschen nicht in diese Kammer gewählt haben, dass wir zu allem Ja und Amen sagen. Als wir Ende 2006 das Programm PROGRESS hier in diesem Plenarsaal verabschiedeten, setzten sich die Mitgliedstaaten ihre entsprechenden Ziele und begannen mit der Arbeit. Die Ergebnisse des Programms wurden sehr gut umgesetzt, und es gibt keinen Grund anzunehmen, warum das Programm deshalb nicht weiterlaufen sollte, bis es 2013 endet.

Das Programm war und ist auf die Gruppen ausgerichtet, die sich in einer ungünstigen wirtschaftlichen Lage befinden, und Fördermittel werden für sie aus diesem Programm bereitgestellt. Derzeit gleitet die Wirtschaftskrise in eine soziale Krise ab. Die Arbeitslosigkeit steigt von Monat zu Monat, und die Maßnahmen des Programms PROGRESS sind weiterhin notwendig. Zur gleichen Zeit handelt die Kommission jedoch ihrem Wunsch gemäß, die Mittel für die Maßnahmen, die noch immer durchgeführt werden, einzuschränken. So ein Ansatz zeugt nicht von Verantwortung und ist inakzeptabel. Ich bin überzeugt, dass wir in diesem Plenarsaal die Mikrokreditfinanzierung solange nicht genehmigen können, bis geklärt ist, woher das Geld für diese Maßnahmen kommen soll – bis klar ist, dass die Geldmittel aus anderen Quellen als den Strategieplänen für die betroffenen benachteiligten Gruppen bereitgestellt werden können.

**Arturs Krišjānis Kariņš (PPE).** – (LV) Frau Präsidentin, die Wirtschaft der EU-Staaten steht immer noch unter dem Eindruck der globalen Wirtschaftskrise, aber die Krise wirkt sich derzeit am stärksten auf junge Unternehmer und Kleinbetriebe aus, deren unternehmerische Ideen im Moment keine Unterstützung von den Kreditgebern erhalten. Wirtschaftswachstum vollzieht sich nur dann, wenn neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Neue Arbeitsplätze werden geschaffen, wenn Unternehmen Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten haben, um ihre Ideen realisieren zu können. Leider gestaltet sich die aktuelle Krisensituation so, dass die Banken kein Geld an Unternehmen leihen wollen, weil sie Risiken fürchten. Privatkapital ist auch keines mehr vorhanden. Unter diesen Bedingungen sind es gewöhnlich die Kleinstunternehmen und jungen Unternehmerinnen und Unternehmer, die am meisten darunter zu leiden haben. Sie haben Ideen für die Entwicklung ihrer Geschäftstätigkeiten, aber keinen Finanzierungsrahmen, und es ist klar, dass die neuen Arbeitsplätze nicht geschaffen werden können, wenn diese Betriebe sich nicht entwickeln können; die Schaffung von Arbeitsplätzen ist aber eine Voraussetzung, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Unsere Lösung für dieses Problem ist das europäische Mikrofinanzierungsinstrument, wodurch 100 Mio. EUR für die Entwicklung von Kleinstunternehmen und neu gegründeten Unternehmen durch die Umverteilung vorhandener Mittel bereitgestellt werden sollen. Im Gegensatz zu den großen Konjunkturpaketen, die während des letzten Jahres vor allem eingerichtet wurden, um das Finanzsystem zu retten, ist dieses Programm auf die Unternehmer und nicht auf die Banken ausgerichtet. Das bedeutet, dass diese Geldmittel unmittelbar dazu beitragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Realwirtschaft anzukurbeln. Ich rufe meine Kolleginnen und Kollegen auf, bei der Entscheidung, dieses Mikrofinanzierungsprogramm einzuführen, nicht zu zögern. Die Länder der Europäischen Union leiden gerade jetzt unter der Krise; Europa braucht jetzt neue Arbeitsplätze; Die Unterstützung für neue Unternehmerinitiativen wird sofort benötigt.

**Sylvana Rapti (S&D).** – (EL) Frau Präsidentin, die bloße Tatsache, dass das europäische Mikrofinanzierungsinstrument für Beschäftigung und soziale Eingliederung den Konsens und gegenseitiges Einverständnis aller politischer Gruppen gefunden hat, beweist, wie sehr dieser Mechanismus notwendig ist.

Es ist äußerst wichtig, dass eine Person, die ihren Arbeitsplatz verloren hat oder Gefahr läuft, ihn zu verlieren und keine Lösung für ihr Problem auf dem konventionellen Bankenmarkt finden kann, in der Lage ist, ein Mikrodarlehen oder einen Mikrokredit zu bekommen.

Aber damit dieser Plan in der Praxis funktionieren kann, muss er ordnungsgemäß und sehr bald durchgeführt werden, was bedeutet, dass wir am Donnerstag, wenn wir über den Haushaltsplan 2010 abstimmen, 'ja' sagen müssen zu den ersten 25 Mio. EUR, die aus diesem Haushaltsplan kommen. Aber das ist nicht genug. Weitere 75 Mio. EUR müssen meines Erachtens aus dem Haushaltsplan bereitgestellt werden, denn wenn wir das Geld aus dem Programm PROGRESS entnehmen, dann ist das so, als ob wir es von den weniger armen und benachteiligten Gruppen nehmen und den Ärmeren und sozial Schwächeren geben würden.

Wenn das geschehen sollte, würde es bedeuten, dass der Mechanismus der Mikrofinanzierung als Konzept praktisch abgeschafft wäre. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass 'PROGRESS' grundsätzlich bedeutet, das soziale Profil Europas voranzutreiben, und wenn das nicht passiert und das Geld aus dem Programm

'PROGRESS' entnommen wird, dann haben wir einen Schritt zurück gemacht. Genau darum glaube ich, dass der Rat die Position des Europäischen Parlaments annehmen sollte.

**Filiz Hakaeva Hyusmenova (ALDE).** – (BG) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, die Europäische Union hat seit mehr als einem Jahr eine Reihe verschiedener Maßnahmen verabschiedet, um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Nicht so wie bei den anderen Maßnahmen dient das Mikrofinanzierungsinstrument tatsächlich als Hilfe für die sozial schwachen Gruppen der Gesellschaft, für die es schwierig ist, in den Arbeitsmarkt einzusteigen oder wieder einzusteigen.

Solidarität als eines der wichtigen Grundsätze der Europäischen Union gebietet, dass sie besondere Berücksichtigung erfahren sollen. Es gibt derzeit ein reges Interesse an diesem Instrument, besonders in Bulgarien, und ich nehme an, dass dies auch in anderen Ländern der Fall ist. Ich habe mich seit Beginn der Aussprachen in dieser Frage durch die Medien, deren Vertreter in großer Zahl das Thema verfolgen, informiert. Es liegt im Interesse der europäischen Institutionen, den EU-Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass unsere unmittelbare Aufgabe darin besteht, uns um diejenigen zu kümmern, die am schwersten von der Krise getroffen wurden und die die ärmsten Mitglieder der Gesellschaft sind.

Das wird die Menschen davon überzeugen, dass die Institutionen effektiv sind und ihnen nahe stehen. Es gibt schon Zweifel daran, ob das Instrument alle seinen potenziellen Kundinnen und Kunden erreichen kann. Der Kreditmangel ist enorm und hat zur steigenden Arbeitslosigkeit beigetragen. 100 Mio. EUR werden nicht ausreichen, allen Arbeitslosen zu helfen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Schließlich verfügt nicht jeder über die Fähigkeiten, ein Unternehmen zu entwickeln: nicht jeder kann erfolgreich geschult werden.

Entscheidend ist, eine rasche Entscheidung zu treffen und mit der Einsetzung des Mikrofinanzierungsinstruments in größtmöglichem Umfang zu beginnen, sodass diejenigen mit Ideen und Unternehmungsgeist jetzt beginnen können, während die Krise noch sehr bedrohlich ist. Das nächste Jahr wurde zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erklärt, daher sollten wir angemessene Maßnahmen verabschieden und den Start des wirtschaftlichen Aufschwungs nicht verzögern.

**Horst Schnellhardt (PPE).** - Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir können sicher feststellen, dass die Stabilisierung der Wirtschaft und der Finanzmärkte sehr hoffnungsvolle Zeichen für 2010 setzt, und ich darf auch daran erinnern, dass dies nur möglich war, weil es europäisch koordiniert wurde.

Aber wir stellen natürlich fest, dass die Zahl der Arbeitslosen steigt, und man muss einfach davon ausgehen, dass das im nächsten Jahr noch zunehmen wird. Deswegen begrüße ich dieses neue Instrument zur Finanzierung von Personen, die in die Selbständigkeit gehen wollen. Es ist ja allgemein bekannt, dass kleine und mittlere Unternehmen Arbeitsplätze schaffen. Seit vielen Jahren diskutieren wir über die finanzielle Unterstützung dieser Unternehmen, wir müssen aber Jahr für Jahr feststellen, dass die Mittel eigentlich gar nicht dort ankommen, wo sie hingehören.

Ich habe vergangene Woche das Ende eines Pilotprojekts verfolgen können und konnte deswegen die Erfahrungen, die dort gesammelt wurden, nicht mehr in diesen Bericht einbringen. Deshalb möchte ich das hier darstellen. Man hat dort Piloten eingesetzt, die Selbständige oder Personen, die selbständig werden wollen, ein Jahr lang auf dem Weg in die Selbständigkeit begleiten. Das war dermaßen erfolgreich, dass ich einfordere, das in dieses Projekt mit aufzunehmen, also nicht nur Personen zu finanzieren, die in die Selbständigkeit gehen, sondern auch Personen zu finanzieren, die diese Personen begleiten. Das ist deswegen notwendig, weil die Banken, die ja keinen Kredit geben, doch ein gewisses Risiko sehen. Ich denke, dieses Risiko kann man damit ausgleichen.

Der zweite Punkt, der dort immer wieder zur Diskussion kam: Man darf die Kredite nicht nach unten begrenzen. Bisher bekommt man Kredite nur ab 5 000 Euro. Das brauchen die Personen manchmal gar nicht. Da reichen viel kleinere Beträge aus, das sollten wir bei diesem Programm mitberücksichtigen.

**Vilija Blinkevičiūtė (S&D).** – (LT) Ich möchte unterstreichen, dass eine der jetzt wichtigsten Aufgaben darin besteht, die Massenarbeitslosigkeit zu senken, die durch längere Untätigkeit und die soziale Krise hervorgerufen wurde. Es ist sehr bedauerlich, dass es während des Trilogs nicht möglich war, eine Einigung über die Finanzierungsquelle zu erzielen. In dieser sozial und wirtschaftlich schwierigen Zeit wäre der Vorschlag der Kommission, 100 Mio. EUR vom Haushaltsplan des Programms PROGRESS umzuverteilen, eine unbefriedigende Lösung, da dies die soziale Ausgrenzung der schwächsten Gruppen nicht verringern wird. Ich bin überzeugt, dass das Mikrofinanzierungsinstrument effektiver sein und sein Ziel erreichen wird,

wenn es so koordiniert ist, dass es nationale, regionale und lokale Programme berücksichtigt und genügend Finanzmittel erhält.

Es sollte ebenfalls berücksichtigt werden, dass das soziale Wohlbefinden Europas direkt mit Beschäftigung und den angebotenen Möglichkeiten, eine Beschäftigung zu finden, verbunden ist. Daher schlage ich vor, dass die Kommission nicht nur die Menschen berücksichtigt, deren Arbeitsplätze gefährdet sind, sondern auch diejenigen, für die sich der Ersteinstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt schwierig gestaltet. Sogar vor Beginn der wirtschaftlichen Rezession hatten viele hart arbeitenden Bürgerinnen und Bürger keine realen Möglichkeiten, eine Beschäftigung zu finden, und daher ist eine große Anzahl von ihnen über die Grenzen der Europäischen Union hinaus ausgewandert. Was sozial benachteiligte Menschen anbelangt, bitte ich den Rat dringend darum, zu beachten, dass es neben den jungen Menschen andere sozial benachteiligte Gruppen gibt, einschließlich der Frauen, behinderter Personen und Senioren, die zusätzliche Beschäftigungsgarantien benötigen. Somit gibt es keinen anderen Weg außer zusätzliche Finanzmittel für die Mikrofinanzierungsinstrumente bereitzustellen.

*(Der Redner erklärt sich damit einverstanden, auf eine „Blue-Card“-Frage gemäß Artikel 149 Absatz 8 zu antworten)*

**Elisabeth Schroedter (Verts/ALE).** – Frau Präsidentin! Das ist jetzt schon die dritte oder vierte Rednerin der Sozialdemokraten, die sagt: Wir wollen kein Geld aus PROGRESS nehmen. Aber die Änderungsanträge besagen, dass das Instrument PROGRESS heißen soll, und Frau Pervenche Berès hat auch gesagt, dass 60 Millionen aus PROGRESS kommen. Das sind zwei Drittel! Mich würde interessieren: Wie ist denn nun die Position der Sozialdemokraten? Soll das Instrument aus PROGRESS finanziert werden – ja oder nein?

**Vilija Blinkevičiūtė (S&D).** – (LT) Ich möchte gerne sagen, dass die beste Lösung darin besteht, zusätzliche Finanzmittel zu finden, weil das Programm PROGRESS praktisch auf dieselben Gruppen ausgerichtet ist und das bedeuten würde, dass die Wirksamkeit sicher nicht gewährleistet ist, sollte es keine zusätzlichen Mittel geben. Setzen wir uns daher zusammen und finden wir eine Lösung, weil die Arbeitslosigkeit drastisch ansteigt und dies wirklich viele Menschen betrifft, die bereits in Schwierigkeiten sind.

**Seán Kelly (PPE).** – Frau Präsidentin, dreieinhalb Millionen Menschen haben im vergangenen Jahr in der Europäischen Union ihren Arbeitsplatz verloren. 100 Mio. EUR werden diese Situation nicht umkehren. Vielmehr beläuft sich das nur auf einen Euro pro Angestellten, wenn Sie berücksichtigen, dass einhundert Millionen Menschen bei kleinen und mittleren Unternehmen angestellt sind. Aber es ist dennoch ein Beginn und muss begrüßt werden, weil, wie das Herr Kommissar Špidla festgestellt hat, die Finanzierung das eigentliche Thema ist.

Lassen Sie mich das veranschaulichen: Ich erfuhr am Wochenende von einer Situation, bei der ein Unternehmen, deren Beendigung eines großen Auftrags sich drei Monate verzögert hatte, zur Bank ging – der Bank wohlgehemmt, mit der es 15 Jahre lang zusammengearbeitet hatte – um einen Überbrückungskredit zu beantragen. Der Kredit wurde verweigert. Dem Geschäftsführer des Unternehmens wurde gesagt, dass ihm der Kredit gewährt würde, wenn er eine Hypothek auf sein eigenes Wohnhaus aufnehmen würde. Das hat er getan, und eine Woche später bekam er einen Brief, in dem ihm mitgeteilt wurde, dass ihm der Dispositionskredit entzogen wurde mit der Begründung, dass sie sich jetzt in einer risikoreichen Situation befänden. Folglich wurde das Unternehmen geschlossen und weitere 10 Personen wurden entlassen.

Damit komme ich zu einem Punkt, den meine Kollegin, Marian Harkin, erwähnt hat, nämlich, dass Finanzmittel an nichtkommerzielle Banken wie die Genossenschaftsbanken gehen sollen, wann immer das möglich ist, weil diese, jedenfalls in meinem Land, in jeder Stadt ausgezeichnete Arbeit leisten, während zahlreiche Hinweise dafür sprechen, dass die kommerziellen Banken trotz der Finanzmittel, die sie von der Europäischen Investitionsbank erhalten, diese Mittel nicht ausgeben, um ihre eigene finanzielle Situation zu stützen.

Aus diesen zwei Gründen, denke ich, sollten wir sehr vorsichtig sein, nicht so sehr im Hinblick darauf, wo das Geld herkommt, sondern wo es hingeht. Wenn es an die richtigen Leute geht, dann wäre das sicher das bestangelegteste Geld, das wir seit langer Zeit hier auf europäischer Ebene ausgegeben haben.

Abschließend möchte ich auf die eher unklugen Bemerkungen des Earl (Grafen) antworten, als er über die bittenden Hände sprach. Es geht hier nicht um eine bittende Hand. Es geht hier darum, denen zu helfen, die anderen dabei helfen, Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und im Arbeitsprozess zu verbleiben. Wir sind stolz darauf und froh darüber, dass wir in das Eurosystem eingestiegen sind und wir werden dabei bleiben.

**Iliana Malinova Iotova (S&D).** – (FR) Frau Präsidentin, die Klausel über Sozialpolitiken im Vertrag von Lissabon verpflichtet die Europäische Union dazu, Beschäftigung, sozialen Schutz und die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung zu berücksichtigen.

Die wirtschaftliche und finanzielle Krise, die über Europa hereingebrochen ist, hat zu einer ernsten menschlichen und sozialen Krise geführt, und das wird Folgen haben, die man im Moment nicht abschätzen kann.

Bis jetzt konzentrierten sich die meisten Anstrengungen auf die Stabilisierung der Banken und die Verhinderung von Konkursen. Zusätzlich zu den Maßnahmen zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit müssen wir einen Mechanismus schaffen, um dem Wirtschaftswachstum der Europäischen Union neue Impulse zu geben.

Der von der Kommission angewandte Mechanismus ist dafür vorgesehen, eine Infrastruktur zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu entwickeln. Auf praktischer Ebene ist es möglich, von einer kurzfristigen auf eine langfristige Strategie umzusteigen. Dieser Mechanismus muss rasch realisiert werden, im Januar 2010. Unsere heutige Aussprache und unsere Entscheidungen werden von vielen Menschen gehört, die sich ungleich behandelt fühlen, und von vielen jungen Menschen, die in die Arbeitswelt eintreten wollen und denen wir unbedingt eine helfende Hand reichen sollten.

Ich möchte noch einmal erwähnen, dass der Vorschlag bereits die Einrichtung einer separaten Haushaltslinie in Höhe von 50 Mio. EUR vorsieht. Das wird ungefähr 6 000 europäischen Unternehmern ermöglichen, ihre eigenen Unternehmen zu starten, diese zu entwickeln und somit neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Zusätzlich, und das ist das wichtigste Element, ist es von zentraler Bedeutung, den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern und für die Bürgerinnen und Bürger bessere Informationen über alle Projekte, die sie beantragen können, zur Verfügung zu stellen.

**Małgorzata Handzlik (PPE).** – (PL) Frau Präsidentin, Hunderttausende von Europäern haben die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in einer Weise zu spüren bekommen, die sie am stärksten getroffen hat, da sie ihre Arbeitsplätze verloren haben. In jedem Land der Europäischen Union ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, und das ist das Merkmal der Krise, welches unsere Bürgerinnen und Bürger am meisten bedrückt. Den Finanzinstituten wird zuerst geholfen. Leider erreicht die Hilfe die Menschen, deren Arbeitsplätze bedroht sind, nicht rechtzeitig, und es sind diese Menschen, welche die Folgen der aktuellen Krise am längsten spüren werden.

Daher bin auch ich über die Einrichtung des europäischen Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung und soziale Eingliederung hocherfreut. Besonders hervorzuheben ist die Verknüpfung dieses Instruments mit dem allgemeinen Ziel, das Unternehmertum zu unterstützen. Finanzmittel, die mithilfe dieses Instruments zur Verfügung gestellt werden, werden die Gründung neuer Unternehmen ankurbeln. Das sind gute Neuigkeiten für unsere Wirtschaft, weil die kleinen und mittleren Unternehmen ihre Grundpfeiler sind, und es sind die kleinen und mittleren Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen.

Die Fazilität passt perfekt in das Konzept der Unterstützung für Unternehmen, das in der Charta für Kleinunternehmen enthalten ist. Es ist wichtig, dass Unternehmen diese Hilfe auch in späteren Phasen erhalten, nicht nur im Anfangsstadium, weil die Finanzmittel dieses Instruments für Unternehmer und Wirtschaft nur von Nutzen sein werden, wenn die neu gegründeten Unternehmen am Markt bestehen können.

Ich hoffe auch, dass das Unternehmertum, insbesondere im Fall der kleinen und mittleren Unternehmen, nicht bloß Thema unserer Aussprachen während der Krise ist. Wir sollten einen umfassenden Ansatz zum Unternehmertum verfolgen, weil diese Unternehmen nicht nur während einer Krise Arbeitsplätze für unsere Bürgerinnen und Bürger schaffen.

**Silvia Costa (S&D).** – (IT) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, es wäre sehr wichtig, im Jahre 2010, dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die Geburt eines neuen Mikrofinanzierungsinstruments der Gemeinschaft zu feiern, das sich an alle diejenigen richtet, die beim Zugang zum Bankensystem benachteiligt sind, die aber Pläne für die Gründung von Kleinstunternehmen haben.

Wie wir wissen, hat sich der Mikrokredit als außergewöhnliches Instrument zur Förderung des Unternehmertums und von großem sozialen Wert in Entwicklungsländern bewährt, insbesondere für Frauen. Er ist auch zu einer neuen Strategie der Vereinten Nationen und der Weltbank geworden, ist aber auch mit



positiven Ergebnissen in vielen Ländern, in vielen europäischen Mitgliedstaaten, einschließlich Italien, insbesondere für Immigranten, Frauen und junge Menschen erprobt worden.

Durch die Annahme dieses Berichts bietet das Parlament in einer ernsten wirtschaftlichen und finanziellen Krise nicht nur eine strategische Möglichkeit für soziale Eingliederung, sondern stellt auch eine positive Herausforderung für das Bankensystem dar, da es in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen, kommunalen Behörden und nationalen Institutionen ein neues Konzept entwickelt und neue Zuständigkeiten schafft.

Ich begrüße die Annahme der vielen Ergänzungsanträge, die ich nicht noch einmal besprechen will, aber ich möchte sagen, dass wir heute nicht nur um Mikrokreditressourcen bitten, sondern dass wir auch verlangen, dass Mikrokredit...

*(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)*

**Christa Klaß (PPE).** - Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kommission hat im vergangenen Monat ihre neue EU-Strategie 2020 als Fortführung der Lissabonner Ziele vorgestellt und unter anderem ein sozialeres Europa gefordert.

Wenn wir nachhaltige Beschäftigung für die Bürger Europas anstreben, dann müssen wir gerade jetzt, in wirtschaftlich schwieriger Situation, dafür sorgen, dass die Menschen eigene, gute Ideen selbst umsetzen können, um ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften. Mit dem EU-Mikrofinanzierungsinstrument für Beschäftigung sollen die Chancen für einen Neuanfang gegeben und der Weg zum Unternehmertum geebnet werden.

Der Weg in die eigenverantwortliche Selbständigkeit geht oft in Etappen. Erste kleinere Investitionen sind besser zu schultern, als große Schuldenberge anzuhäufen. Ein überschaubareres Risiko für den Einstieg in die Selbständigkeit, das suchen besonders Frauen, die oft Startfinanzierungen nachfragen, um den Anfang zu sichern und dann, wenn das Geschäft gut geht, weiter auszubauen. Frauen wollen mit ihrem Unternehmen wachsen. Deshalb müssen den Bürgern möglichst kleine Kreditsummen angeboten werden. Damit meine ich auch Summen deutlich unter 25 000 Euro, was gemeinhin für einen Mikrokredit vorgesehen wird.

Gerade in der Wirtschaftskrise muss die notwendige Liquidität in die Breite der Bevölkerung gelangen. Wenn es hier Hilfen gäbe, die oft sehr hohen Zinsen und Bearbeitungsgebühren für Kleinkredite niedrig zu halten, dann hätten wir eine Chance, um der Wirtschaft neue Impulse zu geben.

Ich begrüße die Idee des Kommissionsvorschlags. Die Ausschüsse im Europäischen Parlament streiten um die Finanzierung. Die Frage nach der Zuständigkeit europäischer Politik ist in diesem Bereich durchaus erlaubt. Die Mitgliedstaaten stehen in erster Verantwortung. Für mich sind aber Mittel aus dem Gemeinschaftsprogramm Beschäftigung Solidarität (PROGRESS) gerade auch in diesem Vorschlag ein Weg, um die Selbständigkeit zu ermöglichen.

**Antonio Cancian (PPE).** – (IT) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, heute Abend diskutieren wir über die Themen, die dem sozialen Herzen unserer Gesellschaft wirklich am nächsten stehen – wie die frühere Debatte über die Mobilisierung des Fonds zur Anpassung an die Globalisierung, und so wollen wir auf Fortschritt in den kommenden Tagen hoffen – und dieser europäische Mikrofinanz-Fonds ist das geeignete und wichtige Instrument.

Ich glaube, man muss nicht immer wiederholen, dass es sich dabei um ein Instrument handelt, das die Probleme der bedürftigsten Bürgerinnen und Bürger löst oder zu lösen versucht, was ihnen mehr Selbstvertrauen und mehr Hoffnung in Bezug auf das Unternehmertum und ihre Zukunft gibt, und daher glaube ich, dass wir hier nicht über die Auswirkungen dieser Krise nachdenken, und dass wir viele Beiträge zur Ausstiegsstrategie hören, dazu, wie man diese Krise überwindet. Wir werden diese Krise nur überwinden, wenn wir das Beschäftigungsproblem lösen, was unsere Tragödie ist; daher sollten wir versuchen, sicherzustellen, dass die Dinge sich rasch weiterentwickeln und dass verlässliche Garantien vorhanden sind im Hinblick auf die Mittel für dieses Instrument, da wir viel höhere Geldsummen mobilisieren sollten als diejenigen, die heute in dieser Aussprache erwähnt wurden; und wir sollten auf keinen Fall Finanzmittel umverteilen, da das Geld in allen Bereichen benötigt wird.

Ich glaube, dass diese 100 Mio. EUR auf keinen Fall aus dem Programm PROGRESS bereitgestellt werden sollen, da es die gleichen Ziele hat, sondern dass eine ganz andere Haushaltslinie dafür bereitgestellt werden soll, damit auch die Mobilisierung größerer Beträge sichergestellt wird.

**Pascale Gruny (PPE).** – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren, zunächst möchte ich der Berichterstatterin für ihre Arbeit und unseren Kolleginnen und Kollegen für ihre harte Arbeit bei der Schaffung dieses neuen Mikrofinanzierungsinstruments danken.

Dieses europäische Instrument wird es möglich machen, Mikrokredite an kleine und mittlere Unternehmen und an Menschen zu vergeben, die ihre Arbeitsplätze verloren haben und ihr eigenes kleines Unternehmen aufbauen wollen. In diesen finanziellen Krisenzeiten sind die schutzbedürftigsten Personengruppen, die sozial Schwachen, insbesondere die Arbeitslosen und jungen Menschen, am schwersten betroffen. Tatsächlich wurden in diesem Jahr in der Europäischen Union mehr als 3,5 Millionen Stellenverluste registriert. Die Annahme dieses neuen Instruments wird es für diese Menschen leichter machen, Zugang zu dem notwendigen Kapital zu bekommen, um ein Unternehmen zu gründen und ihre Träume vom Unternehmertum zu realisieren. Wir sollten nicht vergessen, dass mehr als ein Drittel der Kleinstunternehmen von arbeitslosen Menschen gegründet werden.

In meiner Region werde ich oft von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen, die finanzielle Unterstützung benötigen, um ihr eigenes Unternehmen zu gründen. Ich bin davon überzeugt, dass diese neue Initiative Früchte tragen wird und Arbeitsplätze erhalten sowie neue Arbeitsplätze schaffen wird. Der Vorschlag wird niedrige Investitionen fördern und Kleinstunternehmen Wachstumsmöglichkeiten bieten.

Frau Präsidentin, ich begrüße den echten Mehrwert der Mikrokredite zusammen mit neuen Unterstützungsmaßnahmen, wie etwa Schulungen und Mentoringprogramme, die es den jungen Menschen und Arbeitslosen ermöglichen werden, Zusagen und Unterstützung für ihre Investitionspläne zu bekommen. Ich hoffe, dass dieses neue Instrument, das Beschäftigung fördert, so bald wie möglich angenommen wird und dass eine Einigung zwischen dem Parlament und dem Rat erzielt wird, dieses Instrument, das für unsere Mitbürgerinnen und -bürger ganz besonders während dieser Krisenzeit so äußerst wichtig ist, als permanentes Instrument eingerichtet wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns nicht vergessen, dass es die kleinen und mittleren Unternehmen sind, die Arbeitsplätze schaffen.

**Raffaele Baldassarre (PPE).** – (IT) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, das Mikrofinanzierungsinstrument für die Beschäftigung gehört zu einer Reihe von Initiativen, die auf europäischer Ebene verabschiedet wurden, und es gibt den Arbeitslosen die Möglichkeit, neu anzufangen, und es öffnet die Türen zum Unternehmertum für einige der am meisten benachteiligten Gruppen Europas, einschließlich selbstverständlich der jungen Menschen.

Mit diesem neuen Instrument soll die Palette gezielter finanzieller Unterstützung für Neuunternehmer vor dem derzeitigen Hintergrund eines verringerten Kreditangebots erweitert werden. Einzelne Unternehmer und Gründer von Kleinstunternehmen werden auch neben Zinszuschüssen vom Europäischen Sozialfonds durch Mentoringprogramme, Schulungen und Kapazitätsaufbau unterstützt.

Wenn die Schwächsten unserer Gesellschaft, die Arbeitslosen und benachteiligten Gruppen, eine Tätigkeit, das heißt eine unternehmerische Tätigkeit durchführen wollen, und zwar vor dem Hintergrund der eingeschränkten Gewährung von Bankkrediten und der Schwierigkeiten, die derzeit bei der Erlangung von Krediten bestehen, dann ist es klar, dass dies alles sehr umfassend unterstützt werden muss, weil es sich hier um eines der Instrumente handelt, die uns helfen können, den natürlichen Epilog dieser Finanzkrise, nämlich eine endlose Beschäftigungskrise, zu bekämpfen. Obwohl wir Zeichen des Wirtschaftsaufschwungs erkennen können, sind die Zeichen für die Beschäftigung noch immer negativ.

Es ist jedoch notwendig, dass die Mittel aus dem PROGRESS-Fonds unverändert zur Verfügung stehen, in dem Sinne, dass wir keine Mittel aus dem Programm PROGRESS für das Mikrofinanzierungsinstrument bereitstellen. Die Mittel hierfür müssen aus anderen Quellen kommen und mit anderen europäischen Initiativen verbunden werden, sodass wir ein gutes Beispiel abgeben und damit die Arbeitslosen in Europa tatkräftig unterstützen.

**Elisabeth Morin-Chartier (PPE).** – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte ihre Aufmerksamkeit auf die große Bedeutung des Mikrokredits in diesen Zeiten der Arbeitsplatzkrise lenken. Mikrokredite ermöglichen Arbeitslosen dank Risikoverteilung und Finanzierungsinstrumenten einen Neubeginn und somit den Zugang zum Unternehmertum.

Angeichts der Finanzkrise und der großen Abnahme der Anzahl gewährter Darlehen unterstütze ich den Vorschlag der Europäischen Kommission, ein Mikrofinanzierungsinstrument einzurichten, das auf die sozial schwächsten Gruppen, insbesondere auf Frauen, junge Menschen und die Arbeitslosen, ausgerichtet ist.

Ich möchte meine Unterstützung auch den Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion der Europäischen Volkspartei zuteil werden lassen, die zusammen mit anderen Fraktionen – Sozialisten, Liberalen und Konservativen - Kompromissänderungsanträge vorgelegt haben, um dieses Mikrofinanzierungsinstrument 2010 so schnell wie möglich einzurichten. Ich rufe auch den Ministerrat auf, Verantwortung zu übernehmen, in der aktuellen Krisensituation eine schnelle Lösung zu finden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und eine bleibende Lösung für die Finanzierung dieses Mikrokredits zu finden.

**Artur Zasada (PPE).** – (PL) Frau Präsidentin, das Programm PROGRESS ist eine wichtige Initiative zur Unterstützung der Mitgliedstaaten, Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung und soziale Angelegenheiten effektiv umzusetzen. In der letzten Woche hatte ich ein Treffen mit den Mitgliedern des Programmausschusses hinsichtlich der Umsetzung des Programms PROGRESS. Meine Schlussfolgerungen sind folgendermaßen: Erstens, die Werbekampagne, die potenzielle Begünstigte des Programms über seinen Anwendungsumfang informieren soll, wird nicht ausreichend transparent durchgeführt. Zweitens, die meisten Informationen über Ausschreibungen und Wettbewerbe sind nur in drei Sprachen verfügbar: In Englisch, Deutsch und Französisch. Das stellt ein funktionelles Hindernis für die Menschen dar, die keine dieser Sprachen sprechen. Ich glaube, eine Überprüfung der Grundsätze der Werbekampagne ist erforderlich. Wir sollten so rasch wie möglich den Wiedererkennungswert des Programms PROGRESS verbessern und Informationen darüber in der ganzen Union verbreiten.

**Silvia-Adriana Țicău (S&D).** – (RO) Das Mikrofinanzierungsinstrument für Beschäftigung und soziale Eingliederung unterstützt die Anwendung einfacher Verfahrensweisen und muss sie unterstützen, damit die Betroffenen davon in wirksamer Weise profitieren können. Allerdings glaube ich, dass das Mikrofinanzierungsinstrument mehr auf die Menschen ausgerichtet sein soll, die ihre Arbeitsplätze verloren haben und beim Zugang zum traditionellen Kreditmarkt benachteiligt sind und den Wunsch haben, ihre eigenen Kleinstunternehmen zu gründen oder weiterzuentwickeln, auch im Rahmen einer selbstständigen Tätigkeit.

Ich denke, dass die Aufmerksamkeit speziell den jungen Menschen gelten muss, die unglücklicherweise, wie das aus jüngsten europäischen Statistiken hervorgeht, mit immer längeren Perioden der Arbeitslosigkeit konfrontiert werden oder nur Leiharbeitsverträge haben. Darüber hinaus wird der Jahresbericht über die Nutzung des zugeteilten Haushaltsplans in naher Zukunft die Durchführung einer eingehenden Analyse und, wenn notwendig, die Aufstockung des Haushalts vorsehen. Wenn wir Beträge von einem Programm auf ein anderes Programm transferieren, riskieren wir, beide zu benachteiligen.

**Karin Kadenbach (S&D).** - Frau Präsidentin! Wir haben heute über den EGF gesprochen, und jetzt sind wir bei den Mikrokrediten. Beide Instrumente sind dringend notwendig, um die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU zu bekämpfen und den europäischen Arbeitsmarkt zu stimulieren.

Wir brauchen beide Instrumente, denn nicht jeder und nicht jede sind zum Unternehmer oder zur Unternehmerin berufen. Es darf auch nicht Ziel unserer Beschäftigungspolitik sein, aus ehemals unselbständig Beschäftigten, aus unselbständig Erwerbstätigen aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen neue Selbständige zu machen, für die zum Teil viel eher die Bezeichnung Scheinselbständige treffend wäre. Hier haben die Mitgliedstaaten dann auch entsprechend Vorsorge zu treffen. Aber für all jene, die die Herausforderung einer selbständigen Tätigkeit annehmen wollen, müssen auch die Mittel zugänglich gemacht werden, mit denen sie diese Unternehmen gründen oder ausbauen können. Es ist aber – und auch hier sind das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten gefordert – begleitend darauf zu achten, dass die normale soziale Absicherung weiter gegeben ist. Wir brauchen neues Geld für neue Ideen.

**Zigmantas Balčytis (S&D).** – (LT) Ich glaube, dass die Abgeordneten sich heute vollkommen darüber einig sind, dass diese Unterstützung durch Mikrofinanzierung jetzt sehr notwendig ist. Lebens- und Arbeitsbedingungen haben sich radikal verändert, und die Geißel der Arbeitslosigkeit, die fast jeden Staat getroffen hat, zwingt uns, bestimmte Anträge einzubringen, um gewisse Unterstützungsfazilitäten zu ergänzen. Bis jetzt war der größte Teil von Finanzmitteln für große Unternehmen und Organisationen vorgesehen, und in vielen Fällen wurde es ganz klar, dass bis jetzt der Normalbürger der Europäischen Union nur wenig oder gar keine Hoffnung auf finanzielle Unterstützung hatte. Ich bin überzeugt, dass die Lösung der Kommission für die Zukunft unabdingbar darin besteht, zu einer Einigung mit dem europäischen

Parlament zu kommen. 100 Mio. EUR sind wirklich nur der Anfang. Es ist der erste Versuch, aber ich bin überzeugt, dass dieser Versuch erfolgreich sein kann.

**Vladimír Špidla**, *Mitglied der Kommission*. – (CS) Sehr geehrte Damen und Herren, die Diskussion hat ganz klar die Unterstützung des Parlaments für das Mikrofinanzierungsinstrument gezeigt, und ich glaube, dass es keine großen Meinungsverschiedenheiten gibt, was die Substanz der Frage anbelangt. Ich bin ebenfalls davon überzeugt, dass es eine wesentliche Annäherung an die Position des Rates gibt, was die Substanz der Frage anbelangt.

Es ist die Frage der Finanzierung, die noch offen ist. Natürlich ist das Problem der Finanzierung auch Bestandteil des Mitentscheidungsverfahrens, was bedeutet, dass es absolut notwendig und wünschenswert ist, einen Kompromiss zu suchen, und ich bin hocherfreut, dass die Aussprache ein Signal des großen Willens gesetzt hat, die Verhandlungen mit dem Rat ohne Verzögerung wiederaufzunehmen. Zur gleichen Zeit hat die Aussprache die Möglichkeit von Kompromissen in anderen Bereichen angedeutet.

In der Aussprache wurde häufig die Kommission im Hinblick auf das Programm PROGRESS und seiner Verwendung innerhalb des Rahmens dieses neuen Instruments kritisiert. Ich muss sagen, dass die Kommission kein leichtes Problem zu lösen hatte, weil sie innerhalb der Rahmenbedingungen des bestehenden Haushaltsplans oder der interinstitutionellen Vereinbarung operieren muss. Sie kann nur vorhandene Gelder verwenden. Als wir unsere Entscheidung zur Verwendung der Mittel des Programms PROGRESS überdachten, haben wir die Konsequenzen sehr sorgsam abgewogen und sind zu der Überzeugung gelangt, dass es eine der möglichen Lösungen, wenn auch keine ideale Lösung ist.

Es wurde wiederholt während der Aussprache festgestellt, dass dies Geschicklichkeit oder eine Umschichtung von Geldmitteln von einem Topf in den anderen beinhalte. Das ist nicht der Fall, da alle Analysen klar zeigen, dass die im Rahmen des Mikrokredits verwendeten Mittel einem geschätzten fünffachen Multiplikatoreffekt unterliegen. In anderen Programmen würden diese Mittel einen Index von 1 erzielen, während sie im Mikrokreditprogramm theoretisch einen Index bis 5 erreichen können. Aus dieser Sicht ist es nicht einfach eine Frage der Umschichtung von einem Topf in den anderen, sondern eine Frage der Neuverwendung der Mittel. Ich möchte noch einmal wiederholen, dass es keine leichte Entscheidung war, und ich denke nicht einmal, dass es die einzige Entscheidung war und dass sich in der Aussprache über die Kompromissfindung sicherlich eine ordentliche Basis finden wird, oder zumindest hoffe ich das.

Die Idee des Mikrokredits gründet sich auf eine klare Erklärung, dass das derzeitige Finanzsystem nicht genügend Geldquellen hat, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, oder anders ausgedrückt, dass das System das menschliche Potenzial nicht nutzt, das in der Gruppe der Menschen vorhanden ist, die zu den so genannten sozial schwachen Gruppen gehören. Ich halte das für eine große Verschwendung von Chancen und bin daher äußerst froh darüber, dass die Kommission dieses Instrument vorgeschlagen hat und ich bin hocherfreut, dass das Parlament ihm so ein hohen Wert beimisst.

Wie ich bereits gesagt habe, der Gedanke dahinter ist der, dass wir das menschliche Potenzial nutzen wollen, das in den Menschen vorhanden ist, die normalerweise nicht in der Lage wären, ihr Potenzial auf diese unternehmerische Weise zu nutzen. Aber es ist genauso wichtig, keine Zeit zu verschwenden. Meines Erachtens widerspricht es dem eigentlichen Sinn dieses Instruments, das gerade in Krisenzeiten benötigt wird, eine ungebührlich lange Debatte zu führen. Ich denke auch, dass es in Zeiten ohne Krise notwendig ist und ein fester Bestandteil des europäischen Arbeitsmarkts und der Wirtschaftspolitik werden wird.

**Kinga Gőncz**, *Berichterstatterin*. – (HU) Danke für die unterstützenden Bemerkungen und Ausführungen. Gestatten Sie mir, Ihnen die Ansicht derjenigen nahezubringen, die wegen der geringen Kompromissbereitschaft der Kommission ihre Enttäuschung zum Ausdruck gebracht haben. Ich muss auch dem Herrn Kommissar sagen, dass die Umverteilung der ausschließlich für das Programm PROGRESS bestimmten Mitteln den Eindruck vermittelt, dass wir hinsichtlich der Mittel für soziale Eingliederung uns nur die Unterstützung der sozial Schwächsten vorstellen können, wenn wir die Mittel Programmen entnehmen, die demselben Zweck dienen. Wir sind nicht in der Lage, andere Geldquellen ausfindig zu machen. Ich denke, das ist inakzeptabel.

Das Mitentscheidungsverfahren bedeutet auch, dass jede Person und jede Partei aktiv werden muss. Das Parlament hat eine Reihe von Vorschlägen und Anträgen in dieser Angelegenheit eingebracht, während es keine derartigen Vorschläge oder Anträge vom Rat oder der Kommission gab, was dabei geholfen hätte, eine Einigung zu erzielen. Ich muss Frau Elisabeth Schroeder sagen, dass unsere Verteidigung des Programms PROGRESS in diesem Haus unsere Überzeugung verdeutlicht – die gemeinsam getragene Überzeugung, dass

wir noch immer kompromissbereit sind –, dass dieses Programm so bald wie möglich umgesetzt werden muss.

Die angebotene finanzielle Unterstützung wird nur effektiv sein, wenn die Fazilität zum Jahresbeginn 2010 eingeführt werden kann. Wenn das Parlament tatsächlich in dieser Woche über diese Angelegenheit abstimmt, dann wird es alles in seiner Macht Stehende getan haben, damit dieses Programm zum Jahresbeginn 2010 in Kraft treten kann. Da das Parlament vermutlich für nächstes Jahr für die 25 Mio. EUR aus seinen Eigenmitteln stimmen wird, und wenn es für den gesamten Betrag stimmen wird, dann wird dies der Kommission genügen, die Vereinbarungen zu unterzeichnen, die den Start des Programms ermöglichen.

Ich denke, das zeigt den konstruktiven Ansatz des Parlaments. In jedem Fall halte ich dieses Programm aus der Sicht der sozialen Eingliederung für extrem wichtig. Ich möchte auch den Kolleginnen und Kollegen, die dies unterstützt haben, zustimmen, dass wir nicht die gesamten Mittel aus dem Programm PROGRESS entnehmen, und dass sie mit Lobbyarbeit auch ihre eigenen Regierungen dafür gewinnen sollen, Mittel zuzusteuern, insbesondere, angesichts der Tatsache, dass die Regierungen dieser Länder Mitglieder der Kommission sind.

**Die Präsidentin.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen statt.

#### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)**

**Corina Crețu (S&D), schriftlich.** – (RO) Die Wirtschaftskrise hat sich in eine akut spürbare soziale Krise verwandelt, für die wir noch keine Lösung gefunden haben. Leider hat einer der Indikatoren, der beim Start des Aufschwungs helfen könnte, der Prozentsatz der Kreditvergabe, im Bereich des Eurosystems nach 1991 ein neues Rekordtief erreicht und erfährt einen nie dagewesenen Zusammenbruch in den neuen Mitgliedstaaten, wie es in Rumänien der Fall ist. Das ist eines der Kriterien, welche die Aussichten, die Rezession zu überwinden, in Frage stellen. Vor diesem Hintergrund begrüße ich den Vorschlag der Kommission zur Einrichtung der Mikrofinanzierungsfazilität.

Um jedoch sicherzustellen, dass die Maßnahmen zur sozialen Eingliederung effektiv sind, muss die Fazilität in einer getrennten Haushaltslinie geführt werden. Die Umverteilung von Geldmitteln aus dem Programm PROGRESS würde sich auf seine spezifischen Leitlinien für Gemeinschaftsaktionsprogramme auswirken und ein alarmierendes Signal im Hinblick auf die soziale Offenheit einer Europäischen Exekutive aussenden, die bis jetzt zu unserem Bedauern äußerst zurückhaltend war, wenn es darum ging, ein ausreichendes Maß an sozialem Engagement zu demonstrieren.

Von der Krise ist jede Gruppe von gefährdeten Personen betroffen, aber wir dürfen das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit nicht ignorieren. Die Tatsache, dass jeder Fünfte in Europa keinen Arbeitsplatz hat, hat möglicherweise Auswirkungen auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene sowie in demografischer Hinsicht und im Hinblick auf die Kriminalitätsrate. Daher denke ich, dass es angemessen ist, sich mehr darauf zu konzentrieren, die Chancen der jungen Menschen, in den Arbeitsmarkt einzusteigen, zu verbessern.

**Vasîlica Viorica Dăncilă (S&D), schriftlich.** – (RO) Seit Herbst letzten Jahres haben mehr als 5 Millionen europäische Bürgerinnen und Bürger ihren Arbeitsplatz verloren, sodass sich die Gesamtzahl in Europa auf 22,5 Millionen Arbeitslose beläuft. Vor diesem Hintergrund dürfen wir die hohe Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen nicht ignorieren. Es ist zutiefst bestürzend, dass jeder Fünfte in Europa keine Beschäftigung hat, was Auswirkungen auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene sowie in demografischer Hinsicht und im Hinblick auf die Kriminalitätsrate hat. In einigen Ländern ist der Prozentsatz der arbeitslosen jungen Menschen im Verhältnis zur nationalen Arbeitslosenrate sogar höher. Zum Beispiel ist einer von drei Letten arbeitslos, während ungefähr 43% der spanischen Bürgerinnen und Bürger unter 25 Jahren von diesem Problem betroffen sind. Ich glaube, wir müssen den jungen Menschen größere Aufmerksamkeit schenken. In dieser Hinsicht wird die Initiative der Europäischen Kommission zu Mikrofinanzierungsprogrammen, die in einer getrennten Haushaltslinie geführt werden, dabei helfen, junge Leute zu ermutigen und zu motivieren, in den Arbeitsmarkt einzusteigen, und damit zur Verringerung der Arbeitslosenrate, die in dieser sozialen Gruppe gestiegen ist, beitragen.

**Iosif Matula (PPE), schriftlich.** – (RO) Die aktuellen Bemühungen auf EU-Ebene und nationaler Ebenen müssen verstärkt werden, um das Angebot von Mikrokrediten zu vergrößern. Die Europäische Mikrofinanzierungsfazilität muss angemessene Unterstützung für die Arbeitslosen und die sozial schwachen Menschen anbieten, die ein Kleinstunternehmen gründen oder führen wollen. Ich bin überzeugt, dass die

Europäische Mikrofinanzierungsfazilität eine getrennte Haushaltslinie haben muss, da die Leistungsempfänger dieses Programms sich von den Begünstigten des Programms PROGRESS unterscheiden. Die Geldmittel des Programms PROGRESS dürfen in dieser Krisenzeit unter keinen Umständen verringert werden, da sie für die sozial schwächsten Gruppen vorgesehen sind. Ich glaube ebenfalls, dass die europäische Mikrofinanzierungsfazilität im Haushaltsplan ausreichend berücksichtigt werden muss, damit sie in den Bereichen Beschäftigung und sozialer Eingliederung effizient umgesetzt werden kann. Die Mitgliedstaaten und die EU müssen zu einer Zeit der globalen Wirtschaftskrise mit der Durchführung des Programms PROGRESS fortfahren.

## 19. Sicherheit von Spielzeug (Aussprache)

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt die Erklärung der Kommission über die Sicherheit von Spielzeug

**Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission.** – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Immer vor Weihnachten diskutieren wir über Spielzeug. Das ist auch richtig so, denn das ist die Zeit, in der sich die Menschen am meisten für Spielzeug interessieren. Ich bin sehr dankbar, dass wir das auch in diesem Jahr wieder tun, denn die Sicherheit von Spielzeugen ist ein Anliegen, das Parlament, Rat und Kommission gemeinsam verfolgen und wo wir gemeinsam die höchsten Anforderungen stellen.

Die Debatte am heutigen Abend ist durch Medienberichte in einem einzigen Mitgliedsland – Deutschland – ausgelöst worden. Sie stammen vom Bundesinstitut für Risikobewertung und vom Technischen Überwachungsverein. Beide Institutionen haben sich nicht direkt an die Kommission gewandt. Auch die deutsche Bundesregierung hat sich bisher in dieser Sache nicht an die Kommission gewandt. Wir wissen also auch nicht mehr als das, was diese beiden Einrichtungen als Presseerklärungen abgegeben haben und was in den deutschen Medien zu lesen war. Aber nichtsdestoweniger handelt es sich um ein Thema, das man so ernst nehmen muss, dass es auch dann, wenn man sich nur auf Presseberichte stützen kann, notwendig ist, sich damit auseinanderzusetzen.

Die Analyse der uns vorliegenden Berichte ergibt, dass wir uns mit vier verschiedenen Themen befassen müssen. Das erste ist eine Frage, die sehr leicht zu beantworten ist. Nach Aussagen des deutschen Technischen Überwachungsvereins entspricht ein erheblicher Teil von Spielzeugen, die auf dem deutschen Markt getestet worden sind, nicht den geltenden rechtlichen Bestimmungen in der Europäischen Union. Hier, meine Damen und Herren, sind die Regeln vollkommen klar. Wenn ein Mitgliedsland eine solche Feststellung macht, ist es verpflichtet, alle übrigen Mitgliedsländer und die Europäische Kommission sofort darüber zu unterrichten und die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die können so weit gehen, dass diese Produkte sofort vom Markt genommen werden, und zwar überall in Europa, und auch ein Importverbot verhängt wird, wenn diese Produkte außerhalb der Europäischen Union hergestellt worden sind. Ich hoffe, dass die deutschen Behörden sehr schnell über RAPEX die entsprechenden Mitteilungen an die übrigen Mitgliedsländer und an die Kommission machen. Sollten Importverbote notwendig sein, sage ich Ihnen hiermit zu, dass die Kommission solchen Importstopps unmittelbar und ohne jede zeitliche Verzögerung zustimmen wird. Aber wie gesagt, bis jetzt liegen uns keine entsprechenden Informationen der deutschen Behörden vor.

Die Marktüberwachung – ich muss das hier sehr deutlich sagen – ist ausschließliche Kompetenz der Mitgliedstaaten. Die Europäische Kommission und auch das Parlament oder der Rat verfügen über keinerlei Instrumente der Marktüberwachung. Über die verfügen die Mitgliedstaaten ganz alleine. Aber sie sind gesetzlich, auch nach der geltenden Spielzeugrichtlinie, dazu verpflichtet, diese Marktüberwachung durchzuführen. Und wenn ich aus Deutschland lese, dass zweifelhaft ist, dass die deutsche Marktüberwachung die Anforderungen der neuen Spielzeugrichtlinie erfüllen kann, dann kann ich hier nur eines sagen: Dann ist die deutsche Regierung dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die deutschen Marktüberwachungsbehörden das können. Also ich denke, diese Frage ist relativ klar zu beantworten.

Auch die zweite Frage ist einfach. Es ist ein altes Thema, das das Parlament im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Spielzeugrichtlinie intensiv debattiert hat und wo es in Kampfabstimmung in diesem Parlament, in namentlicher Abstimmung, zu einer klaren und eindeutigen Mehrheitsentscheidung gekommen ist. Es ging um die Frage der obligatorischen Zertifizierung von Spielzeugen durch eine Drittstelle. Dieser Vorschlag wurde von Deutschland gemacht. Im Hintergrund standen die Technischen Überwachungsvereine. Der Vorschlag ist mit Recht abgelehnt worden, weil die Zertifizierung durch eine Drittstelle bei normalerweise technisch ja nicht anspruchsvollem Spielzeugen überhaupt keine zusätzliche Sicherheit schafft, denn was hier zertifiziert wird, ist der Prototyp.

Das Problem bei Spielzeugen ist aber nicht der Prototyp, sondern wie wir aus der Praxis wissen, ist das Problem bei Spielzeugen die Frage, ob im gesamten Herstellungsprozess die sehr anspruchsvollen Anforderungen, die wir haben, von allen Zulieferern und allen Beteiligten in der Wertschöpfungskette tatsächlich eingehalten werden. Und wie überall, so halten wir auch bei Spielzeug an dem Grundsatz fest, dass der Hersteller die volle Verantwortung dafür übernehmen muss, dass ein Produkt mit dem geltenden Recht in Übereinstimmung steht. Wir dürfen die Hersteller, ganz egal wo auf der Welt sie sind, nicht aus dieser Verantwortung entlassen!

Wenn es in einem bestimmten Land Probleme mit der Zuverlässigkeit geben sollte, dann ist es notwendig, mit diesem Land darüber zu reden, dass sich die Produktionsverhältnisse dort bessern. Und genau das tut die Europäische Kommission. Ich rede über China. Wir sind in engem und intensivem Kontakt mit China, was die Frage angeht, wie wir tatsächlich sicherstellen, dass die Produktionsbedingungen in diesem Land, das mit Abstand der größte Spielzeughersteller der Welt ist, unseren Anforderungen entsprechen. Hier sind auch Fortschritte gemacht worden, aber da sind sicherlich weitere Bemühungen notwendig.

Der dritte Komplex bezieht sich auf chemische Substanzen und Schwermetalle in Spielzeugen. Das ist ein außerordentlich schwieriges und heikles Thema. Die politische Vorgabe, die ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegeben habe, als die Spielzeugrichtlinie erarbeitet wurde, war, die strengstmöglichen Regeln vorzusehen, die strengstmöglichen! Diese Auffassung ist auch vom Rat und vom Parlament geteilt worden. Das heißt, dass die Grenzwerte, die wir in der neuen Spielzeugrichtlinie haben, die ab 2011 schrittweise eingeführt wird, dem zum Zeitpunkt der Verabschiedung verfügbaren Erkenntnisstand der Wissenschaft entsprachen.

Wir haben allerdings, wissend, dass es sich hier um einen evolutionären Prozess handelt – die Wissenschaft schreitet ja immer weiter fort, es gibt immer wieder neue Forschungsergebnisse, neue Erkenntnisse –, deshalb bewusst gemeinsam die Richtlinie so gestaltet, dass neue wissenschaftliche Erkenntnisse, die zeigen, dass Risiken bestehen, die wir bisher nicht gesehen hatten, und Grenzwerte zu hoch angesetzt sind, dann in einem Komitologieverfahren unter Beteiligung des Parlaments ganz schnell einbezogen werden können. Dazu ist nach der bestehenden Rechtslage, die das Europäische Parlament beschlossen hat, die Befassung des zuständigen wissenschaftlichen Ausschusses zur Bewertung von Risiken von Produkten notwendig.

Es hat in diesem Jahr zweimal Hinweise darauf gegeben, dass es möglicherweise neue Erkenntnisse gibt. Einmal durch einen Brief der deutschen Bundesministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz an mich vom Frühjahr dieses Jahres. Der Brief bezog sich auf Kadmium. Ich habe daraufhin sofort veranlasst, dass diese Frage dem wissenschaftlichen Ausschuss vorgelegt wird, und nicht nur in Bezug auf Kadmium, sondern auch in Bezug auf andere Schwermetalle. Wir erwarten das Ergebnis dieser Prüfung im ersten Halbjahr 2010, spätestens am Ende des ersten Halbjahres. Und falls sich herausstellt, dass hier in der Tat neue Erkenntnisse vorliegen, werden wir unverzüglich einen Vorschlag machen, die noch nicht einmal in Kraft getretene Richtlinie an dieser Stelle zu verschärfen, sodass sie mit den verschärften Grenzwerten dann im Jahre 2011 in Kraft tritt.

Der zweite Fall ist etwas kompliziert und schwer zu erklären. Er bezieht sich auf polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, so genannte PAKs, von denen wir alle im Leben täglich umgeben sind – man ahnt es gar nicht, womit wir alles zu tun haben. Auch hier ist es so, dass wir Hinweise bekommen haben, dass die Grenzwerte für diese polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe möglicherweise zu hoch angesetzt sind. Der wissenschaftliche Ausschuss ist damit befasst. Das Ergebnis wird ebenfalls so rechtzeitig kommen, dass wir Korrekturen vornehmen können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einflechten, dass wir es hier mit einem Problem zu tun haben, das wir als Politiker kaum lösen können. Es handelt sich hier um technische Fragen von ungeheurer Komplexität. Ich gestehe Ihnen ganz offen, dass ich die außerordentlich komplizierten naturwissenschaftlichen Betrachtungen, die mir da auf den Tisch gelegt werden, nicht immer verstehe. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es viele Mitglieder in diesem Parlament gibt, auch wenn alle heute Abend da wären, die das von sich behaupten könnten. Das können wir nicht, dafür sind wir nicht ausgebildet. Wir sind also bis zu einem gewissen Grad darauf angewiesen, unseren Fachleuten zu vertrauen. Da liegt das Problem.

Denn wir alle wissen, dass die Geschichte der Wissenschaft voll ist von Beispielen, wo sich eine allgemein anerkannte Lehrmeinung als falsch herausgestellt hat. Die Wissenschaftsgeschichte ist voll von Beispielen, bei denen sich so genannte Minderheitsmeinungen am Ende als richtig erwiesen haben. Wie sollen wir als Politiker in einem Streit zwischen Wissenschaftlern entscheiden können? Das können wir nicht. Hier liegt ein Risiko, das zu unserem Beruf als Politiker gehört und das wir nicht vermeiden können.

Die Regel, die wir hier in den europäischen Institutionen haben, ist, dass wir den Empfehlungen der zuständigen wissenschaftlichen Ausschüsse folgen. Und das haben wir in diesem Falle auch getan. Aber ich sage ganz offen, ich nehme diese Frage so ernst, dass jeder auch noch so geringe Hinweis darauf, dass möglicherweise neue Erkenntnisse vorliegen – und selbst, wenn wir es nur aus einer Zeitungsmeldung erfahren –, von der Kommission so ernst genommen wird, dass diese Frage den Wissenschaftlern vorgelegt wird.

Der letzte Punkt ist ein ärgerlicher Punkt. Hier muss ich wirklich sagen, dass ich von einem Institut, das zu der Regierung eines Mitgliedslands gehört, erwartet hätte, dass es die Mindestregeln für wissenschaftlichen Anstand beachtet. Die Behauptung des Bundesinstituts für Risikobewertung, die von den deutschen Medien breit aufgenommen worden ist, wir hätten für Reifen einen Grenzwert bei den polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen, der hundertmal strenger ist als der Grenzwert für Kinderspielzeug, diese Behauptung ist eine Infamie. Es ist eine wirkliche Infamie, und die Wissenschaftler dort wissen das.

Die Wahrheit ist, dass die für die Reifenherstellung geltenden Regeln, insbesondere für die dort verwendeten Öle, aus der Zeit vor REACH und vor der Richtlinie für die Sicherheit von Spielzeugen stammen und dass hier einer dieser Stoffe als Referenzwert genommen wird. Dieser Stoff steht aber für eine Gruppe von ungefähr hundert anderen. Sie müssen also den Referenzwert mal hundert nehmen. Da kommen Sie ganz genau auf den Schwellenwert, der auch für andere Produkte in der Europäischen Union gilt.

Mit anderen Worten, da der Schwellenwert, der bei der Verwendung von bestimmten Ölen bei der Reifenherstellung gilt, sich am allergeringsten überhaupt noch messbaren Anteil dieser Substanzen am Produkt orientiert, ist das bei Spielzeugen ganz genauso. Der Anteil ist definiert nach dem allergeringsten noch messbaren Anteil. Ich kann hier dieses Bundesinstitut nur auffordern, diese die Menschen verwirrende, unhaltbare Behauptung zurückzunehmen. Es ist wirklich nicht erträglich, dass man sich mit so etwas auseinandersetzen muss.

In der Zusammenfassung: Was die Spielzeugrichtlinie angeht, haben wir ein Werk geschaffen, das nach bestem Wissen und Gewissen dem entspricht, was zum Zeitpunkt der Verabschiedung möglich war. Und wir haben es so gemacht, dass neue Erkenntnisse jederzeit so eingebaut werden können, dass unsere Sicherheitsanforderungen für Spielzeuge jederzeit auf dem neuesten Stand von Wissenschaft und Forschung sind.

**Andreas Schwab**, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Herr Kommissar, ich möchte mich bei Ihnen herzlich für die Klarheit und Glaubwürdigkeit der Aussagen im Hinblick auf die hier in Frage stehenden Grenzwerte bedanken. Deswegen möchte ich für die EVP-Fraktion – wir haben mit Marianne Thyssen damals auch den Berichterstatter für die Spielzeug-Richtlinie gestellt – klarstellen, dass auch wir einen vollständigen Schutz bei allen gefährlichen Stoffen erreichen und behalten wollen. Wir wissen, dass wir hier in einer besonderen Verantwortung für die Gesundheit unserer Kinder und damit unserer Zukunft stehen.

Gerade vor Weihnachten – Sie haben darauf hingewiesen, Herr Kommissar – müssen Eltern und Großeltern sicher sein können, welches Spielzeug für ihre Kinder oder Enkel sicher ist, welches Spielzeug sie für ihre Kinder oder Enkel kaufen können. Wie Sie appelliere ich deswegen an die Marktaufsichtsbehörden in den Mitgliedstaaten, insbesondere in Deutschland, ihren Pflichten nachzukommen und gefährliches Spielzeug vom Markt zu nehmen. Ich glaube, dass wir damals richtig entschieden haben, die Dritt Zertifizierung als allgemeines Bewertungskriterium für Spielzeug nicht zur Anwendung zu bringen.

Was die Grenzwerte angeht, ist es – wie Sie beschrieben haben – schon vor einem Jahr zu einem vergleichbaren Aufruf gekommen. Ich hatte mich damals mit einem Schreiben an Sie gewandt und darum gebeten, dass Sie den wissenschaftlichen Ausschuss der Kommission anrufen. Dafür bin ich Ihnen außerordentlich dankbar. Ich habe mich damals darum gekümmert, weitere wissenschaftliche Meinungen aus Deutschland einzuholen, die mir inzwischen vorliegen. Ich zitiere aus einer Studie des chemischen und Veterinäruntersuchungsamts Stuttgart: „Die höheren Migrationsgrenzwerte der neuen Richtlinie und deren Vergleich mit den fünfzehn Jahre alten Werten der DIN EN 71 3 sind letztendlich fachlich schwierig zu bewerten.“

Damit glaube ich auch klarstellen zu können, dass es sich hier nicht um einen billigen Abschiebebahnhof an die Wissenschaft handelt unter dem Motto „Wir wollen das nicht näher prüfen, weil wir es nicht verstehen wollen“, sondern tatsächlich um einen schwierigen Streit zwischen Fachleuten, der offenbar von einem Institut in Deutschland ganz besonders heftig ausgetragen wird. Ich appelliere dennoch an Sie, Herr Kommissar, dass Sie alles Erdenkliche tun, um die beteiligten wissenschaftlichen Institute zusammenzubringen, damit man sich am Ende auf eine wissenschaftlich seriöse Meinung einigen kann.



**Sylvana Rapti**, im Namen der S&D-Fraktion. – (EL) Frau Präsidentin, jedes Jahr zu dieser Zeit schreiten Eltern ein, um sicherzustellen, dass der Weihnachtsmann seine Briefe erhält. Kinder bitten in diesen Briefen um Spielzeuge. Eines dieser Spielzeuge könnte dieses hier sein, genauso wie dieses hier eines der 104 Spielzeuge sein könnte, die vom deutschen für die Identifizierung von möglichen Gefahren in Gebrauchsgütern zuständigen Bundesinstitut für Risikobewertung geprüft werden.

Ich habe gerade dem Herrn Kommissar zugehört, wie er praktisch das Institut dafür tadelt, dass es seine Arbeit tut. Ich habe ihm zugehört, wie er Wissenschaftler mit Vorwürfen überhäuft. Ich habe ihm dabei zugehört, wie er die für Kontrolle zuständigen Mitgliedstaaten mit Vorwürfen überhäuft. Ich habe all dem mit großem Interesse zugehört, genauso wie ich ihm zuhörte, als er uns offen sagte und durch verlässliche Fakten untermauerte, dass alle Richtlinien hin und wieder aufgrund neuer Daten abgeändert werden müssen. Die Fakten allein beweisen, dass das deutsche Bundesinstitut seiner Aufgabe ordnungsgemäß nachgekommen ist. Wir müssen das beachten.

Die Richtlinie soll 2011 und die Richtlinie für chemische Stoffe 2014, wie Sie wissen, in Kraft treten. Und noch eine Sache: am 17. Dezember, also, übermorgen, wird jeder Mitgliedstaat der Kommission einen Entwurf über eine Verordnung zur Marktüberwachung vorlegen.

Dies betrifft auch die auf dem Weihnachtsmarkt angebotenen Spielzeuge und damit direkt auch die Gesundheit unserer Kinder, die mit den Spielzeugen spielen, die wir ihnen kaufen. Schließlich ist es auch sehr wichtig, dass die Aussprache über Spielzeuge nicht in jedem Jahr zu dieser Jahreszeit geführt wird. Die Aussprache über Spielzeug und Sicherheit sollte wirklich das ganze Jahr hindurch abgehalten werden. Die Verantwortung dafür trägt die Kommission.

**Jürgen Creutzmann**, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Die in der Stellungnahme des Bundesinstituts für Risikobewertung gemachten Aussagen, dass zur Beurteilung von krebserregenden Substanzen das Alara-Prinzip, d.h. das Prinzip „as low as reasonably achievable“, gelten soll, wird von der ALDE-Fraktion unterstützt.

Zweitens, daraus folgt die Forderung an die Kommission, zu überprüfen, ob dieses Prinzip durch die in der Spielzeugrichtlinie festgelegten Grenzwerte auch erreicht wird.

Drittens, sollte dies nicht der Fall sein, fordern wir die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass bis zur Umsetzung der Spielzeugrichtlinie durch die Mitgliedstaaten bis zum Jahre 2011 die Grenzwerte in der Spielzeugrichtlinie so festgelegt werden, dass jedwede Gesundheitsgefährdung von Kindern durch in Spielzeug enthaltene Weichmacher ausgeschlossen wird.

Viertens, der in der Spielzeugrichtlinie verankerte Grundsatz, dass Chemikalien, die potentiell krebserregend sind, genetische Mutationen hervorrufen oder der Fortpflanzung schaden, unzulässig sind, muss im Hinblick auf zugängliche Teile von Spielzeug durchgesetzt werden. Das muss tatsächlich durch die vorgegebenen Grenzwerte erreicht werden, da ansonsten eine solche Richtlinie wertlos ist.

Fünftens, dies erfordert insbesondere eine bessere und effizientere Marktüberwachung, denn in der Regel handelt es sich bei der Überschreitung der von der EU vorgesehenen Grenzwerte um Spielzeug, das in die EU importiert wurde. Eine effiziente Marktüberwachung ermöglicht es aber auch, in der EU hergestellte Spielzeuge daraufhin zu überprüfen, ob auch für diese Spielzeuge die Grenzwerte eingehalten werden.

Sechstens, es ist absolut inakzeptabel, sollte dies zutreffend sein, dass für Importe in die EU niedrigere Standards gelten sollen als etwa für die USA. Allerdings, die von der deutschen Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner angekündigte Drohung, so genannte Giftspielzeuge gegebenenfalls im Alleingang zu verbieten, ist nach meiner Auffassung der völlig falsche Weg und völlig kontraproduktiv, um Vertrauen in den europäischen Binnenmarkt zu schaffen. Nationaler Populismus zerstört nicht nur das Vertrauen in die europäischen Institutionen, er schadet auch der Bundesregierung, weil sie der Spielzeugrichtlinie zugestimmt hat.

**Heide Rühle**, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Wir haben diese Aussprache wirklich beantragt, damit richtiggestellt und aufgeklärt werden kann, was an den Vorwürfen zutrifft und was davon billiger Populismus ist. Das war der Hintergrund. Wir hätten erwartet, dass die Kommission früher an die Presse geht, aber wenn es heute durch die Debatte klargestellt werden kann, sind wir auch sehr zufrieden.

Ich begrüße die Ankündigung, dass Sie die Überprüfung bei den Schwermetallen und bei den Weichmachern vornehmen werden. Ich halte das auch für dringend erforderlich. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Zahl

der Neuerkrankungen an Krebs bei Kindern unter 15 Jahren von 1980 – das ist der Beginn der Datendokumentation – bis zum Jahr 2006, um über 50 % gestiegen ist.

Böswillige Tumorerkrankungen sind die zweithäufigste Todesursache bei Kindern. Deshalb müssen wir handeln, wir müssen überprüfen, ob diese Zahlen stimmen, und wir müssen entsprechend reagieren. Und wenn diese neueste Studie des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung zeigt, dass die revidierte Spielzeugrichtlinie nicht ausreichend vor krebserregenden Weichmachern schützt, dann müssen wir handeln.

Es kann nicht sein, dass Kinder bei einem nur einstündigen Hautkontakt ein Vielfaches der krebserregenden Stoffe aufnehmen können, die im Rauch von 40 Zigaretten enthalten sind. Diese Stoffe sind vermeidbar, es ist technisch möglich, auch das zeigt die Studie. 70 % der verkauften Spielzeuge liegen unterhalb dieser Schwellen. Deshalb ist es jederzeit möglich, auch von den anderen einzufordern, dass sie diese Grenzwerte einhalten. Es ist wahrscheinlich eine Frage des Preises, aber das kann nicht allein über den Markt geregelt werden, wenn die Sicherheit von Kindern bedroht ist. Dann muss die Politik handeln und die Schwellenwerte entsprechend anpassen und erhöhen.

Natürlich sind die Mitgliedstaaten für die Marktaufsicht zuständig und nicht Europa, nicht das Parlament oder nicht die Kommission. Und auch wir haben mehrfach gefordert, dass Deutschland seine Aufgaben im Bereich der Marktaufsicht ernst nimmt und dass es entsprechend tätig wird. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir deshalb nicht handeln müssen, wenn es Zweifel gibt, dass unsere Schwellenwerte nicht dem Stand der Wissenschaft entsprechen, und deshalb hoffe ich und wünsche ich mir, dass die neue Kommission so bald wie möglich mit Vorschlägen auf das Parlament zukommt und dass wir dann im Komitologieverfahren die entsprechenden Grenzwerte anpassen können.

**Marianne Thyssen (PPE).** – (NL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren, die Sicherheit der Kinder – unserer kleinsten und schutzbedürftigsten Verbraucher – war immer eine Priorität für die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und in der Tat für alle Mitglieder dieses Hauses, und aus diesem speziellen Grund haben wir vor einem Jahr eine neue, striktere Richtlinie über die Sicherheit von Spielzeug verabschiedet. Danke für die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit dem Herrn Kommissar und seinen Dienststellen, mit der Ratspräsidentschaft und mit meinen Kolleginnen und Kollegen; über alle politischen Fraktionen hinweg waren wir in der Lage, diese Mammutaufgabe erfolgreich zu Ende zu führen; und noch dazu rasch, in erster Lesung. Alle unsere Institutionen waren überzeugt, dass wir eine äußerste strikte Rechtsvorschrift auf den Weg gebracht haben, die mit Interesse in China und den Vereinigten Staaten verfolgt wurde.

Das Parlament trat angemessene Entscheidungen, was die Zertifizierung durch Dritte anbetraf und verfolgte einen sehr strengen Kurs in Bezug auf die Normen für chemische Stoffe wie etwa Allergene und Schwermetalle. In Bezug auf kanzerogene, mutagene und reproduktionstoxische Stoffe (KMR) haben wir uns mit nur einigen Ausnahmen unter strengen Zulassungsbedingungen, für ein totales Verbot ausgesprochen. Diese Rechtsvorschrift sieht eine systemimmanente Übergangsperiode vor, aber selbstverständlich ist diese Übergangsperiode kürzer als der Zeitraum, den die Industrie als akzeptabel angegeben hatte. Sehr geehrte Damen und Herren, entweder liegen wir hier völlig falsch und sind in Bezug auf dieses Gesetz gescheitert, oder Wissenschaft und Technologie haben sich so entwickelt, dass dieses Gesetz bereits eine Neuregelung benötigt, was durch das Komitologieverfahren sehr rasch durchgeführt werden kann; oder es nichts falsch, was bedeutet, dass wir nicht unnötig mit den Ängsten der Menschen und ihrer berechtigten Sorge um die Sicherheit ihrer Kinder spielen dürfen. Ich habe dem Herrn Kommissar zugehört und ihm geglaubt, und ich erkenne, dass die Europäische Kommission ihre Pflicht tut.

Sollten in diesem Bereich weitere Verstöße zu Tage treten, dann zeigt das, wie ich denke, dass wir uns darauf verlassen können, dass die Marktüberwachung eingerichtet ist und funktioniert. Wir haben demnach zwei Fragen: ist die Gesetzgebung immer noch aktuell und die Marktüberwachung ausreichend? Wenn die Antwort auf beide Fragen 'ja' ist, müssen wir es auf jeden Fall Populismus vermeiden und den Menschen klarmachen, dass sie sich nicht sorgen müssen.

**Christel Schaldemose (S&D).** – (DA) Frau Präsidentin, vielen Dank, Herr Kommissar, für Ihre Einführung. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollten Sie sicherstellen, dass eine Studie begonnen wurde, um herauszufinden, ob tatsächlich zu viele toxische Stoffe in Kinderspielzeugen in Deutschland vorhanden sind, wie die Studie aufzeigt. Wenn ich es richtig verstehe, dann würde ich sagen, dass Ihre Idee eine gute ist. Es ist äußerst wichtig für uns, schnell zu handeln. Wenn wir auch nur einen Grund haben zu vermuten, dass die Sicherheit unserer Kinder in Gefahr ist, dann müssen wir handeln. Des Weiteren wären wir sehr dankbar, wenn die Kommission uns sehr schnell hier im Parlament wissen lassen kann, ob in diesen Behauptungen

auch nur ein Funken Wahrheit steckt. Allerdings möchte ich hervorheben, dass in Bezug auf Weichmacher in Spielzeugen es in der Tat eine Anzahl von Wissenschaftlern gibt, die sagen, dass es keine sicheren Grenzwerte gibt. Die einzige sichere Maßnahme ist es, den Weichmacher ganz aus dem Kinderspielzeug wegzulassen. Ich denke wirklich, wir sollten in dieser Hinsicht Stellung beziehen und überlegen, ob wir die Vorschriften nicht strikter gestalten sollten. Ich bin mir nicht sicher, ob die Vorschriften, auch diejenigen in der neuen Spielzeugrichtlinie, effizient genug sind.

Jedoch gibt es auch noch eine andere Angelegenheit, auf die ich in diesem Zusammenhang aufmerksam machen will, und zwar, dass wir vor eineinhalb Monaten eine Studie der Kommission erhalten haben, die untersucht hat, wie die neue Verordnung zur Marktüberwachung in allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde. Es ist in der Tat richtig, dass es die Aufgabe der Mitgliedstaaten ist, sicherzustellen, dass die Marktüberwachung ordnungsgemäß funktioniert. Allerdings zeigt uns die Studie, dass trotz verschärfter Vorschriften nur zwei Mitgliedstaaten sich dafür entschieden, mehr Geld in die Marktüberwachung zu investieren. Wir müssen es einfach besser machen können. Gerade um Schreckensnachrichten über gefährliches Spielzeug auf dem Markt zu verhindern, brauchen wir eine wesentlich bessere Marktüberwachung. Ich hoffe daher auch, dass die Kommission sicherstellen wird, dass die Mitgliedstaaten dies umsetzen.

**Anna Hedh (S&D).** – (SV) Frau Präsidentin, ich möchte Herrn Kommissar Verheugen dafür danken, dass er hierher gekommen ist, um uns über diese wichtige Angelegenheit zu informieren. Wir tragen eine große Verantwortung, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder sich nicht unwohl fühlen oder in Gefahr gebracht werden. Ich möchte diese Gelegenheit dazu nutzen, einige Fragen, die ich im Zusammenhang mit den von der Kommission eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf die anstehenden Verhandlungen habe, vor der Abstimmung in erster Lesung über die Spielzeugrichtlinie und auch vor der Abstimmung im Plenum zu stellen.

Die an den Verhandlungen teilnehmenden Fraktionsgruppen einigten sich darauf, bestimmte Lärmpegelgrenzen aufzuheben, weil die vom Ausschuss angenommene Fassung spezifische Schallpegel-Werte enthielt. Die Kommission stellte fest, dass diese Werte vielleicht zu hoch sind und versprach, stattdessen eine Norm für maximale Werte für anhaltenden Lärm und für kurz andauernden Lärm festzulegen. Wie weit ist die Kommission mit ihrer Arbeit zur Sicherstellung, dass die Spielzeuge keinen Hörschäden verursachen, gediehen? Wann können wir eine Norm erwarten, welche die höchstzulässigen Lärmpegel für Spielzeuge festlegt?

Ich möchte auch das Problem der Schriftgrößen der Warnhinweise hervorheben. Noch einmal, es wurde uns gesagt, dass dies mittels Normung gelöst werden würde. Welche Ansicht vertritt die Kommission im Hinblick auf die Vorschriften, die hier angewandt werden sollten? Wann können wir eine Norm erwarten, die minimale Schriftgrößen für Warnhinweise beinhaltet?

**Małgorzata Handzlik (PPE).** – (PL) Das Thema der Spielzeugsicherheit erweckt ein sehr großes Interesse, besonders während der Vorweihnachtszeit, wenn wir daran denken, welche Spielzeuge wir für die Jüngsten unter uns kaufen sollen. In der letzten Wahlperiode haben wir meines Erachtens eine sehr gute Lösung dafür vorbereitet, die Sicherheit der Spielzeuge, mit denen unsere Kinder spielen, zu erhöhen. Leider müssen wir noch auf die Ergebnisse der Auswirkungen dieser Bestimmungen warten. Ich bin aber überzeugt, dass sie greifbare Ergebnisse bringen werden.

Ich möchte hier den Kommissionsdienststellen für die Organisation der Spielzeug-Roadshow danken, weil es eine sehr wichtige Initiative ist, die Unternehmen dabei hilft, sich auf die Änderungen vorzubereiten, die sich aus dieser Richtlinie ergeben.

Meine Damen und Herren, ich bin aber über eine weitere Information besorgt. Ende November hat in den Vereinigten Staaten die Kommission für Produktsicherheit bei Verbrauchsgütern die Rücknahme von mehr als einer Million Kinderbetten vom Markt angeordnet. Eine weitere Million wird vom kanadischen Markt zurückgenommen werden. Ein Kinderbett ist ein Gebrauchsgegenstand, und Kinder kommen mit Kinderbetten vielleicht öfter in Kontakt als mit Spielzeug. Angesichts des Umfangs dieser Aktion wäre ich dankbar, wenn der Herr Kommissar sich zu dieser Angelegenheit äußern könnte. Können wir darauf vertrauen, dass die Kinderbetten auf dem europäischen Markt sicher sind?

**Anja Weisgerber (PPE).** – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Auch ich möchte mich ganz herzlich für Ihre klaren Worte bedanken. Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Spielzeugrichtlinie insgesamt eine erhebliche Verbesserung zum Schutz unserer Kinder gebracht hat. Wir sind alle mit dem Vorsatz angetreten, die strengste Gesetzgebung sogar weltweit zu schaffen. Nun aber sind viele Eltern und Großeltern besorgt, weil es – wie Sie erwähnt haben – die Studien des BfR, des deutschen Bundesinstituts für

Risikobewertung gibt. Wir müssen uns jetzt fragen: Hat das Institut Recht mit seinen Aussagen und mit seiner Stellungnahme oder nicht? In jedem Fall müssen wir den Sachverhalt intensiv prüfen. Es geht um den Schutz unserer Kinder.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie sich bereit erklärt haben, das zu tun. Aber ich denke, dass es schneller gehen müsste. Erst bis nächstes Jahr, sagen Sie, im Laufe des ersten Halbjahres wird es Erkenntnisse auch des wissenschaftlichen Ausschusses geben. Es muss schneller gehen! Es geht um den Schutz unserer Kinder. Es ist mir unbegreiflich, dass das Bundesinstitut so spät mit diesen Aussagen gekommen ist. Das möchte ich auch an dieser Stelle sagen.

**Georgios Papanikolaou (PPE).** – (EL) Frau Präsidentin, Dutzende von Fällen wurden über die letzten Jahre hinweg registriert – 36 allein im Jahre 2000 –, bei denen Kinder wegen gefährlicher Stoffe in Spielzeugen sofortige chirurgische Eingriffe benötigten. Ich möchte das Haus auch daran erinnern, dass gerade erst vor einer Woche ein Bericht in Amerika veröffentlicht wurde, der besagt, dass ein Drittel der sich im Umlauf befindlichen Spielzeuge gefährliche chemische Stoffe enthalten.

Wir sollten daher verstehen, dass das europäische Prüfzeichen (European mark of conformity /CEE) nicht ausreicht, um die Sicherheit der Spielzeuge zu garantieren. Es wird nach Einreichung von Unterlagen durch das betreffende Unternehmen und nicht nach präventiven Prüfungen oder Stichproben ausgestellt, und daher können wir nicht annehmen, dass die Spielzeuge sicher sind.

Um daher scherzustellen, dass unsere Kinder – ich habe selbst keine, aber hoffe, eines Tages welche zu haben – Geschenke vom Weihnachtsmann erhalten, die, wie früher erwähnt, vollkommen sicher sind und worüber Eltern nicht besorgt sein müssen, müssen wir Druck auf die Mitgliedstaaten ausüben, gründlichere Prüfungen durchzuführen und natürlich die aktuelle Gesetzgebung zu verschärfen.

**Günter Verheugen, Mitglied der Kommission.** – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich über die breite Übereinstimmung, die die Debatte gezeigt hat. Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Wir haben es mit einem wissenschaftlichen Institut zu tun, dem Bundesinstitut für Risikobewertung, das mir seit einiger Zeit dadurch auffällt, dass es mit alarmistischen Meldungen an die Öffentlichkeit geht, ohne aber die Kommission oder andere europäische Institutionen über diese Erkenntnisse zu informieren. Sie mögen das selber bewerten. Das einzige, was ich darüber weiß, ist, dass sich die weitere Finanzierung dieses Instituts aus Mitteln des deutschen Bundeshaushalts in der Diskussion befindet. Vielleicht ist das eine Erklärung dafür, warum das Institut eine intensive Öffentlichkeitsarbeit betreibt, aber offenbar keinen großen Wert darauf legt, dass seine Erkenntnisse von uns auch in angemessener Weise geprüft werden können.

Nichtsdestoweniger – scheinbar bin ich da missverstanden worden: Auch wenn wir es nur in der Presse lesen, wir betrachten das als einen Hinweis auf mögliche neue wissenschaftliche Erkenntnisse, und ich habe es bereits an den wissenschaftlichen Ausschuss weitergegeben. Ich bedarf der Aufforderung, die hier an mich gerichtet worden ist, nicht. In dem Moment, wo ich den Hinweis bekomme, es könnte neue wissenschaftliche Erkenntnisse geben, was die Sicherheit von Spielzeugen angeht und die Grenzwerte, die wir haben, wird das an den wissenschaftlichen Ausschuss gegeben.

Aber ich muss noch einmal sagen: Sie können nicht von mir und ich kann nicht von Ihnen verlangen, dass Sie einen Methodenstreit zwischen Wissenschaftlern entscheiden. Das können Sie nicht! Ich kann das nicht, Sie können das nicht. Ich kann hier nichts anderes tun, als eben sagen: Diese Frage der Methodik bei der Messung von möglichen Grenzwerten ist intensiv hier in diesem Parlament, im Rat und in der Kommission erörtert worden. Und die Auffassung dieses deutschen Instituts ist von keinem anderen wissenschaftlichen Institut in Europa geteilt worden, von keinem anderen! Wenn Sie der Meinung sind, dass ich dazu verpflichtet gewesen wäre, der Meinung eines Einzelinstituts zu folgen und der Meinung aller anderen nicht, dann dürfen Sie mir das sagen und dann dürfen Sie mich dafür tadeln. Ich kann diese Verantwortung nicht übernehmen. Auch von Ihnen kann das auch niemand. Aber ich sage noch einmal: Wenn irgendwelche neuen Erkenntnisse auftauchen, wird das Verfahren in Gang gesetzt.

Leider – liebe Frau Weisgerber, Sie haben gesagt, es müsste schneller gehen –, es geht nicht schneller. Wir haben es hier mit sehr komplizierten wissenschaftlichen Fragen zu tun. Da sind Tests notwendig. Da sind – das wissen Sie vielleicht nicht – beispielsweise umfangreiche Tierversuche notwendig, um solche Aussagen verifizieren zu können. Sie können die Wissenschaft nicht zwingen, eine Erkenntnis in einem bestimmten Zeitraum zu schaffen. Das tut mir Leid, das geht nicht. Deshalb muss ich Sie einfach bitten, sich damit abzufinden, dass ich Ihnen sage, der wissenschaftliche Ausschuss hat uns gesagt, er könne fundierte Ergebnisse bis zur Mitte des nächsten Jahres liefern. Das wird er tun. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse wird die

Kommission unverzüglich neue Vorschläge machen, wenn sich herausstellen sollte, dass es tatsächlich neue Erkenntnisse gibt. Damit das klar ist.

Herr Creutzmann, das Prinzip, dass wir das geringstmögliche Risiko anwenden, gilt. Dazu brauche ich das Bundesinstitut für Risikobewertung nicht, um so etwas zu lernen. Deshalb sind auch die Forderungen, die Sie daraus abgeleitet haben, erfüllt.

Frau Rühle, Sie sagen, ich hätte früher an die Presse gehen sollen. Es wird Sie überraschen, wenn ich Ihnen sage: Ich habe das getan. Und so wie ich nicht glaube, dass das, was ich heute Abend hier im Parlament gesagt habe, in den europäischen, speziell in den deutschen Medien aufgenommen werden wird, so ist meine sachliche und, wie ich fand, ruhige Erklärung dessen, was Sache ist, von den deutschen Medien leider nicht aufgenommen worden. Aber ich habe die notwendige Erklärung abgegeben und den Sachverhalt aufgeklärt. Ich bin gerne bereit, Ihnen den Text zur Verfügung zu stellen.

Frau Davidson, wir haben die strengste Gesetzgebung der Welt. Darauf können wir stolz sein. Diese Kommission wird sich von niemandem auf der ganzen Welt übertreffen lassen, wenn es darum geht, die Sicherheit von Spielzeugen auf das höchstmögliche Maß zu bringen.

Frau Schaldemose kann ich nur Recht geben: Die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Marktüberwachung darf nicht in Frage gestellt werden. Da stimme ich Ihnen vollkommen zu, dass die Frage der Implementierung hier ganz entscheidend sein wird. Auch hier haben wir entsprechende Vorbereitungen getroffen.

Die letzte Frage von Frau Hedh, eine sehr wichtige Frage: Was die Standards für verschiedene Bereiche angeht, da haben Sie zwei Beispiele genannt, die Lärmquellen zum Beispiel. Die entsprechenden Aufträge sind an die europäischen Standardisierungsorganisationen gegangen. Aber bei Standards ist es nicht anders als bei anderen wissenschaftlichen Arbeiten auch. Da können Sie nicht verfügen, dass die innerhalb von einer Woche, einem oder einigen Monaten zur Verfügung stehen. Das dauert seine Zeit. Aber alle diese Standards, über die wir gesprochen haben, sind in Arbeit und werden rechtzeitig da sein und uns im Übrigen dann auch erlauben, eine genaue Vergleichbarkeit zwischen den Produkten herzustellen und die Marktüberwachung zu verstärken.

Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen: Babysitze, die hier erwähnt worden sind und bei denen in Amerika Sicherheitsprobleme aufgetaucht sind, sind kein Spielzeug. Sie fallen deshalb nicht unter die Spielzeugrichtlinie, sondern sie fallen unter die allgemeine Produktsicherheitsrichtlinie. Hier müssen wir uns vor den Amerikanern nicht verstecken. Das System, das wir in Europa in Bezug auf die allgemeine Sicherheit von Produkten haben, hat sich in den letzten Jahren immer weiter bewährt. Wenn unsichere Produkte auf dem europäischen Markt auftauchen, können wir jetzt mit einiger Sicherheit davon ausgehen, dass in der Tat alle anderen Mitgliedsländer und die Kommission darüber informiert werden und dass die entsprechenden Schritte dann auch tatsächlich unternommen werden.

**Die Präsidentin.** – Die Aussprache ist geschlossen.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)*

**Jim Higgins (PPE), schriftlich.** – Ich begrüße den Umstand, dass die neue Richtlinie 2009/48/EG über die Sicherheit von Spielzeugen 2011 in Kraft treten wird, obwohl es bedauerlich ist, dass die Richtlinie nicht schon für die Weihnachtszeit 2010 nächstes Jahr eingeführt wird, wenn die Mehrheit der Spielzeuge, die in der EU hergestellt oder in die EU importiert wird, verkauft werden. Ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten es als notwendig erachten werden, alle Kriterien dieser wichtigen Richtlinie vor dem endgültigen Ablauf der Frist für die Einführung umsetzen werden, um Eltern wie Konsumenten eine größere Sicherheit zu vermitteln.

**Artur Zasada (PPE), schriftlich – (PL)** Ich nutze die Gelegenheit dieser Aussprache und möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf richten, dass das europäische Register für Unfälle der Verbraucher, das unter anderem Informationen über tödliche Unfälle und Körperverletzungen, die durch die Benutzung verschiedenster Produkte für Kinder verursacht werden, enthält, verbessert werden muss. Das Register sollte ein wichtiges Element des Schutzmechanismus für Verbraucher, einschließlich der jüngsten und hilflosesten, sein. Nach Angaben eines Experten des technischen Ausschusses für Produkte für Kleinkinder und Spielzeugsicherheit des Polnischen Komitees für Normung funktioniert der schnelle Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union in Bezug auf Produkte, die eine Gefahrenquelle darstellen, noch nicht zufriedenstellend. Gleichmaßen sind die Maßnahmen, die in bestimmten Ländern ergriffen werden,

um die Markteinführung dieser Produkte zu verhindern oder einzuschränken, teilweise nicht ausreichend. Ich möchte ersuchen, dass diese Angelegenheit genauestens untersucht wird.

## **20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**

## **21. Schluss der Sitzung**

*(Die Sitzung wird um 22.50 Uhr geschlossen.)*